

Spil



LIBRARY
JUN 9 1955
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

*Die Kommunistische
Internationale*

1925 / HEFT 6

1,50 MARK

AUS DEM INHALT

**Smeral: Die Situation in der KPTsch / * Der Niedergang
der Weltfirma England / Palme Dutt: Die Arbeiterregie-
rung in England, der linke Flügel und die KP / Semard
Der Marokkokrieg / Bibliographie**

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben von G. SINOWJEW
Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PETER GOTTLIEB, HAMBURG. Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VI. Jahrgang 1925
Heft 6 Juni

I N H A L T

	Seite
Smeral: Die Situation in der KPTsch	609
G. Sinowjew: Zur Lage in der KPTsch	618
Manuilski: Das tschechische Beispiel — eine Lehre	621
* Der Niedergang der Weltfirma England	633
Palme Dutt: Die englische Arbeiterbewegung, der linke Flügel und die KP	644
Martynow: Auch die Menschewiki wenden ihr Gesicht dem Dorfe zu	657
Neumann: Marx und Engels über die Rolle der Kommunisten in Amerika	672
Semard: Der Marokkokrieg	686
Roy: Die Klassendifferenzierung in der revolutionären Bewegung Indiens	691
Waletzki: Die Memoiren eines Sozialpatrioten	701
Sorge: Neurath, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung	704

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 1,50
Quartal	4,50
Halbjahr und Register	9,—

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36, Stadthausbrücke 13, oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW 7, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Partei-Kolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Hamburg 24 227 oder auf unser Postscheck-Konto Berlin 45 547

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

B. S M E R A L :

DIE SITUATION IN DER KOMMUNISTISCHEN
PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI NACH
DER ENTSCHEIDUNG DER ERWEITERTEN
EXEKUTIVE

Seit der Tagung der Erweiterten Exekutive ist nur eine kurze Zeit verfloßen. Die Entwicklung der Verhältnisse in der KPTsch innerhalb dieser kurzen Zeit bestätigt, daß die Entscheidungen und Maßregeln der Exekutive gut waren. Dies offen auszusprechen halte gerade ich für meine Pflicht, der ich auf der Erweiterten Exekutive gemeinsam mit den Genossen Zapotocky und Muna den Standpunkt der Minderheit der Parteizentrale vertreten habe.

Ohne jeden Vorbehalt geben wir ganz offen die Richtigkeit des uns von den russischen Genossen gemachten Vorwurfes zu, daß wir die Größe der Gefahr der rechten, zum Teil direkt liquidatorischen Abweichungen in der KPTsch nicht genügend eingeschätzt haben.

Der aus der Partei ausgeschlossene Abgeordnete Bubnik hat einige Wochen lang erklärt, daß er keine neue Partei gründen werde. Aber seit dem 15. Mai gibt er bereits eine Tageszeitung („Hlas Pravdy“) heraus, veröffentlicht und verteidigt in diesem Blatte sein eigenes Programm und macht auch organisatorisch Versuche, eine eigene Partei aufzubauen. Die Gründung und Herausgabe einer Tageszeitung ist heutzutage mit großen Schwierigkeiten verbunden. Bubnik und seine nächsten Anhänger (Votava, Crimichova und Rouček) sind in dieses schwierige Unternehmen mit offensichtlicher Ruhe hineingegangen. Schon aus diesem Umstand kann geschlossen werden, daß sie darauf schon früher vorbereitet waren und daß sie bereits in einer Zeit, da sie noch in der Partei waren, die Spaltung der Partei bewußt vorbereiteten. Es ist eine Frage, ob sie dies allein taten, oder ob schon damals jemand hinter ihnen stand, der sie lockte und dirigierte. Diese Frage drängt sich aus folgendem Grunde auf: Fast gleichzeitig, als Bubnik die Herausgabe seiner Tageszeitung ankündigte, kam es zu einem Versuche der Spaltung der von P. Hlinka geführten slowakischen Volkspartei. Es ist dies eine große slowakische Bauernpartei, die ähnlich wie Raditsch in Jugoslawien aus nationalen Motiven der zentralistischen Prager Regierung in scharfer Opposition gegenübersteht. In dieser Partei also kam es plötzlich zu einem Spaltungsversuche. Der Hauptredakteur ihrer Tageszeitung trat aus der Redaktion aus und kündigte an, daß er zwecks Führung eines Kampfes um die Reinheit und Ordnung in der Partei binnen 14 Tagen eine eigene Tageszeitung herausgeben werde. In diesem Falle wurde festgestellt, daß zum Zwecke der Zersetzung der großen oppositionellen slowakischen nationalistischen Partei „ein unbekannter Spender“ den Betrag von 2 Mill. Kč. zur Verfügung gestellt hatte und daß diese Freigebigkeit mit den Befürchtungen zusammenhängt, die der Koalitionsregierung die nahenden Wahlen bereiten. Von Bubnik ist ähnliches nicht direkt festgestellt. Aber es ist klar, daß er

ohne eine verhältnismäßig starke finanzielle Basis eine Tageszeitung großen Formates zum Preise von 30 Heller pro Nummer nicht herausgeben könnte (unser „Rude Pravo“ kostet 50 Heller pro Nummer). Die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß es sich im Falle Bubnik sogar um die Intrigue gewisser Kreise der Regierungskoalition im Zusammenhange mit den bevorstehenden Wahlen handeln kann, halten wiederum gerade wir für unsere Pflicht, die wir früher gegen die beschleunigte Form des Ausschlusses Bubniks aus der Partei Einwände machten.

Bubniks Gruppe gibt also ihre Tageszeitung heraus. Dies ist gut. Sie kann dadurch die Elemente, die ihr nahestehen, an sich ziehen. Sie kann ihre „Ideen“ formulieren und sich dadurch vor den kommunistischen Arbeitern kompromittieren. Ihre Ansichten sind nicht bloß persönlich und zufällig. Sie sind der Ausdruck von Stimmungen, zu denen nur gelangt, wer nicht genug Kraft hat, in der gegenwärtigen Übergangszeit ohne Schwanken bei der revolutionären Gesinnung und in der revolutionären Partei zu verharren. Sollen wir gegen diese Stimmungen und Ansichten den Kampf führen, so ist es nur vom Vorteil, wenn sie auf das Bestimmteste formuliert werden. Dieses Verdienst scheint sich die von Bubniks Gruppe herausgegebene Tageszeitung erwerben zu wollen. Ich fühle hier aus den bereits erschienenen Nummern die charakteristischsten Sätze an.

In der ersten Nummer des von Bubnik herausgegebenen Blattes „Hlas Pravdy“ vom 15. Mai veröffentlicht Rouček einen Leitartikel: „Weswegen ich weggegangen bin“. Er führt zuerst an, daß er aus der Partei nicht aus persönlichen Motiven ausgetreten sei, nicht deswegen, weil „infolge des Verrates meiner gewesenen Freunde der Auftrag des Herrn Sinowjew, mich aus der Funktion des Chefredakteurs der „Rovnost“ zu entfernen, durchgeführt wurde, sondern aus folgenden Gründen:

„Ich habe erkannt, daß unsere kommunistische Arbeiterschaft lediglich ein blindes Instrument einer Abenteuerpolitik sein soll, die ein Haufen übergescheiter, von Moskau autorisierter Agenten unter der Parole der Bolschewisierung der Partei mit ihr durchführen will. Da die alten Arbeiterführer zur Durchführung dieses Hazardspiels mit der kommunistischen Arbeiterschaft mit Rücksicht auf ihren Ernst und ihre Ehrlichkeit viel zu wenig beweglich waren, war es notwendig, sie von der Führung entweder offen oder hinterhältig und unauffällig zu entfernen und sie durch Leute zu ersetzen, die zwar nichts gemein haben mit einer wirklichen Sorge um die Interessen der Arbeiterschaft, dafür aber alle Aufträge treu erfüllen, wenn es auch ein Meer von Arbeiterblut kostet.“

In derselben Nummer veröffentlicht auch die Bubnik-Gruppe ihre „Programmatische Erklärung“. Diese enthält unter anderem:

„Die tschechoslowakische Arbeiterschaft kann die diktatorische Befehlshaberei seitens der jetzigen Moskauer Führung nicht ertragen. Der übertriebene Zentralismus dient nicht den Erfordernissen der Arbeiterbewegung. Wir proklamieren deshalb den Grundsatz, daß sich die Arbeiter die Autonomie ihrer Bewegung wahren müssen, um selbst über die eigene Partei entscheiden zu können.“

„Die Partei will sich von der Tatsache nicht belehren lassen, daß die revolutionäre Welle vollkommen abgeebbt ist und daß für absehbare Zeit, ja für eine ganze Generation, kein revolutionärer Aufstand mit dem Ziele der Eroberung der politischen Macht zu erwarten ist. Trotzdem die objektiven und subjektiven Bedingungen für die Revolution vorüber sind, beharrt die Kommunistische Partei nichtsdestoweniger auf der Taktik, die der erregten revolutionären Epoche nach Beendigung des Weltkrieges entsprach. Die Interessen und die Erfolge der manuell und geistig arbeitenden Proletarier erfordern jetzt eine andere Taktik, und zwar eine Taktik, die mit den gegebenen Verhältnissen

rechnet, die kein Hazardspiel treibt mit den Interessen der Arbeiterschaft und die dafür sorgt, daß für diese proletarische Generation erkämpft werde, was sich erkämpfen läßt. Das könnte nur eine gesunde, starke oppositionelle und sozialistische Arbeiterpartei erreichen, die nicht nur mit dem Hinweis auf die kommende Revolution und mit dem Arrangieren unnützer, im voraus verlorener Streiks oder Straßendemonstrationen, sondern durch volles Ausnützen des Parlaments einen unaufhörlichen Kampf für die täglichen Forderungen der Arbeiter und aller Angestellten führen würde. In einer Zeit, wo an einen Umsturz im proletarischen Sinne nicht gedacht werden kann, ist und muß das Parlament die Institution sein, in die notwendigerweise der Schwerpunkt der Operationen der Arbeiterklasse zu verlegen ist, wenn wir auch wissen, daß über die endgültigen Ziele des Proletariats nicht im Parlament entschieden wird.“

„Wir verurteilen die für unsere Arbeiterschaft nicht passenden und ihre Kraft schwächenden organisatorischen Methoden. Wir sind nicht einverstanden mit dem System der Betriebszellen, denn sie stören und sie werden die Arbeit in den Gewerkschaftsorganisationen stören.“ „Wir stimmen nicht überein mit jener Taktik, die die Gewerkschaftsbewegung unter Kuratel der Parteiführung stellt, und wir beharren auf dem Grundsatz, daß in ihren eigenen Angelegenheiten die Gewerkschaftsbewegung autonom zu sein hat!“ Deswegen „verurteilen wir auch die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften, weil dadurch die Kampffähigkeit der Gewerkschaftsorganisationen geschwächt wird.“

Am 23. Mai veröffentlicht dann „Hlas Pravdy“ einen Aufruf, in dem direkt zur Gründung einer neuen Partei auf Grundlage des oben zitierten Programms aufgefordert wird.

„Unter solchen Umständen können wir nicht länger erwägen. Wir proklamieren die Gründung der Unabhängigen Kommunistischen Partei, die auf der Grundlage der vorläufigen programmatischen Erklärung, welche in der ersten Nummer unseres Tageblattes veröffentlicht ist, alle jene zusammenfassen will, denen es darum geht, daß die Arbeiter, die arbeitende Intelligenz und die Kleinbauern tatsächlich sich in einem Lager befinden, das imstande wäre, das heutige Regierungssystem zu beseitigen und eine starke und feste Regierung der Arbeiter, Bauern und der arbeitenden Intelligenz einzusetzen.“

Diese Zitate genügen zur Charakterisierung der politischen Ansichten jener Gruppe, die aus der Kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei hinausgedrängt wurde. Als Bubnik aus der Partei ausgeschlossen wurde, befürchteten wir, daß ein Teil der Parteimitgliedschaft in Verwirrung gebracht und nicht sofort die politischen Gründe, aus welchen der Ausschluß notwendig war, begreifen würde. Nun haben Bubnik, Rouček und Kompagnie selbst dafür gesorgt, daß kein Arbeiter über ihre Ansichten und politischen Ziele im Zweifel sein kann. Ihre politischen Ansichten haben mit dem Kommunismus nichts gemein. Es sind dies die Ansichten des vollkommenen Liquidatorentums, die nach einiger Zeit nirgends anders hin als in den Sumpf der Sozialdemokratie führen können. Für Personen, die solche Ansichten vertreten, kann selbstverständlich in der Kommunistischen Partei kein Platz sein. Heute, wo die wirklichen Pläne der Bubnik-Gruppe vor der Arbeiterschaft enthüllt sind, ist der Kampf gegen sie gewiß viel einfacher und leichter als früher. Wenn sich noch weitere Einzelpersonen finden sollten, die in der Partei die Aufgabe Bubnikscher Agenten besorgen wollten, dann würden die ganze Parteileitung und die ganze Partei gegen sie mit aller Entschiedenheit auftreten und die entsprechenden organisatorischen Maßnahmen raschest durchführen.

Neben dem Fall Bubnik ist der Brünner Fall in den Verhandlungen der Erweiterten Exekutive als der ernsteste Beweis rechter Abweichungen in der

tschechoslowakischen Partei bezeichnet worden. Heute sind die Verhältnisse in Brünn vollkommen im Sinne der in den Moskauer Beratungen gefaßten Beschlüsse gelöst. Rouček, der Jahre hindurch einer der populärsten Führer der mährischen Arbeiterbewegung war, wurde seiner Funktion als verantwortlicher Redakteur der „Rovnost“ enthoben und steht heute außerhalb der Partei. Die Durchführung aller übrigen Maßnahmen, die Brünn betrafen, wurde dadurch erleichtert, daß alle anderen Genossen keine Schwierigkeiten machten, sondern die internationale Disziplin respektierten und sich freiwillig unterordneten. Die exponiertesten Genossen, die zu dem bekannten Memorandum Beziehungen hatten, traten von den führenden Stellungen zurück und legten die Mitgliedschaft in der Kreisleitung sowie die Funktion in der Gemeindevertretung nieder. Sie erklärten aber, daß sie als gewöhnliche Mitglieder jede Arbeit leisten werden, die ihnen von der Partei zugewiesen wird (Gen. Stern, Ečer, Krček, Kovanda.) Die auf der Tagung der Erweiterten Exekutive beschlossenen Änderungen in der Redaktion der „Rovnost“ wurden durchgeführt und das Brüner Sekretariat durch neue Kräfte ergänzt. In zwei Wochen wird eine außerordentliche Kreiskonferenz tagen. Man kann mit Bestimmtheit voraussagen, daß ihr Verlauf und ihre Beschlüsse den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive entsprechen werden. Kleinere Schwierigkeiten, zum Teil disziplinarischen Charakters, entstanden nur in zwei oder drei Kreisen. Diese wurden durch das einheitliche Vorgehen der Zentrale schnell und ohne größere Folgen überwunden. Einige bisherige Funktionäre, die sich der beschlossenen Linie nicht unterwerfen wollten, stehen heute außerhalb der Partei. Dabei ist die Parteileitung weder mit ungeduldiger Schnelligkeit noch mechanisch schablonenhaft vorgegangen. Der Abgeordnete für das Nimbunger Gebiet, Kučera, sandte eine Abschrift seiner Erklärung, daß er den Kampf gegen die Parteileitung führen werde, in der Form einer Berichtigung der Nachricht, daß er aus der Partei ausgetreten sei, auch dem Tageblatt der tschechischen Sozialisten. Die Parteizentrale hat diesen Fall nicht selbst abgeurteilt, sondern den Arbeitern aus der Lokalorganisation des Wohnsitzes des Abgeordneten Kučera zur Beurteilung vorgelegt, und diese haben sich für seinen Ausschluß entschieden. Der Sekretär des Königgrätzer Kreises, Veiters, und der Sekretär des Oslavaner Gebietes, Remunda, beide enge persönliche Freunde Roučeks, wurden wegen ernster Disziplinbrüche vor das Gericht der Vertrauensmännerkonferenz ihrer eigenen Bezirke gestellt. Beide wurden sich der Unmöglichkeit ihrer Handlungsweise bewußt, und da sie nicht den wirklichen Willen zur Rückkehr hatten, traten sie aus der Partei aus. Endlich traten, mit der Wahrscheinlichkeit ihres Ausschlusses aus der Partei rechnend, der Prager politische Redakteur der „Rovnost“, Votava, und die Vorsitzende des Zentralen Frauenagitations-Komitees, Mila Grimmichova, aus. Im ganzen verließen die Partei infolge der letzten Krise von den bekannteren Funktionären 5 Mitglieder der Parlamentsfraktion, Bubnik, Warmbrunn, Kriiž, Rouček, Kučera, zwei Gebietssekretäre, Veiter, Remunda, ein Redakteur, Votava, und eine Funktionärin der Frauenbewegung, Grimmichova. Warmbrunn und Kriiž wurden im Zusammenhang mit dem Fall Bubnik aus der Partei gedrängt, die Ausscheidung aller übrigen geschah im Zusammenhang mit Brünn und dem Fall Rouček, auch Grimmichova arbeitete ursprünglich in Brünn.

All diese Maßnahmen erfolgten in vollkommener Übereinstimmung und bei aktiver Mitarbeit beider Gruppen, der Mehrheit wie der Minderheit des Zentralkomitees, die auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive einander gegenüberstanden. Die Genossen der Mehrheit des Zentralkomitees erkannten an, daß die Durchführung organisatorischer Maßnahmen, vor allem Ausschlüsse, nicht übereilt und nicht mechanisch erfolgen dürfen. Durch diese Mitarbeit wurde erzielt, daß die Hinausdrängung einer ansehnlichen Zahl früher einflußreicher Funktionäre aus der Partei von den Massen der Parteimitgliedschaft ruhig aufgenommen wurde, und die Auscheidenden im wesentlichen wirklich isoliert geblieben sind. Als ein ernstes Aktivum der letzten Wochen muß vermerkt werden, daß sich neben Brünn auch der Prager Kreis (Vertrauensmännerversammlung) und Kladnoer Kreis (Kreiskonferenz) einstimmig hinter die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive stellten, und weiter, daß an allen öffentlichen Versammlungen, die Bubnik in den verschiedensten Orten einberief, scharfe Resolutionen, gegen ihn und gegen seine Tätigkeit gerichtet, angenommen wurden.

Ich glaube, daß diese Tatsachen besser als alles andere bestätigen, daß wir, die wir bei den Moskauer Verhandlungen den Standpunkt der Minderheit verteidigten, nach unserer Rückkehr aus Moskau im Sinne der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive arbeiten und daß der Block „Zentrum und Linke“, der in Moskau im Sinne der französischen Erfahrungen hauptsächlich gebildet wurde auf Grund des Rates der russischen Genossen, sich bei uns zu bewähren beginnt. Ich will damit nicht sagen, daß alles schon vollkommen glatt geht und gehen wird. Die Krise war viel zu tief, die Meinungsverschiedenheiten viel zu groß, als daß über Nacht alle Krankheiten verschwinden würden. Ich will weiter die Tendenzen charakterisieren, die sich bis jetzt zur Frage des „Blocks“ mit einer gewissen Kritik verhalten. Diese Symptome findet man auf beiden Flügeln der Partei, doch es ist ernste Hoffnung vorhanden, daß durch gemeinsame, eintrachtige und ruhige, den Beschlüssen und gegebenen Verhältnissen entsprechende Arbeit der Parteizentrale auch jene Genossen von der Notwendigkeit der Beschlüsse des Plenums des EK der KI überzeugt werden, die bisher noch gewisse Zweifel haben in bezug auf die Richtigkeit und einzige Möglichkeit dieser Beschlüsse.

Hier sei vorerst der Standpunkt angeführt, den die Minderheit der Parteizentrale nach ihrer Rückkehr aus Moskau einnahm. Ich glaube, daß es zur Informierung über unseren Standpunkt und auch über die Stimmungen, denen wir begegneten, dienen wird, wenn ich ein konkretes Dokument zitiere. Am 26. April tagte die Kreiskonferenz in Kladno. Auf dieser Konferenz referierte ich mit dem Gen. Haken über die Beratungen des Plenums der Exekutive bezüglich der tschechoslowakischen Frage. Unter anderem habe ich im Namen der Minderheit der Zentrale folgendes erklärt:

„Ich will nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß bei einem großen Teile der Genossen Unzufriedenheit und Mißstimmung darüber besteht, wie wir aus Moskau zurückgekommen sind. Ich habe bereits persönlich viele Vorwürfe gehört, daß wir nicht genügend konsequent gewesen seien, daß wir in Moskau kein genügend starkes Rückgrat gezeigt und einer Resolution zugestimmt hätten, die nicht dem entspricht, was wir

vor der Exekutive in unseren Reden verteidigten. Auf diese Vorwürfe antwortete ich offen: Jawohl, Genossen, es ist wahr, es ist uns, die wir als Vertreter der Minderheit des ZK dort waren, in der Exekutive nicht gelungen, unsere Meinung ganz durchzusetzen. Es ist wahr, daß wir, nachdem wir 3 Wochen lang mit bolschewistischer Härte unseren Standpunkt verteidigt haben — ihr hattet die Möglichkeit, unsere Reden zu lesen und ihren Inhalt zu kontrollieren — daß wir dann unsere Zustimmung zu einer Resolution gaben, die ein Kompromiß bedeutet. Wir sind aber auf diesen Kompromiß mit der tiefsten Überzeugung eingegangen, daß wir gut handeln. Wir sind weder aus Schwäche noch aus irgend einer Diplomatie darauf eingegangen. Wenn wir für die Kompromißresolution gestimmt haben, so in dem Bewußtsein, daß uns diese Abstimmung verpflichtet. Und ich sage ganz bestimmt, daß wir uns durch die angenommene Resolution für gebunden halten, und daß wir zu Hause nach unseren besten Kräften in ihrem Sinne arbeiten wollen. Weswegen haben wir die Kompromißresolution angenommen und für sie gestimmt? Wir taten dies im Interesse der Einheit der Partei. Wir taten dies, damit unser gutes Verhältnis zur Komintern nicht gestört werde. Ich verhehle nicht, daß auf uns die Autorität der russischen Partei stark eingewirkt hat, deren Erfahrungen wir hoch einschätzen und deren Delegation auf die endgültige Entscheidung der tschechoslowakischen Frage einheitlich den größten Einfluß ausgeübt hat. Wir haben jedoch für die Resolution auch deswegen gestimmt, weil wir den Gedanken, der ihren grundsätzlichen Inhalt bildet, für richtig halten. Dieser Grundgedanke der Resolution besteht darin, 1. daß sie ausspricht, daß in der jetzigen, nicht unmittelbar revolutionären Situation in der Tschechoslowakei die Gefahr der rechten Abweichungen, in der Richtung zum Reformismus, die größte ist, und daß man gegen diese Gefahr in erster Reihe kämpfen muß. Dieser Gedanke gibt der Resolution ihren Charakter, und im Verhältnis zu diesem Grundgedanken ist es von zweitrangiger Bedeutung, daß in der Resolution Parteien verblieben sind, deren Streichung wir verlangten, und daß nicht alle Zusätze und Abänderungen, die wir in der Resolution haben wollten, angenommen wurden. Wir haben während der Tagung der Exekutive eine Reihe Beschwerden vorgebracht, die die Methoden der Handlung der Mehrheit des Polbüros unserer Partei betrafen. Diese Beschwerden wurden von der Exekutive nicht als Ursachen unserer Parteikrise anerkannt. Die Exekutive ging von dem Gesichtspunkte aus, daß die Parteikrise politische Ursachen hat. Ich hatte jedoch den Eindruck, daß auch dieser Teil der auf der Exekutive geführten Diskussion nicht ohne Resultat geblieben ist. Wenn auch nichts von unserer Kritik in die Resolution hineingekommen ist, so glaube ich doch, daß manche unserer Hinweise auf die Exekutive gewirkt haben, und daß auch für die Genossen aus der Mehrheit des ZK der Verlauf der Moskauer Debatten ein Lehre war. Ich verhehle nicht, daß wir aus Moskau in einer anderen Verfassung zurückgekommen sind, fähiger zur Überwindung der Differenzen, die in der Partei entbrannt sind, als vor unserer Hinfahrt. Ich hoffe, daß die Moskauer Beratungen auf die Genossen der Linken ebenso gewirkt haben, und daß es schon jetzt gelingen wird, wenigstens die größten Gefahren, die der Partei gedroht haben, zu überwinden. Die Genossen beider Richtungen, die nicht wochenlang die Moskauer Beratungen mit uns durchgemacht haben, sind begreiflicherweise mehr als wir noch den Stimmungen der Vergangenheit unterworfen. Die bloße Annahme einer Resolution kann natürlich nicht mit einem Male die Erregung, in die die Partei geraten ist, vollkommen beseitigen. Aber durch die Resolution ist der Weg gewiesen, aus dem wir aus der Krise heraus können. Jetzt kommt es auf das Verhalten beider Richtungen an, ob sie imstande sein werden, zu beweisen, daß ihnen an der Einheit der Partei gelegen ist, daß sie ihre Ansichten den gemeinsamen Anschauungen und Zielen unterzuordnen verstehen, daß sie einer bestimmten Selbstverleugnung fähig sind und es verstehen, eventuelle Opfer zu bringen, damit die Einheit und Kampffähigkeit der Partei von neuem befestigt werde, und zwar nicht nur eine mechanische äußere Einheit, sondern eine wirkliche, auf dem gemeinsamen Vertrauen und der gemeinsamen Freundschaft aufgebaute innere Einheit.“

Ich glaube, daß diese Kundgebung zeigt, daß wir wirklich aus den Beratungen der Exekutive mit dem Willen zurückgekommen sind, zu erfüllen, was beschlossen wurde. Aus dieser Erklärung kann man auch weiter herausfühlen, was ich vorerst bemerkte: Eine Reihe guter Genossen, die die Verhandlungen in Moskau mit uns nicht mitmachten, tragen noch Überreste der Stimmungen der Vergangenheit in sich. Ich wiederhole, es handelt sich um gute Genossen, und zwar um Genossen beider früheren Richtungen.

Es sind dies in erster Reihe einige Genossen, die vor der Exekutive gemeinsam mit uns sich an der Kritik der linken Parteiführung beteiligten. Sie haben die Leitung der Partei einesteihs aus moralischen Gründen, andern-teils auch deshalb kritisiert, weil sie die Führung der Partei als zu mechanisch, schablonenhaft und nicht genügend den konkreten Verhältnissen entsprechend usw. ansahen. Bei diesen Genossen zeigte sich eine gewisse Verdrossenheit, weil durch die Kampagne, die als Antwort auf ihre Kritik geführt wurde, sie auf die politischen Rechte, in die Nähe von Bubnik und des Liquiditorentums gedrängt worden waren, wo sie ihrer Überzeugung und ihrer ganzen Vergangenheit nach nicht hingehörten. In den Köpfen dieser Genossen spielte und spielt noch jetzt die Vorstellung, daß die künstliche Verdrängung ihrer Personen nach rechts und von der Mitarbeit in der Partei bewußt geschieht. Solche Genossen weisen daraufhin, daß in den Beschlüssen der Exekutive kein einziges Wort der Kritik an der bisherigen Tätigkeit der linken Mehrheit der Parteileitung enthalten sei. Sie haben den Eindruck, daß die Beschlüsse kein Übereinkommen, sondern eine absolute Kapitulation der gewesenen Richtung Zapotocky, Smeral und Muna bedeuten. Der Block sei nicht ernst und dauernd, sondern seine Tendenz sei, der Linken Zeit zu gewähren, damit sie sich administrativ stärke und dann etappenweise nicht nur gegen das Liquidatorentum und gegen die wirklichen Opportunisten, sondern auch gegen alle Personen vorgehen könne, die ihr unbequem sind. Weil diesen Stimmungen gute Genossen unterliegen (ich nenne hier nur die Genossen Hula und Göhrlich), habe ich die Hoffnung, daß sie bald überwunden sein werden. Zu ihrer Überwindung wird die Parteileitung beitragen, wenn sie ebenso, wie sie scharf den prinzipiellen und politischen Opportunismus bekämpft, im Rahmen der Partei eine Kritik ihrer einzelnen Maßregeln zuläßt und wenn sie ernst die Anregungen und etwaigen Vorwürfe prüfen wird, die im Laufe der Diskussion sachlich vorgebracht werden sollten. Andererseits glaube ich, daß die Genossen, die sich mit dem „Block“ noch nicht abfinden können, sich nicht bloß von Stimmungen beherrschen lassen, sondern daß sie die Gesamttätigkeit der Parteileitung beobachten werden; dadurch werden sie von der Richtigkeit der Moskauer Beschlüsse überzeugt werden.

Eine ihrer Intensität nach völlig gleiche, dabei aber von dem gerade entgegengesetzten Gesichtspunkte ausgehende Zurückhaltung gegenüber den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive hat sich auf der anderen Seite gezeigt. Einige gute Genossen der Linken hatten den Eindruck, daß der Moskauer Beschluß einen hundertprozentigen Sieg des „Smeralismus“ bedeute. Befürchtungen dieser Art waren zuerst aus einigen Sätzen des Reichenberger „Vorwärts“ und dann aus der Broschüre „Leninismus oder?“ herauszulesen, die die Jugendzentrale in tschechischer und deutscher Sprache herausgab. Am genauesten waren dann diese Anschauungen in der Resolution der slo-

wakischen Genossen formuliert, die auf der Konferenz der Vertreter aller slowakischen Bezirke in Zilina am 10. Mai angenommen wurde. Aus der Resolution dieser Konferenz, an der unter anderem auch die Genossen Haken, Smeral und Verčík teilnahmen, zitiere ich die drei ersten, politisch charakteristischsten Abschnitte.

„1. Die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive nehmen wir zur Kenntnis. Wir sind gewillt, sie mit allen unseren Kräften durchzuführen. Das Manifest der KI betrachten wir als die geeignete Grundlage zur weiteren Bolschewisierung der Partei, wir betonen aber gleichzeitig, daß wir es ablehnen, dieses Manifest so auszulegen, als würde es den Abschluß des Kampfes gegen die opportunistischen Abweichungen aller Art, insbesondere aber gegen den Smeralismus, bedeuten. Wir würden es für unrichtig halten, wenn die sogenannte Linke, Neurath, Haken, mit dem sogenannten Zentrum, Smeral, Zapotocky, einen festen Block auf opportunistischer Grundlage schließen würde, um den Kampf allein gegen das ausgesprochene Liquidatorentum zu führen und dabei dem ebenso gefährlichen Opportunismus anderer Schattierungen im Prozeß der Bolschewisierung völlig freie Bahn zu lassen.

2. Eine solche Auslegung der Aufgaben des erwähnten Blockes konnte nur darum erfolgen, weil die Gruppe Neurath nicht die richtige bolschewistische Linie verfolgte und infolgedessen auch den Kampf gegen alle opportunistischen Abweichungen nicht im bolschewistischen Sinne führte, was die völlige Niederlage dieser Gruppe zur Folge hatte. In diesem Block hat die Smeral-Gruppe die tatsächliche Führung der Partei in die Hand bekommen, und diese Tatsache ergibt vollkommen klar die obige Auslegung, nicht aber den Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen.

3. Zur Bolschewisierung der KPTsch können wir nur dadurch kommen, daß wir a) den rücksichtslosesten Kampf gegen die Liquidatoren und deren Entfernung aus der Partei beschleunigen, b) den entschiedensten Kampf gegen die herrschenden opportunistischen Abweichungen in der Partei führen, und deren Wurzeln im System des Smeralismus als Ausgangspunkt aller opportunistischen Strömungen aufdecken; c) eine jede antileninistische Abweichung der „Linken“ aufs schärfste bekämpfen, um durch diesen Kampf die Herausarbeitung einer richtigen bolschewistischen Linie zu ermöglichen; d) die Diskussion sofort ohne Verzug eröffnen. Diese Diskussion kann nur dann ihr Ziel erfüllen, wenn sie unter Ablehnung der persönlichen Führung der Diskussion der Behandlung aller Grundfragen des Opportunismus und der Bolschewisierung der Partei vollkommen freien Lauf läßt; e) wir begnügen uns nicht damit, daß der Kampf gegen die opportunistischen Abweichungen in den Funktionärkörperschaften geführt wird. Es müssen alle damit verbundenen Fragen in die breitesten Schichten der Parteimitgliedschaft getragen werden; f) die Bolschewisierung der Partei kann nur im alltäglichen Kampfe gegen den Opportunismus und während der Durchführung von Massenaktionen geleistet werden.“

Die Ansichten und Stimmungen, die in dieser Resolution zum Ausdruck kommen, sind ein direkter Gegensatz der von mir vorher erwähnten Ansichten und Stimmungen. Auch von den Befürchtungen dieser linken Genossen habe ich nicht den Eindruck, daß sie sich dauernd erhalten werden, und daß sie sich zu fraktionellen Absichten verdichten müssen. Die Praxis der Parteizentrale wird sich streng auf der von der Exekutive beschlossenen Linie bewegen. Die Verpflichtung, nicht nur das direkte Liquidatorentum zu bekämpfen, sondern gleichzeitig auch durch einen scharfen ideologischen Kampf jeden Versuch einer opportunistischen Revision des Leninismus unmöglich zu machen, wird eingehalten werden. Dies ist der Weg dazu, das Vertrauen jener guten Genossen, die vielleicht sonst ultralinken Irrtümern zugänglich wären, aufrechtzuerhalten.

Im ganzen zeugen die von mir angeführten Tatsachen dafür, daß die KPTsch nach der Tagung der Exekutive aus ihrer ersten Krise heraus-

kommt. Das Fieber hatte auch seine guten Folgen. Es beschleunigte den Blutumlauf und führte eine gewisse Reinigung des Organismus durch. Damit will ich allerdings nicht sagen, daß wir uns die „Freude“ einer derartigen Krise allzu oft gönnen sollen. Nunmehr ist es Zeit, alle Fraktionsarbeit einzustellen, die Partei zu einer wirklichen inneren Einheit zusammenzuschließen, die letzten Reste der aus der früheren Fraktionsatmosphäre und durch die Kraft der Trägheit noch weiter anhaltenden Stimmungen zu überwinden, die rechten Abweichungen zu bekämpfen, und die linken Abweichungen zu vermeiden, alle guten, fähigen Genossen zum gegenseitigen Vertrauen und zur freudigen Mitarbeit mitzureißen. Und dann: Zu neuen Aktionen! Zu den Massen! Mit erhöhter Kraft in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind! Denn die „Stabilisierung“ des Kapitalismus ist eben in der Tschechoslowakei nur eine relative, und am Firmamente des wirtschaftlichen Lebens tauchen bereits einige ernste, konkrete Erscheinungen auf, die eine starke Verschärfung des Klassenkampfes signalisieren.

G. SINOWJEW :

ZUR LAGE IN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER TSCHECHOSLOWAKEI

Die Erweiterte Exekutive der Komintern hat vor zwei Monaten mit der größten Aufmerksamkeit den Zustand der tschechoslowakischen Partei erörtert. Jeder Teilnehmer der Erweiterten Exekutive war sich darüber klar, von welcher gewaltigen Bedeutung der Beschluß der Komintern für die Geschichte der KPTsch sein werde. Sämtliche Teilnehmer des Plenums hegten eine hohe Meinung von der KPTsch, da sie in ihr eine proletarische, zum überwiegenden Teil aus ausgezeichneten revolutionären Arbeitern bestehende Massenpartei sahen. Sie waren daher alle von dem Wunsche beseelt, eine Lösung des Konflikts zu finden, die die KPTsch ein für allemal von ihrer Krankheit heilen würde.

Jetzt kann man bereits mit voller Bestimmtheit sagen, daß es der Erweiterten Exekutive der Komintern wirklich gelungen ist, eine richtige Lösung zu finden, auf deren Grundlage sich eine gründliche und rasche Gesundung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei vollzieht.

Die wichtigste Aufgabe hat darin bestanden, auf die Frage der rechten Gefahr eine richtige Antwort zu geben. Was ist Bubnik? Ist er ein Einzelfall oder ist er der Vertreter einer bedeutenden rechten Strömung innerhalb der tschechoslowakischen Partei oder ist Bubnik vielleicht wirklich unschuldig verurteilt, besteht seine einzige Schuld darin, daß er zu hitzig vorgegangen ist? Vielleicht könnte man ihn leicht kurieren? Vielleicht war es zwecklos, mit Kanonen nach Spatzen zu schießen?

Die tschechoslowakische Bourgeoisie und die Bubnikgruppe haben uns jetzt fürsorglicher Weise eine vollkommen klare und unzweideutige Antwort auf diese Fragen gegeben. Bubnik hat eine große Tageszeitung, „Stimme der Wahrheit“, gegründet, die der Kommunistischen Partei den Krieg bis aufs Messer erklärt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Zeitung nicht so sehr von Bubnik als von der tschechoslowakischen Bourgeoisie gegründet ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Geldmittel für diese anti-kommunistische Zeitung aus der Tasche der Bourgeoisie fließen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bubnik eine ganz bestimmte, von der Bourgeoisie gestellte Aufgabe ausführt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die aus der Partei ausgetretenen Rouček & Co. ebenfalls beabsichtigen, nach Befehlen der Bourgeoisie zu arbeiten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bubnik, Rouček & Co. Vertreter einer bedeutenden Schicht gleichgearteter halbsozialdemokratischer Elemente sind, die sich noch innerhalb und neben der tschechoslowakischen Partei befinden.

Bubnik handelt augenscheinlich ebenfalls im Auftrage der Bourgeoisie, wenn er an seine Anhänger innerhalb der KPTsch die Order ausgibt: Nicht aus der Partei austreten, sondern innerhalb derselben illegale Fraktionen

bilden und die Partei von innen heraus zersetzen! Dies ist ein altes bewährtes Mittel der Feinde des revolutionären Proletariats. Ungefähr die gleiche Lage bestand auch in der russischen Partei in den Jahren 1909—1911. Martow, Dan & Co. blieben in der Partei, um sie, nach der jetzt von Bubnik in Vorschlag gebrachten Methode, zu sprengen, während ihre nächsten Gesinnungsgenossen — Potressow, Lewitzki & Co. — offen mit der Partei brachen, gegen die Partei gerichtete Zeitungen und Zeitschriften herausgaben usw. Plechanow, der damals mit den Bolschewiki zusammenging, hat diese beiden Gruppen mit vollem Recht als Liquidatoren charakterisiert, die auf Grund einer bestimmten Arbeitsteilung vorgehen: die einen befänden sich *intra muros* (in den Mauern) der Partei, die anderen *extra muros*. Unsere Freunde von der tschechoslowakischen Partei dürfen keinen Augenblick diese Analogie vergessen. Es ist jetzt bereits ein Moment gekommen, wo der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei nicht die größere Gefahr von den Liquidatoren *extra muros* — Bubnik, Rouček & Co. — droht, sondern von jenen Liquidatoren, die sich noch „*intra muros*“ befinden, d. h. von Leuten, die in der Partei bleiben, um sie von innen heraus zu zersetzen.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der unter der Leitung der Erweiterten Exekutive gebildete Block diese Gefahr erkennt und den Kampf bis zu Ende führen wird. Es wäre ein Verbrechen, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die Ereignisse haben gezeigt, daß es sich nicht allein um Bubnik, Rouček & Co. handelt. Die Eiterbeule des Liquidatorentums muß entschlossen herausgeschnitten werden. Die einmütige Arbeit solcher aktiver Genossen, wie Zapotocky, Smeral u. a., die im Laufe der zwei, seit der Konferenz der Erweiterten Exekutive verflossenen Monate Hand in Hand mit dem übrigen zentralen Komitee gewirkt haben, hat gezeigt, daß alle Genossen, die der Komintern gegenüber bestimmte Verpflichtungen übernommen haben, auch gewillt sind, sie gewissenhaft bis zu Ende zu erfüllen. Am gefährlichsten wäre es jetzt, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Nach den uns bekannten Tatsachen zu urteilen, sind die tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter von dem heißen Wunsche und der eisernen Entschlossenheit beseelt, ihre Partei ein für allemal von den liquidatorischen Elementen zu säubern. Das Zentralkomitee der Partei muß diesem Verlangen der Arbeiter willfahren.

Vor kurzem haben wir die Resolution der Parteikonferenz der slowakischen Kreise vom 10. Mai 1925 erhalten. An dem in dieser Resolution enthaltenen Fehler kann man nicht stillschweigend vorübergehen — um so mehr, als die tschechoslowakischen Genossen zweifellos aufrichtige und begeisterte Revolutionäre sind. Die slowakischen Genossen sagen, daß in Moskau auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive ein auf „opportunistischer Grundlage“ ruhender Block zweier Gruppen der tschechoslowakischen Partei geschlossen wurde. Im besten Fall ist diese Erklärung der slowakischen Genossen eine in der Hitze des polemischen Gefechts gefallene Äußerung, im schlimmsten Fall aber ist sie ein direkter politischer Fehler, der korrigiert werden muß. Um das Liquidatorentum in der KPTsch wirklich besiegen zu können, darf man vor allen Dingen keine „ultralinken“ Fehler begehen. Wo und worin haben die tschechoslowakischen Genossen den Opportunismus erblickt? Die Mittelgruppe, mit den Genossen Zapotocky und Smeral an der Spitze, haben der Komintern gegenüber bestimmte Verpflichtungen über-

nommen. Mit größter Genugtuung stellen wir fest, daß sie diesen Verpflichtungen bisher auch nachgekommen ist. Wir haben die feste Hoffnung, daß es auch weiterhin der Fall sein wird. Die Säuberung der Partei von liquidatorischen Elementen hat bereits begonnen. Heißt das etwa Opportunismus?

Wir verstehen es, daß die slowakischen Genossen erbittert sind. Wir wissen, daß sie in früheren Kämpfen oftmals ungerechterweise schikaniert wurden, daß man gegen sie ungerechte Beschuldigungen erhob usw. Wir wissen, daß die slowakischen Organisationen der Kommunistischen Internationale bedingungslos ergeben, daß sie aufrichtige Anhänger des Bolschewismus und überhaupt unter den Organisationen der Komintern nicht die schlechtesten sind. Aber eben deshalb ist es doppelt traurig, wenn die slowakischen Genossen jetzt im Begriff stehen, einen politischen Fehler zu begehen.

Wir wollen hoffen, daß dieser Fehler rasch und schmerzlos gutgemacht wird.

Die letzten eingetroffenen Meldungen besagen, daß die slowakischen Genossen diesen Fehler schon selbst wiedergutmachen. Wir begrüßen es. Es darf keine „Ultralinke“ geben, sondern eine volle Unterstützung der in Moskau gefaßten Beschlüsse und eine ebensolche Unterstützung des Zentral-Komitees der tschechoslowakischen Partei, das diese Beschlüsse praktisch durchführt.

Die tschechoslowakische Partei tritt jetzt auf einen breiten Weg hinaus. Es besteht kein Zweifel darüber, daß sie jetzt von liquidatorischen Elementen gesäubert, daß die Bolschewisierung der tschechoslowakischen Komm. Partei jetzt allen Ernstes durchgeführt werden wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Bubnik und die anderen Agenten der tschechoslowakischen Bourgeoisie mit ihren im Auftrag und mit dem Gelde der Bourgeoisie herausgegebenen Zeitungen eine klägliche Niederlage erleben werden.

Man darf nicht meinen, daß die Beseitigung der liquidatorischen Zwischenschicht die Partei schwächen wird. Nicht im geringsten. Wenn man von einer gegebenen Größe eine negative Größe abzieht, so ergibt sich hieraus keine Verringerung, sondern eine Vergrößerung jener Summe. Von dem Liquidatorentum befreit, wird die in ihrem Kern gesunde tschechoslowakische Kommunistische Partei zu neuen Erfolgen fortschreiten.

Um jeden Preis muß das ZK neben und parallel mit der Arbeit der Partei-säuberung auch die allgemeine politische Arbeit heben und entwickeln: die Agitation, die organisatorische Arbeit, die Arbeit in den Gewerkschaften, die politischen Kampagnen im Lande. Das Interesse der Arbeiterklasse gilt nicht nur dem innerparteilichen Kampf — wie notwendig und inhaltsreich er an und für sich schon sein mag. Die Partei muß es verstehen, gleichzeitig mit ihrer Säuberung von den Liquidatoren, in noch höherem Maße zum politischen Führer der gesamten Arbeiterklasse heranzuwachsen. Mit anderen Worten — sie muß in noch höherem Maße als bisher zur Massenpartei des tschechoslowakischen Proletariats werden.

D. MANUILSKI:
DAS TSCHECHISCHE BEISPIEL —
EINE LEHRE FÜR DIE GESAMTE KOMINTERN

1. Die tschechische Partei, wie sie ist

Die Bolschewisierungs-Erfahrung der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei verdient es, daß die besten, fortgeschrittenen Arbeiter der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung darüber eingehend nachdenken. Solche Lehren dürfen weder vergessen noch aus dem Bewußtsein der Arbeiterklasse gestrichen werden. Über sie muß gesprochen und geschrieben werden, auf sie ist die Aufmerksamkeit aller Sektionen der Komintern zu lenken.

Die tschechoslowakische Partei ist der ausgeprägteste Typus der Arbeitermassenpartei in Mitteleuropa. Von der deutschen Partei unterscheidet sie sich dadurch, daß sie keinen revolutionären Sturm durchlebt hat. Von solchen Parteien, wie die englische oder die amerikanische, unterscheidet sie das Vorhandensein alter sozialdemokratischer Traditionen. Sie entstand nicht auf dem bloßen nackten Boden der oppositionellen Einstellung gegenüber dem Krieg, und sie rekrutierte sich nicht aus Elementen, die in revolutionärer Hinsicht jung sind und dem Kommunismus durch die Kriegskatastrophe von 1914 zugeführt wurden. Sie hat alle Vorzüge der Massenpartei: große Vergangenheit, tiefe organisierte Verbindung mit breiten Schichten der Arbeiterklasse, das Eindringen ihres Einflusses in alle Einzelheiten des proletarischen Lebens. Es genügt, in Kladno, diesem tschechischen Don-Bassin, gewesen zu sein, um in jeder Arbeiterfamilie die Bedeutung dieser riesigen organisierenden Kraft zu sehen. Das ist keine illegale Organisation aus den besten, über der Masse stehenden Vorkämpfern — das ist die Masse selbst, mit allen ihren mitunter noch unüberwundenen Vorurteilen und falschen Ansichten. Diese Masse von der Partei abzugrenzen oder sie dieser entgegenzustellen — ist schwer. Der Einfluß der tschechischen Kommunistischen Partei läßt sich (natürlich relativ) mit dem der katholischen Kirche in manchen klerikalen Ländern vergleichen. Die Partei weist ein mannigfaltiges Netz von Fühlern auf, mittels deren sie ihren unmittelbaren Kontakt mit den tschechischen Arbeitermassen herstellt. Genossenschaften, Gewerkschaften, Sportverbände, Kulturzirkel — alle Wege führen den tschechischen Proletarier, seine Familie und seine Frau, zur Kommunistischen Partei. Darum gibt es vielleicht nirgends solchen Prozentsatz organisierter Frauen, wie in der Tschechoslowakei, nirgends ein solches liebevolles Verhältnis zur Partei, wie bei der tschechischen Masse. Der Hauptteil am Leben des tschechischen Arbeiters verteilt sich auf die Fabrik, die Parteiorganisation und die wenigen Minuten, die er der Familie wid-

met. Das Parteilokal, das ist die letzte Instanz, die der tschechische Proletarier mit allen seinen Klagen, Sorgen und Kränkungen aufsucht.

Aber diese Bewegung weist gleichzeitig auch alle Schwächen einer Massenpartei auf. Vor allem hat sich hier noch nicht jener Typus des Berufsrevolutionärs herausgearbeitet, den gewöhnlich eine Partei hervorbringt, die durch eine Periode schwerer Verfolgungen gegangen ist. Die tschechische Partei hat, ähnlich wie die französische, die Illegalität nicht gekannt. Der Staub der bürgerlichen Gesetzlichkeit hat sich dick auf das Gehirn des tschechischen Proletariats gelegt. Die leitenden Posten in den lokalen Organisationen werden überwiegend von dem Typus des gewissenhaften Parteifunktionärs bekleidet, den große amerikanische Sachlichkeit auszeichnet, aber ohne den bolschewistischen revolutionären Drang, ohne den Geist der revolutionären Initiative. Das Kriterium der Selbstaufopferung stellt sich im Bewußtsein eines solchen Funktionärs ein wenig anders dar als das, nach dem z. B. die russische Partei die Kampfeigenschaften ihrer Mitglieder bemißt. Ein solcher Funktionär leitet nicht die Organisation, er überwindet nicht die Hindernisse mit eherner Willenskraft, er schwimmt mit dem Strom des Elements und der Stimmung des ihm umgebenden Milieus und hält konservativ an dem im Laufe der Jahre festgelegten gemessenen Tempo des innerparteilichen Lebens fest. In jedem Versuch, einen frischen Zug in das Leben der Organisation zu bringen, die Fenster der Organisation nach der Straße zu öffnen, Elemente größerer Kampffähigkeit in sie zu bringen, sieht er so etwas wie eine biblische ägyptische Plage, die über die tschechische Partei von den Autoren der „Thesen über die Bolschewisierung“ gebracht wird. Was den ideellen Gehalt des politischen Lebens der russischen bolschewistischen Partei während ihrer fünfundzwanzigjährigen Geschichte ausmachte, ihr schonungsloser Kampf gegen Abweichungen jeglicher Art vom revolutionären Marxismus und sogar gegen bloße Tendenzen zu derartigen Abweichungen — das alles blieb ohne Wirkung auf die tschechoslowakische Partei. In bezug auf derartige Abweichungen pflegte ein gutmütig sentimentales Verhalten als zu gewissermaßen ideellen Unarten zu überwiegen. Es wirkte hier die Kraft gemeinsamer Bande, Erinnerungen gemeinsamer Kämpfe, und das Bestreben, die Angelegenheit, koste es, was es wolle, ohne großen Skandal und Streit zu erledigen. Die tschechische Partei schätzte vor allem die Ruhe, in der die Periode der Stabilität der Wechselbeziehungen der Klassen- und innerpolitischen Kräfte ihre Widerspiegelung fand. Der Ruhe in der Partei entsprach die Ruhe und die Sorglosigkeit in bezug auf die marxistische und leninistische Theorie, die Ruhe im ganzen Tempo des politischen Lebens und in den Arbeitsmethoden der Partei.

2. Die Grundfehler der Partei

Währenddessen beging die Partei in den letzten Jahren eine Reihe sehr ernster Fehler, von denen man hätte annehmen sollen, daß sie eine gesunde Selbstkritik hervorrufen, und die Initiative der unteren Parteimasse heben würden. Zu diesen Fehlern gehört erstens die Unterschätzung der internationalen Bedeutung der russischen Diskussion seitens der Gruppe des Genossen Smeral. In der Diskussion innerhalb der KPR sahen die tschechischen Genossen eine unbedeutende Episode, deren Sinn sich in ein paar

Artikeln beschreibenden Charakters erschöpfen läßt. Sie bemerkten nicht, daß von dieser Diskussion jene Partei erschüttert wurde, die das Rückgrat der Kommunistischen Internationale bildete; ferner übersahen sie, daß die Diskussion Probleme aufwarf, an denen die gesamte internationale Arbeiterbewegung in keinem Falle gleichgültig vorüber gehen darf. Die Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft, d. h. im russischen Querschnitt die Frage, ob und wie das Proletariat den Sozialismus siegreich bauen kann in einem Lande mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung und unter Bedingungen der kapitalistischen Einkreisung und der zeitweiligen Isolierung der russischen Revolution. Gerade hier laufen alle Fäden der Theorie der permanenten Revolution zusammen. Ferner die Frage nach den Grenzen des Zentralismus und der Demokratie in der KPR, ein Problem, das unter europäischen Verhältnissen die alte Frage über die Grenzen der Einmischung der Komintern in das innere Leben der einzelnen Sektionen erneut aufs Tapet brachte. Jetzt, zwei Jahre nach der Bildung der Bubnik-Gruppe und der Veröffentlichung ihrer politischen Plattform in den Spalten der „Hlas Pravdy“ (Die Stimme der Wahrheit“) sehen wir klar, daß eine der russischen ähnliche Diskussion auch durch den lebendigen Körper der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei gegangen ist.

Der zweite große Fehler der leitenden Gruppe des alten Zentralkomitees war wiederum eine Unterschätzung der Bedeutung der Niederlage der deutschen Revolution. Zu der Niederlage der deutschen Revolution verhielten sich die tschechischen Genossen mit einer solchen „historischen Objektivität“, daß es einem unheimlich zumute wurde. Im Oktober 1923 hat die Komintern und die gesamte internationale Arbeiterbewegung in Deutschland eine Niederlage erlitten, die auf eine Reihe von Jahren hinaus die Perspektive der revolutionären Weltbewegung veränderte. Jetzt vor dem kritischen Richterstuhl der Geschichte wissen wir, was das internationale Proletariat im Zusammenhang mit dem vor zwei Jahren erfolgten Rückzug der deutschen Arbeiterklasse verloren hat. Die verhängnisvollen Folgen dieser Niederlage spürt es bis heute noch. Der Dawes-Plan, die „teilweise Stabilisierung des Kapitalismus“, die Diktatur des amerikanischen Kapitals über Europa, die Offensive des Weltkapitals auf der gesamten Linie gegen die Arbeiterklasse und die Kolonien, die Verwandlung des deutschen Proletariats in Kolonialsklaven, das Anwachsen der Reaktion und des Faschismus im Weltmaßstab, der neue Angriff gegen das Sowjet-Land, — all das sind die nächstfolgenden Glieder aus der Reihe der Ereignisse, deren Ursprung die Niederlage der deutschen Revolution ist. Und diesen geschichtlichen Sinn der deutschen Ereignisse von 1923 begriff die tschechische Partei nicht. In dem inneren Kampf, der auf Grundlage dieser Niederlage innerhalb der deutschen Partei entstand, sah sie wiederum eine Episode von lokaler Bedeutung, sozusagen einen Kampf der verschiedenen Parteigruppen um die Macht in der Partei. Und dieser Fehler ist um so betrübender, da auf das tschechoslowakische Proletariat im Oktober 1923 eine riesige revolutionäre Rolle entfiel. Das tschechoslowakische Proletariat sollte durch seinen Widerstand den Angriff der Kleinen Entente gegen die deutsche Revolution schwächen und dieser den Weg zur Vereinigung mit dem ungeheueren Sowjet-Hinterland öffnen.

Schließlich bestand der dritte Fehler der Mehrheit des alten Zentral-

komitees in der Unterschätzung der Gefahr, die der Partei von rechts drohte. Diese Gefahr hat nicht bloß einmal über der Partei geschwebt. Die rechten Elemente erhoben mit jedem Jahr den Kopf immer höher und höher. Im Parlament und in den Kommunen nahm die Stimmung zugunsten der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien zu. Eine feste bolschewistische Linie in der nationalen Frage konnte die Partei nicht aufweisen. Die Partei war im Begriff, sich in eine große, legale Maschine zu verwandeln, die die proletarischen Organisationen zu einer Abzweigung der bürgerlichen Demokratie zu machen drohte. Und gleichzeitig mit dieser Verknöcherung der Partei begannen in ihr die oppositionellen Stimmungen zu wachsen, die die Rechtsgefahr signalisieren. Das erste Signal dieser Gefahr war das im Jahre 1922 erfolgte Erscheinen der extremen, in politischer Hinsicht formlosen linken Opposition, mit dem alten Sturz an der Spitze. Dem damaligen Zentralkomitee gelang es, diese Opposition zu liquidieren, aber es verstand nicht, die notwendigen Lehren aus dieser ersten Warnung zu ziehen. Es führte die alte Politik fort, die Politik der Toleranz und des Friedens in bezug auf die rechten und der Fesselung der Initiative der linken Parteigruppen. Und als sich nach dem 5. Kongreß innerhalb der Partei ein linker Flügel gebildet hatte, der bestrebt war, die Partei von dem sozialdemokratischen Ballast zu befreien und sie in den in allen Sektionen der Komintern vor sich gehenden Bolschewisierungsprozeß hineinzuziehen, da begriff ein bedeutender Teil der tschechischen Genossen die stattgefundene Verschiebung nicht und führte die Kriegspolitik gegen die linken Parteielemente weiter. Und hier, wo die „oppositionelle“ Qualität stürmisch in die Quantität umschlägt, ist der Ausgangspunkt der schweren Krise zu suchen, die die tschechoslowakische Kommunistische Partei in Teile zu reißen drohte.

Mit größter Genugtuung kann die Komintern jetzt feststellen, daß dieser Fehler jetzt von solchen leitenden Genossen wie Smeral, Zapotocki und Muna, eingesehen worden ist. Nur die loyale Erfüllung der auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern von ihnen eingegangenen Verpflichtungen garantierte der Partei eine möglichst wenig schmerzliche Liquidierung der Krise.

3. Warum die tschechische Krise verhältnismäßig leicht liquidiert wurde

Doch die allerbesten subjektiven Absichten der Führer, die Krise zu liquidieren, wären machtlos gewesen, wenn sie sich nicht auf der Linie des historischen Prozesses bewegt hätten. Wir mußten schon in der Tagung der Erweiterten Exekutive darauf hinweisen, daß die den Bolschewisierungsprozeß der tschechoslowakischen Partei aufhaltenden Momente die folgenden sind: erstens, das Vorhandensein des großen sozialdemokratischen Erbes in der Partei, zweitens, ein unüberwundener Nationalismus der rückständigen Schichten der Arbeiterbewegung, und schließlich drittens, ein gewisser Partikularismus der tschechischen Arbeiterbewegung, den sie von der österreichischen Sozialdemokratie geerbt hat, die bekanntlich vor dem Kriege durch partikularische Bestrebungen ihrer Bestandteile zerrissen wurde. Diesen Momenten kann jetzt noch ein weiteres ernstes Hindernis hinzugefügt werden, nämlich die sogenannte „teilweise Stabilisierung“.

Was ist uns bei der Überwindung dieser Hindernisse behilflich gewesen?

Die sich katastrophal verschlechternde Lage der Arbeiterklasse der Tschechoslowakei. Die Bedeutung dieses Moments ist in der Tagung der Erweiterten Exekutive von uns nicht ganz gewürdigt worden. Dabei spielte bei der Liquidierung der tschechischen Krise dieses Moment die entscheidende Rolle. Der Lohn des tschechischen Arbeiters bleibt hinter dem schnellen Wachsen der Teuerung zurück. Das tschechische Kapital ist außerstande, mit ökonomisch mächtigeren Ländern, z. B. mit Deutschland, zu konkurrieren. Um den inneren Markt für sich zu behalten, versucht es sich durch hohe Industrie- und Agrarzölle zu schützen. Aber diese Maßnahmen fördern noch mehr die Verteuerung der notwendigsten Erzeugnisse, drücken die Kaufkraft der Bevölkerung herab und vermindern die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes. Die „teilweise Stabilisierung“ verwandelt sich in solchen jungen Wirtschaftsorganismen wie die Tschechoslowakei in eine langwierige Krise, deren Kosten von den Arbeitermassen getragen werden. Ferner: wenn vor zwei Jahren das Kapital die Massen der Werktätigen und den sogenannten Mittelstand mit Hilfe der Inflationspolitik ausplünderte, so ist es jetzt bei der stabilen Valuta zu Methoden einer mehr zynischen und offenen Ausräuberung der Massen auf dem Wege der drückendsten Besteuerung übergegangen. Die gegenwärtige Steuerlast in der Tschechoslowakei ist um ein mehrfaches schwerer als sie in der Vorkriegsperiode in der Habsburgischen Monarchie für die Massen war. Und dabei schwankt der Arbeitslohn eines tschechischen Textilarbeiters zwischen 400 und 600 Kronen im Monat (40—60 Mark). Der Lebensstandard des tschechischen Arbeiters ist im Sinken begriffen. Unter den Proletariern zeigt sich ein elementarer Drang zur Emigration, aber der Weltarbeitsmarkt ist aufs äußerste eingeschränkt. Dazu kommt die Arbeitslosigkeit und die schwere Wohnungskrise. Eine dumpfe Unzufriedenheit dringt immer tiefer und tiefer in jene Arbeiterviertel, wo noch verhältnismäßig unlängst Frieden und äußerliches Wohlergehen herrschte. Und eins der Symptome dieser wachsenden Unzufriedenheit ist das äußerst empfindliche Reagieren seitens der unteren Parteimasse auf jedes Schwanken in der Partei. Der tschechische Arbeiter befreit sich schnell von seinen früheren Illusionen. Der berühmte „Nationalstaat“, womit die Bourgeoisie den tschechischen Arbeiter in der Nachkriegszeit foppte, verwandelt sich in jenes phantastische „Glashaus“, mit dem z. B. der polnische Schriftsteller Scheromski das gegenwärtige Polen vergleicht. Und wenn es der Komintern so verhältnismäßig leicht gelang, die tschechische Krise zu liquidieren, wenn die ersten Bolschewisierungskosten der Partei bloß die unbedeutende Bubnik-Gruppe gekostet haben, so erklärt sich dies dadurch, daß der Verarmungsprozeß der tschechischen werktätigen Massen das Klassengefühl des Proletariats geschärft hat und in ihm eine bittere Enttäuschung über seinen Nationalstaat und über die alten sozialdemokratischen Kampfmethoden hervorgerufen hat. Davon sprechen und zeugen sowohl Massendemonstrationen gegen die Teuerung als auch die letzten Streiks in der Mährischen Ostrawa. Die tschechische proletarische Masse glaubt der kommunistischen Internationale und will sich um keinen Preis von dieser trennen. Und das ist die beste Garantie dafür, daß die begonnene Bolschewisierung der tschechoslowakischen Partei gelingen wird.

4. Ist die Bolschewisierung der Partei in einer Epoche der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus möglich?

Die internationale Bedeutung der tschechischen Krisis besteht darin, daß sie an die internationale Arbeiterbewegung hart mit der Frage herangetreten ist: ist die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei in einer Epoche der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus möglich? Wir wissen, daß das Entwicklungstempo der revolutionären Bewegung sich in den letzten Jahren im Weltmaßstab verlangsamt hat. Es ist eine Periode der organisatorischen Kräfteansammlung eingetreten, eine Periode ihrer geduldischen Vorbereitung auf die großen Kämpfe von morgen. In solchen Niedergangsmomenten der revolutionären Welle sind pessimistische Einschätzungen der Entwicklungsperspektive der revolutionären Bewegung unvermeidlich. Wird nicht unter solchen Bedingungen die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien dazu beitragen, daß sie ihren Massencharakter verlieren? Droht nicht gegenwärtig der Komintern eine „Österreichisierung“, von der die tschechischen Genossen auf der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive sprachen? So wurde die Frage durch die tschechische Krise gestellt. Darum war die tschechische Krise gewissermaßen ein politisches Examen für die gesamte Komintern. Wäre es der Bourgeoisie gelungen, die tschechische Kommunistische Partei in dem Milieu der „teilweisen Stabilisierung“ zu sprengen, so hätte das den Feinden unserer kommunistischen Bewegung die schärfste Waffe in die Hände gegeben. Dieser Schlag hätte nicht nur die Bolschewisierung der übrigen Parteien der Komintern aufgehalten, sondern auch den Prozeß der inneren Zersetzung der Sozialdemokratie. Symptome solcher Zersetzung sehen wir zum Teil in Deutschland (Sachsen), zum Teil in Frankreich. Die tschechische Partei ist nicht die kleine schwedische. Ihre Spaltung konnte man in keiner Weise mit dem Sektierertum Höglunds vergleichen. Eine Niederlage der Komintern in der Tschechoslowakei könnte man bei der gegenwärtigen internationalen Lage etwa mit der italienischen Niederlage von 1920 vergleichen, die nach dem Rückzug der Roten Armee von Warschau erfolgte. Darum ist der Sieg der Komintern in der Tschechoslowakei durchaus nicht nur lokaler Bedeutung. Das tschechische Beispiel wird von nun ab ein Gegenstand ernsten Studiums seitens aller Sektionen der Komintern sein. Dieses Beispiel lehrt uns erstens, wie man die Kampffähigkeit der Partei heben kann, sogar wenn keine unmittelbare revolutionäre Situation da ist. Zweitens lehrt es das Weltproletariat, daß die Bolschewisierung zu dem Massencharakter der Partei durchaus nicht im Widerspruch steht. Und schließlich stellt es vor der gesamten Komintern konkret die Frage: was ist wahrhaftige, echte Bolschewisierung in der Periode der „teilweisen Stabilisierung“ des Kapitalismus.

5. Die Theorie der „teilweisen Stabilisierung“ — eine ideologische Deckung für die tschechische Rechte

Die Bedeutung gerade dieser letzteren Frage ist um so größer, da die tschechischen rechten Elemente bemüht sind, die seitens der Komintern erfolgte Anerkennung der „teilweisen Stabilisierung“ des Kapitalismus als Deckung für sich auszunützen, hinter der man vor revolutionären Stürmen

und innerparteilichen Erschütterungen sicher sein kann. Wenn die Komintern die „Teilstabilisierung“ und das Fehlen einer unmittelbaren revolutionären Situation in Mitteleuropa anerkannt hat, wenn die Komintern vor alle Sektionen die Aufgabe gestellt hat, den Kampf um Teilforderungen zu führen, wenn die deutsche Kommunistische Partei gegen die monarchistische Gefahr mit demokratischen Forderungen kämpft, folgt dann daraus nicht, daß wir in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei zu der alten Lage zurückkehren können? Die Partei befindet sich doch erneut am Anfang einer Periode, wo die Wechselbeziehungen der Klassenkräfte stabil sind. In entsprechender Weise muß sich also auch die Taktik der Partei ändern. Der linke Druck auf dem taktischen Gebiet war doch nur eine Teilepisode, die jetzt von der „teilweisen Stabilisierung“ hinweggespült worden ist. So spielt für die tschechische Rechte die Teilstabilisierung dieselbe Rolle, wie für die Menschewiki die Nöp. Ähnlich wie die russischen Menschewiki die Nöp für eine Konzession an die Bourgeoisie halten und sie begrüßen, sind die tschechischen Rechten geneigt, in der Anerkennung der „teilweisen Stabilisierung“ sozusagen die Nöp in der Komintern zu sehen. Dadurch erklärt sich in gewissem Maße der Umstand, daß die tschechischen Rechten ohne harten Kampf ihre Positionen zeitweilig räumten.

Worin besteht der Hauptunterschied in dem Verhältnis der Komintern und der tschechischen Rechten zu der „Teilstabilisierung“? Er besteht darin, daß für die revolutionären Elemente der Komintern die „Teilstabilisierung“ ein unvermeidliches Übel darstellt, während sie für die Rechten eine Erscheinung positiven Charakters ist, über die sie in Enthusiasmus verfallen. Vor der Kommunistischen Partei steht die Aufgabe, dieses verschiedene Verhältnis zu der Frage über die „Teilstabilisierung“ aufzudecken, die Position der Rechten in dieser Frage bloßzustellen und ihnen nicht erlauben, die Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen, die in Zukunft bei der praktischen Arbeit entstehen werden. In der Tschechoslowakei muß die Partei eine großzügige Aufklärungs-Kampagne einleiten, die die konkreten Aufgaben der Bolschewisierung aufzudecken hat. Zur Bolschewisierung der Kommunistischen Partei gehört nicht nur Manövrierfähigkeit, die ihr gestattet in Zeiten, wo die revolutionäre Welle abflaut, von großen Kämpfen um die Machtergreifung zur Verteidigung alltäglicher Forderungen der Arbeiterklasse überzugehen, sondern dazu gehört auch die Befähigung der Partei, sich auf die alltäglichen Forderungen des Proletariats zu stützen und seine Bewegung in die höchste Phase — den offenen Bürgerkrieg — überzuleiten. Die Bolschewisierung — das ist die Fähigkeit der Partei, die Front des Klassenkampfes binnen 24 Stunden umzustellen, die Fähigkeit, Barrikaden da zu errichten, wo gestern noch durch propagandistische und organisatorische Kleinarbeit die Kräfte des Proletariats gesammelt wurden. Wer die Geschichte der russischen bolschewistischen Partei verfolgt hat, der weiß, daß, wie zur Zeit des Moskauer Aufstandes im Jahre 1905—06, so in der Periode der schwärzesten absolutistischen Reaktion im Jahre 1908—09 der Leninismus der gleiche blieb. Der Leninismus blieb Leninismus sowohl im Oktober 1917, im Augenblick der Machtergreifung, als auch im Jahre 1921, im Augenblick der Proklamierung der sogenannten neuen ökonomischen Politik. Ihn in seine Bestandteile zu zer-

legen, einzelne Seiten aus ihm herauszugreifen, das ganze einheitliche System der taktischen Kampfmittel zu ignorieren, — wäre ebenso falsch, wie den Marxismus in eine evolutionäre und eine revolutionäre Hälfte der Marx'schen Lehre zu teilen. Wenn für eine solche Partei, wie es die deutsche Kommunistische Partei ist, wo starke ultra-linke Tendenzen vorhanden waren, die grundlegende Aufgabe der Bolschewisierung im gegenwärtigen Stadium der Wechselbeziehung der Klassenkräfte darin besteht, von der Losung der Diktatur des Proletariats zu der Losung der Teilforderungen überzugehen und diese Teilforderungen mit den Endzielen der proletarischen Bewegung zu verbinden, so läßt sich für die tschechoslowakische Partei, wo in der Vergangenheit die rechten Tendenzen überwucherten, die Aufgabe der Bolschewisierung keineswegs durch bloße Aufstellung eines Teilforderungs-Programms erschöpfen. Rechte Abweichungen bei der taktischen Anwendung der Teilforderungen würden hier besonders vernichtende Folgen haben. Die rechten Abweichungen würden in der Partei einen höchst günstigen Nährboden finden. Die Partei muß diese Gefahr im voraus sehen und sich vor ihr sichern.

6. Die konkreten Aufgaben der Bolschewisierung

Zweifellos hat in den letzten Monaten die tschechische Partei einen riesigen Sprung nach vorwärts gemacht. Ebenso zweifellos ist es, daß die tschechoslowakische Partei diese Erfolge dem bitteren Kampf verdankt, den unsere Genossen Smeral, Zapotocki und Muna gegen die rechten Elemente führten. Ihr aufrichtiges und offenes Verhalten nach der Tagung der Erweiterten Exekutive trug zur Überwindung der Krise entscheidend bei und beruhigte die Partei: Diese Tatsache zu leugnen, wie das manche linke tschechoslowakischen Genossen tun — wäre nicht richtig. Gleichzeitig aber müssen wir uns ruhig und nüchtern Rechenschaft darüber abgeben, nicht nur, welche Aufgaben auf dem Wege der Bolschewisierung der tschechischen Partei schon verwirklicht sind, sondern auch darüber, welche Aufgaben wir uns noch zu stellen und mit gemeinsamen Kräften zu lösen haben werden. Diese Aufgaben lassen sich in zwei Gruppen von Fragen zusammenfassen: erstens, energischen, schonungslosen Kampf gegen die rechten Abweichungen innerhalb der Kommunistischen Partei; zweitens, Belebung des Parteiapparats und Einführung einer Reihe von Kampfleitern, die in der letzten Zeit in der Partei aufgewachsen sind, in ihn. Das bezieht sich hauptsächlich auf die Peripherie; drittens, die Hebung der Kampfkraft der Partei durch breite Masseneintritte; viertens, die Entwicklung der Fähigkeit der Partei, zu manövrieren, ohne in Opportunismus zu verfallen, der die ernsteste Bedrohung der tschechischen Bewegung ist; fünftens, die Internationalisierung der Partei und die Überwindung ihrer nationalistischen Vorurteile, und schließlich sechstens, der Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Keine dieser Aufgaben ist ganz gelöst, sie alle befinden sie noch in Verwirklichung, unter ihnen sind Aufgaben, die die empfindlichste Stelle für die Kritik der Parteitätigkeit bilden.

Zu den allerwichtigsten Fragen gehört zweifellos der Kampf gegen rechte Abweichungen in der Partei. Noch vor einigen Monaten verneinte eine ganze Reihe ernster tschechischer Genossen das Vorhandensein der Rechtsgefahr in der Partei. Der Ausschluß Bubniks bildete gewissermaßen die

Lanzette, die auf chirurgischem Wege das opportunistische Geschwür in der Partei aufriß. Die objektive Bedeutung dieses Ausschlusses liegt darin, daß er die am meisten opportunistische Gruppe zwang, sich offen zu zeigen. Bis dahin hatte diese Gruppe es vorgezogen, entweder zu schweigen oder sich hinter einer formellen Anerkennung der Beschlüsse des 5. Kongresses zu verschansen. Das gleiche Ziel, das Geschwür zu schneiden, verfolgten wir auch auf der Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern, indem wir unsere gesamte Angriffskraft auf das berüchtigte Brünner Memorandum konzentrieren. Für die Komintern handelte es sich dabei am wenigsten um den Kampf gegen das Brünner Kreiskomitee als solches. Faktisch sollte Brünn die Bubnikowerei innerhalb der Kommunistischen Partei personifizieren, die bemüht war, diese Partei von innen heraus zu desorganisieren. Diese Bubnik-Elemente innerhalb der Partei bloßzustellen, der Parteimasse ihr wirkliches Gesicht zu zeigen, die Partei von ihrem zersetzenden Einfluß zu befreien, das war der Sinn des Angriffes der Komintern auf Brünn. Hat die Komintern durch den Angriff ihr Ziel erreicht? Zweifellos ja. Es wird sich jetzt in der tschechischen Kommunistischen Partei kein einziger Proletarier finden, der nach dem Austritt Roučeks und anderer aus der Partei, nach der Bildung der Gruppe der „Stimme der Wahrheit“, die offen mit ihrer eigenen Plattform auftrat, noch glauben würde, daß diese ehrenvolle Gesellschaft, die sich um eine von der tschechischen Regierung subsidierte antikommunistische Zeitung gruppiert hat, — daß diese Gesellschaft das unschuldige Opfer der Intrigen der linken Exekutive sei. War es vor drei Monaten ebenso? Nein. Und in diesem Anschauungsunterricht, den die tschechische Partei an dem Beispiel Bubniks, Roučeks und anderer Renegaten erhalten hat, besteht die positive Bedeutung der durchlebten Krise. Die tschechische Parteimasse kann sich am lebendigen Beispiel überzeugen, wer sich als im Recht erwiesen hat, jene, die die Bubnik-Gefahr schon lange der Partei signalisierten, oder jene, die diese Gefahr unterschätzten oder sie sogar deckten. Ferner ist für die bolschewistische Aufklärung der tschechischen Arbeitermassen die Tatsache selbst nicht weniger nützlich, daß ein solches Organ, wie die „Stimme der Wahrheit“, existiert. Es braucht kaum bewiesen zu werden, daß es für die Kommunistische Partei äußerst günstig ist, eine solche Gruppe vor den Augen der tschechischen Arbeiter zu haben und an ihr den Verrat der opportunistischen Elemente zu demonstrieren. Wie wertvoll für die bolschewistische Erziehung allein schon das Bubnik-Programm ist! Hier haben wir sowohl den Kampf gegen den demokratischen Zentralismus, auf dem die Wechselbeziehungen zwischen der Komintern und ihren Sektionen aufgebaut sind, wie auch die vollständige Verneinung revolutionärer Kampfmethoden und Rezepte einer „vollständigen Ausnutzung des Parlaments“, wir haben hier den Kampf gegen die Betriebszellen und gegen die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen, wie auch den Kampf für Autonomie und Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der Bevormundung seitens der politischen Partei usw. usw. Es ist einleuchtend, daß im Kampf mit derartigen Programmen die Partei die Möglichkeit hat, ihre Mitglieder zu stählen. Aber vor der Partei steht nicht nur die Aufgabe, diese für die Arbeiterbewegung tote Bubnikowerei zu entlarven, d. h. die Bubnikowerei, die außerhalb der Partei steht, sondern auch die Aufgabe, die Widerspiegelung

der Aussichten dieser Gruppe unter den rechten Elementen zu suchen, die ihr nahe stehen und nur aus dem Gesetz der Trägheit heraus und aus Charakterlosigkeit in der Partei geblieben sind. Und hierin dürfte die am meistens positive Bedeutung des Erscheinens des „Hlas Pravdy“ und der ganzen ehrsamem Renegatengesellschaft stecken, die sich um ihn gruppiert. Im gegenwärtigen Stadium der bolschewistischen Entwicklung der Partei müssen wir unseren ideologischen Kampf gegen die rechten Abweichungen mehr nach oben verlegen, wir müssen energisch und fest die Mittelsmänner der Bubnikowerei innerhalb der Partei treffen, wir müssen jene Elemente treffen, deren Gewissen sich auf die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und auf die Sympathie zu Bubnik verteilt, d. h. wir müssen die opportunistischen Grüppchen treffen, deren schädliche Rolle bisher weder den Arbeitern noch der tschechischen Parteimasse klar ist.

Gibt es solche Elemente in der tschechischen Partei? Zweifellos ja. Wo sind sie? Es sind dies die Elemente, die gegenwärtig an dem Genossen Smeral Kritik üben wegen der Kompromißlösung der Parteikrise, die ungeduldig auf den Augenblick der Sprengung des innerparteilichen Blocks warten, die fortfahren, mit der „Lösung Moskaus“ unzufrieden zu sein, die ob dieser Lösung krank geworden sind, jammern, flennen, in Prager Kaffees einander in die Weste weinen, den geringsten Fehlern der Kommunistischen Partei auflauern, um morgen die Möglichkeit zu haben, einen neuen Kampf in ihr zu entfachen. Diese Grüppchen bestehen überwiegend aus tödlich gekränkten Intellektuellen, die einen Anspruch auf die Führung erheben, aber nicht die Fähigkeiten dazu haben, aus Leuten, die sich einbilden, daß ihre Selbstentfernung von der Arbeit unvermeidlich eine Katastrophe in der tschechischen Arbeiterbewegung hervorrufen müsse. Ein bedeutender Teil dieser Elemente ist durch und durch vom kleinbürgerlichen Individualismus durchtränkt, der sie hindert, sich vollständig objektiv und ruhig sowohl zu ihrer Partei als auch zur Arbeiterklasse zu verhalten. Um wieder zu brauchbaren Mitgliedern der Partei zu werden, tut dem psycho-pathologischen Typus dieser Leute mit zerrüttetem Nervensystem vor allem eine gründliche Revision ihrer Ansichten not und die Überwindung ihrer Niedergangsstimmungen.

Wir wollen nicht verheimlichen, daß sich unter diesen Elementen eine Reihe disziplinierter Genossen befindet, die den Parteibeschuß natürlich loyal durchführen werden. In bezug auf solche Skeptiker muß die Partei alle Mittel der Überzeugung versuchen, und dafür Sorge tragen, daß diese Genossen in harter Alltagsarbeit wieder verjüngt werden. Aber es gibt auch andere, die alle Parteibeschlüsse heimlich sabotieren, und die Autorität der Parteileitung systematisch untergraben, die allen möglichen Klatsch und alle möglichen Gerüchte verbreiten und der Partei ständig Knüppel zwischen die Beine werfen werden. Gegen derartige Elemente muß eine entschiedene Bloßstellungskampagne eingeleitet werden. Wir dürfen das Vorhandensein solcher Elemente in der Partei nicht verhüllen, ihre von der Parteimeinung abweichenden Anschauungen nicht durch Kompromißresolutionen verkleistern, sondern sie ans Tageslicht ziehen zur offenen, ehrlichen Diskussion vor der Partei. Sie sollen nicht die Rolle großer Schweiger spielen, die etwas über die Partei wissen, aber aus Motiven, die keiner begreift, schweigen, sie sollen sich nicht mit der Toja der Parteidisziplin drapieren.

sie sollen nicht so tun, als ob aus hochherziger Sorge über die Interessen der Partei ihre Lippen verschlossen sind. Wir wissen im voraus, daß diese Leute politisch bankrott sind, daß sie der Partei nichts zu sagen haben, daß sie sich durch das selbstauferlegte Schweigegelübde einfach um die offene Diskussion drücken, in der man sie, wie sie im voraus wissen, schlagen wird. Eine solche Diskussion wäre für die Partei besonders vor den Parteitag nützlich. Sie würde die schon erreichten Resultate festigen, die Klarheit der Anschauungen über die grundlegenden politischen und organisatorischen Probleme unter der Parteimasse fördern, und was die Hauptsache ist, sie würde nicht zulassen, daß sich die rechten Elemente innerhalb der Partei konsolidieren und daß alle Lehren der Krise zu einer rein formalen Billigung der Beschlüsse des Erweiterten Plenums der Exekutive der Komintern gemacht werden. Die Gefahr einer solchen Konsolidierung ist durchaus keine erdachte, ihre Wurzeln stecken in den Bedingungen der „Teilstabilisierung“. Gerade diese nicht beseitigte Rechtsgefahr erzeugt in der Partei neue Abweichungen. Wir wissen z. B., daß neben der rechten Gruppe, die mit der Lösung der tschechischen Krise unzufrieden ist, auch eine linke Gruppe besteht, die die Politik des innerparteilichen Blocks kritisiert. Zu dieser Gruppe gehören erstens die slowakischen Genossen, die auf einer ihrer letzten Konferenzen eine äußerst linke und in bezug auf den Block Smeral—Neurath äußerst oppositionelle Resolution angenommen haben; zweitens der Jugendverband, der eine Broschüre „Leninismus oder . . .?“ veröffentlicht hat. Der Leser wird gewiß ohne besondere Mühe erraten haben, daß mit dem Fragezeichen der „Smeralismus“ gemeint ist. Der tschechische Jugendverband hat es für zeitlich geboten gehalten, gegen den „Smeralismus“ einen Kreuzzug zu eröffnen, gerade im Augenblick des Waffenstillstandes der Fraktionen und der loyalen Erfüllung der Verpflichtungen seitens des Genossen Smeral, die er vor der gesamten kommunistischen Bewegung eingegangen war. Durch die Bekämpfung der Politik des Blocks Smeral—Neurath hat ein solches Auftreten zur Folge, daß sich in der Partei ein anderer, höchst unnatürlicher Block Gula—Verčik bildet. Die Geschichte derartiger Links-Rechts-Blocks datiert nicht erst von heute, wir haben vielmehr in der internationalen Arbeiterbewegung eine Reihe von Präzedenzfällen. Es genügt, sich des Blocks zu erinnern, den in den Reaktionsjahren 1908/12 die äußeren linken Otsowisten und die Leute vom „Wperjod“ in der russischen Partei mit den rechten Liquidatoren schlossen. Ich glaube nicht, daß unsere slowakischen Genossen tatsächlich beabsichtigen, den von dem Gang der Arbeiterbewegung längst verurteilten Bildungsversuch eines derartigen Blocks zu wiederholen. Gegenwärtig die Hauptgefahr im „Smeralismus“ zu sehen, das heißt, in der Einschätzung der innerparteilichen Lage fünf bis sechs Monate zu spät zu kommen, das heißt, die ungeheueren Verschiebungen außer acht zu lassen, die in den innerparteilichen Beziehungen seit der Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern vor sich gegangen sind. Am gefährlichsten wäre es für die linken Genossen in alten Formeln zu erstarren, und die Bedingungen des wirklichen Kampfes zu ignorieren.

Indem die Partei diese linken Genossen kritisiert, muß sie sich darüber im klaren sein, daß das Auftauchen solcher linker Gruppen von großer symptomatischer Bedeutung ist. Durch die Tatsache ihres Erscheinens be-

sagen diese Gruppen, daß es notwendig geworden ist, daß die Partei von der Kritik der Bubnikowerei zum Kampf gegen ihre Überreste im Innern der Partei übergeht. Und je fester und hartnäckiger die Partei die Überbleibsel der Bubnikowerei in ihren Reihen liquidieren wird, um so leichter, rascher und schmerzloser wird sie auch ihre linken Abweichungen überwinden.

Alles oben Gesagte zusammenfassend, müssen wir folgendes sagen. Obwohl bedeutende Resultate schon jetzt erzielt worden sind, darf die Partei nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Sie muß die Bolschewisierung bis zu Ende führen. In der Tschechoslowakei sind noch eine ganze Menge Aufgaben zu lösen, eine ganze Menge Aufgaben, die die Partei noch nicht durchgeführt hat. Vor allem braucht die Partei ein klares, deutliches Aktionsprogramm, berechnet für die nächste Kampfperiode der Arbeiterklasse. In der Tagung der Erweiterten Exekutive waren wir alle allzu sehr mit der Analyse der Gründe und der Bedingungen des Fraktionskampfes in der tschechischen Partei beschäftigt und hatten die Frage des Aktionsprogramms nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Aufgabe muß die Partei jetzt lösen, unverzüglich und aus eigenen Kräften. Sie muß sogleich die Aufmerksamkeit auf vier grundlegende Momente konzentrieren: 1. Kampf für die Erhaltung des materiellen Niveaus der Arbeiterklasse, Kampf gegen die Steuern und die Zölle, die zur Verteuerung des Lebens beitragen; 2. tatsächliche Verwirklichung des Bündnisses des Proletariats mit der ärmsten Bauernschaft auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten und durchdachten Programms der Bauernforderungen; 3. schließlich die Hauptaufgabe, die den Erfolg aller unserer Kampagnen bedingt — das ist der Kampf für die Einheit aller proletarischen Kräfte, der Kampf für die rote Einheitsfront der Arbeit. Bis jetzt haben wir seit dem zweiten Parteitag in der Verwirklichung aller dieser Aufgaben sehr wenig geleistet. Der dritte Parteitag der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wird diese Mängel offen eingestehen und sie verbessern müssen. Und auf diesem Wege wird die gesamte Kommunistische Internationale mit der größten Aufmerksamkeit die neuen Erfolge ihrer prächtigen, sich bolschewisierenden tschechoslowakischen Sektion verfolgen.



DER NIEDERGANG DER WELTFIRMA ENGLAND

Vor kurzem wurde in den Berichten der größten Banken, der sogenannten „Fünf Giganten“, und zwar der Midland-, Lloyds-, Westminster-, Barkley- und der National Provincial Bank, mit Begeisterung auf die Tatsache hingewiesen, daß ihre Reingewinne im Laufe des Jahres 1924 um 10 Prozent oder, um eine runde Zahl zu sagen, um 9 bis 10 Millionen und mehr gestiegen sind. Es wurde auch eine Besserung in der Textilindustrie, eine Vergrößerung der Auslandsanleihen insgesamt bis zu 125 Millionen Pfund Sterling, die England im vorigen Jahre (größtenteils in den Dominions) gegeben hat usw., gezeigt.

Doch verbergen sich hinter diesem optimistischen Bild manche dunklen Flecke. Unter anderem z. B. die Tatsache, daß der englische Handel im Jahre 1924 eine passive Bilanz ergeben hat. Die Einfuhr hat die Ausfuhr um 344 Millionen Pfund Sterling (die höchste Ziffer, die die Geschichte des englischen Handels aufzuweisen hat) überschritten. Auf der anderen Seite ist allerdings das „unsichtbare“ Einkommen Englands von 300 Millionen im Jahre 1923 auf 370 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1924* gestiegen. Auf diese Weise war die passive Handelsbilanz nicht nur gedeckt, sondern es verblieben zugunsten Englands noch 26 Millionen Pfund Sterling Reingewinn aus allen Finanz- und Handelsoperationen im Auslande. Und trotzdem: je mehr Wochen und Monate des neuen Jahres (1925) ins Land zogen, um so schwächer wurde der obenerwähnte Enthusiasmus . . . jetzt geht die Besorgnis noch weiter. Was sind nun die Gründe zu dieser Beunruhigung? Wenn man den englischen Handel vom Monat März betrachtet, so ergibt sich im ganzen im Vergleich zum März des verflossenen Jahres eine gewisse Steigerung, und zwar ist die Einfuhr um 9 Prozent, die Ausfuhr um 15 Prozent gewachsen. Die Gesamtsumme der eingeführten Waren, die sich auf 103 500 000 im Jahre 1924 belief, ist im Jahre 1925 bis auf 112 750 000 gestiegen. Die Ausfuhr von Waren effektiv englischer Produktion hat sich von 61 000 000 (März 1924) bis zu 70 229 000 im gleichen Monat des Jahres 1925 vergrößert, während umgekehrt aber die Gesamtsumme der Ausfuhr von Transitwaren die gleiche geblieben ist, und zwar 12 750 000.

Aber wenn wir uns diese Zahlen aufmerksamer betrachten, so werden wir sehen, daß die Ausfuhr der drei Haupterzeugnisse der englischen

* „Unsichtbare Einkommen“ nennt man in der engl. Bilanz 1. die Zinsen aus ausländischen Wertpapieren, die Einnahmen der englischen Versicherungsgesellschaften aus Auslandsabschlüssen und endlich die Einkommen der Handelsflotte, die aus fremden Transporten resultieren. Diese Einkommen erscheinen in der Handelsbilanz nicht. In dieser Summe der unsichtbaren Einkommen sind auch alle diejenigen Beträge einbezogen, die auf privatem Wege von Engländern, die sich in den Dominions und Kolonien als Beamte, Unternehmer, Kaufleute oder Arbeiter befinden, nach England eingeführt werden.

Industrie — Kohle, Stahl und Eisen — im Vergleich zum Vorjahre eine Verminderung von 2 028 000 ergibt.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit diesem Fundament der industriellen Entwicklung Englands?

In der bekannten konservativen Zeitschrift „Saturday Review“ ist in der Ausgabe vom 9. März 1925 ein Artikel des konservativen Mitgliedes des Parlaments, Sir Clement Cook, enthalten. Cook weist darauf hin, daß, trotzdem England die besten und qualifiziertesten Kohlenbergarbeiter der Welt hat, seine Kohlenausfuhr doch rapide sinkt. Im Jahre 1913 hat England 98 Millionen Tonnen Kohlen exportiert, 1924 jedoch nur im ganzen 61 650 000 Tonnen*, wobei in diese Zahl noch das Quantum an Kohle inkalkuliert ist, das nach Irland ausgeführt wurde und das in der Ziffer des Jahres 1913 nicht figuriert**. Im Vergleich zu 1923 war die Kohlenausfuhr 1924 um 17 Millionen geringer. Wir werden uns nicht lange bei den Ursachen aufhalten, die der konservative Deputierte zur Erklärung des Rückganges der englischen Kohlenausfuhr anführt, mit anderen Worten, bei der Vermehrung der Unkosten bei der Kohlenförderung. Die Kohlenförderung in Deutschland stellt sich um 6 Schilling pro Tonne billiger. Die Deutschen exportieren fast ihre ganze Schwarzkohle und verwenden im Lande selbst nur graue Kohle, die zuvor einer chemischen Bearbeitung unterworfen wird. Wie dem auch sei, die Durchschnittsproduktion des einzelnen Arbeiters im Jahre 1924 im Vergleich zur Produktion im Jahre 1913 ist um 13 Prozent gefallen.

In den vier Monaten des Jahres 1925, d. h. bis Ende April, erfuhr die englische Kohlenausfuhr eine neue Verminderung. Es ist um 7 Millionen Pfund Sterling weniger ausgeführt worden als in der gleichen Periode des Vorjahres. Dies spiegelt sich auf der anderen Seite natürlich auch in den Frachten, in der Schiffs- und Maschinenbau-Industrie usw. wider.

Sehen wir, wie es mit dem anderen wichtigen Faktor der englischen Großindustrie — dem Stahl — bestellt ist. Zu diesem Zwecke genügt es hier, folgende Stellen aus dem Jahresbericht des größten englischen Unternehmens, Wickers, des englischen Krupps, zu zitieren, der in allen Zeitungen am 16. April veröffentlicht war.

Wickers selbst spricht darüber. Er beginnt mit der Bemerkung, daß sich die von ihm in der vorjährigen Vollversammlung seiner Aktionäre ausgesprochenen Hoffnungen auf eine Besserung der Geschäftslage nicht verwirklicht haben. Die Zahl der Abschlüsse hat sich nicht vergrößert, sondern verringert, die Konkurrenz ist noch mehr gewachsen, besonders seitdem Deutschland wieder auf dem Weltmarkt erschienen ist.

„Vor einigen Monaten wurde das englische Publikum in Erstaunen versetzt durch die Mitteilung, daß die größte englische Reederei fünf Dampfschiffe in Deutschland zu bedeutend niedrigeren Preisen als den hiesigen bestellt hat. Von patriotischen Gefühlen durchdrungen, war sie bereit, den englischen Firmen einen um 10 000 Pfund Sterling höheren Preis pro Schiff zu zahlen, als in Deutschland von ihr verlangt wurde. Trotzdem aber bekam sie die Antwort, daß die Schiffswerften — darunter auch die unsrige —

* 1 Tonne = 62 Pud, 1 Pud = 20 Kilo

** Irland war damals ein Teil von Großbritannien. Nachdem es ein separates Dominion geworden ist, hat es seine eigenen Zollgrenzen.

nicht in der Lage seien, ihre Bestellungen ohne große Verluste zu solchen Preisen zu akzeptieren. Ebenso wurden auch viele Dampfschiffe zur Reparatur in ausländische Docks gegeben.

Vor einer Woche wurde berichtet, daß die südafrikanischen Eisenbahnen Bestellungen auf 15 Lokomotiven zu Preisen nach Deutschland vergeben haben, die ungefähr um 37 Prozent niedriger sind als die Preise, die von englischen Firmen verlangt wurden.

In den Zeitungen ist auch über andere analoge Bestellungen berichtet worden, aber der größte Teil ist dem Publikum noch gar nicht zu Ohren gekommen.

Herr George Taylor, der Generaldirektor der Firma Taylor Bros., hat vor kurzem bei seinem Besuch in Deutschland eine Reihe von Stahlgießereien besichtigt. Er erzählt mir, daß diese Firmen mit Bestellungen auf Achsbuchsen, Radkränze, Räder und andere Eisenbahnteile, die von indischen und südamerikanischen Eisenbahngesellschaften erteilt wurden, überhäuft seien. Alle diese Bestellungen wären in normalen Verhältnissen bei uns ausgeführt worden.

Trotz des Verlustes der Erzgebiete in Lothringen und trotz der Desorganisation, die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufen wurde, ist der deutsche Handel in der letzten Zeit sehr schnell gewachsen und die deutsche Stahlproduktion von 6 Millionen Tonnen im Jahre 1923 auf 9 Millionen Tonnen im Jahre 1924 gestiegen. Frankreich hat einen gleichartigen Aufstieg aufzuweisen. Ebenso auch Belgien, wenn auch in kleinerem Maße. In den Vereinigten Staaten von Amerika drückt sich die Stahlproduktion im Jahre 1924 in der ungeheuren Zahl von 36½ Millionen Tonnen aus, trotzdem sie um 13 Prozent geringer war als im Vorjahre (am Schluß des Jahres hat sich die Lage jedoch bedeutend verbessert).

Die englische Stahlproduktion ist von 18½ Millionen Tonnen im Jahre 1923 bis auf 8 200 000 Tonnen im Jahre 1924 gesunken. Diese letzte Ziffer liegt nicht viel höher als die Ziffer der Stahlproduktion von vor 50 Jahren.

Ich führe hier die auf die Stahlproduktion bezug habenden Ziffern an, weil die Stahlproduktion der beste Fingerzeig für die Entwicklung des Maschinen- und Schiffsbauwesens ist, und weil diese Ziffern darlegen, daß unser Land unter allen Industrieländern das einzige ist, das auf diesem Gebiete eine Periode der Depression durchlebt. Lange schon haben wir die erste Stellung verloren, die wir vor 50 Jahren innehatten. Damals verfügten wir über billige Kohle und haben energisch den Bau von Eisenbahnen (die zu der Zeit erst im Anfangsstadium der Entwicklung waren) und von Dampfschiffen aus Eisen (statt der damals üblichen aus Holz) betrieben. Heute haben wir keine Chancen, unsere Vormachtsstellung wieder zurückzuerobern. Aber das ist kein Grund, daß die Maschinen- und Schiffsbau- sowie die Stahlindustrie das höchste Kontingent der 1¼ Millionen Arbeitslosen stellen müssen, die vom Staat Unterstützungen beziehen, ohne die Hunderttausende zu rechnen, die laut Gesetz der Armenunterstützung anheimfallen.“

Wickers findet natürlich auch, daß die Ursache des Rückgangs der englischen Industrie in der durch die zu großen Herstellungskosten hervorgerufenen Unfähigkeit zu konkurrieren liegt.

Jetzt zur Schiffbau-Industrie.

Es ist bekannt, welche bedeutende Rolle der Schiffbau im englischen Wirtschaftsleben spielt. Auch er befindet sich im Rückgang. Die Anzahl der in den Schiffsbauwerften befindlichen Schiffe ist gegen Ende September von 1 297 000 Tonnen auf 1 165 000 Tonnen gesunken. Die englische Presse unterstreicht mit Bedauern die Tatsache, daß in derselben Zeit im Gegensatz dazu die Anzahl der Schiffe, die in deutschen Werften gebaut wurden, von 355 000 auf 405 000 Tonnen gestiegen ist.

Der Rückgang im englischen Schiffbau wird noch mehr Staunen erregen, wenn man in Betracht zieht, daß im Jahre 1913 auf den englischen Werften insgesamt im Jahr 1 898 000 Tonnen gebaut wurden, was damals 59 Prozent des gesamten Weltschiffbaus ausmachte. Jetzt ist der Prozentsatz des englischen Schiffbaus im Verhältnis zum Weltschiffbau weniger als 50.

Nicht besser ist es um die Lage in der Textilindustrie bestellt. Mitte April dieses Jahres fand unter der Leitung des Vorsitzenden der Handelskammer von Manchester, Dr. Ray, eine allgemeine Beratung statt, auf der Vertreter aus allen Zweigen der Textilindustrie anwesend waren, ferner das Handelskomitee der Manchester Handelskammer und auch Vertreter von neun Gewerkschaften, die mit neun verschiedenen Zweigen der Textilindustrie in Verbindung stehen. In dieser Sitzung wurde konstatiert, daß die Textilindustrie „im gegenwärtigen Moment eine Krise erlebt, die die in diesem Gebiete erfahrendsten Fachleute als die schwerste seit ihrem Bestehen bezeichnen“. Seit dem Einsetzen der Krise sind die Verluste in dieser Industrie laut Berechnungen von Sir Charles Mackar, einem Vertreter der Textilindustrie, bis auf 200 Millionen Pfund Sterling angewachsen. In Verbindung mit dieser Krisenerscheinung, die die verschiedenen englischen Industriezweige durchmachen — u. a. die Kohlen-, Metall- und Textilindustrie — besteht eine ähnliche Depression im Transportwesen. Aus der Antwort der großen Western-Eisenbahnen ersieht man, daß der durch diese Bahnen im Jahre 1924 getätigte Transport von Kohlen sich gegenüber dem Jahre 1913 um $7\frac{1}{4}$ Millionen Tonnen verringert hat. Infolgedessen hat sich auch der Reingewinn dieser Eisenbahnen bedeutend vermindert. Er beträgt nur 3 Prozent des Stammkapitals. Um im vorigen Jahre $7\frac{1}{2}$ Prozent Dividende auszahlen zu können, war die Gesellschaft gezwungen, ihrem Reservefond leihweise Gelder zu entnehmen.

Aber der Niedergang in der Industrie bedeutet auch ein Anwachsen der Arbeitslosenziffern. Die englische Presse hat dieser Frage in der letzten Zeit wieder ernste Aufmerksamkeit zugewendet. Im Parlament wurde die Erwerbslosenfrage in besonderen Debatten behandelt. Augenblicklich beträgt die Zahl der Erwerbslosen $1\frac{1}{4}$ Millionen, d. h. ungefähr 150 000 mehr als in dem entsprechenden Monat des vorigen Jahres, wo sich die Labour Party an der Regierung befand*. Diese Tatsache wurde von dem ehemaligen Minister der Arbeiterregierung, Clynes, während der Parlamentsdebatten am 14. Mai gegen die Konservativen ausgenutzt, die versichert hatten, daß der

* Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 4. Mai 1925 1 179 800; im Jahre vorher — am 5. Mai 1924 — 1 040 660. Laut dem Erwerbslosenversicherungsgesetz haben am 5. Mai 1920 960 000 Menschen, am 27. April 1925 aber 1 100 000 Menschen Unterstützung bezogen. Nach Meldungen der „Ministry of Labour Paper“, dem Organ des Arbeitsministeriums, war der Prozentsatz der Erwerbslosen von den $11\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitern, die für den Fall der Erwerbslosigkeit versichert sind, am Ende März 1925 11,4, Ende Februar 11,6, während er Ende März 1924 nur 9,9 ausmachte.

Sturz der Arbeiterregierung „eine größere Festigung des Handels und der Industrie und ein wachsendes Zutrauen zu ihnen“ nach sich ziehen und folglich die Zahl der Erwerbslosen vermindern würde.

Eine Steigerung der Erwerbslosenziffer bedeutet eine Herabsetzung der Arbeiterlöhne und eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse. In diesem Zusammenhange wurden unerhörte Tatsachen bekannt, als im Unterhause die Frage der Minimallöhne zur Diskussion stand.

Der Arbeiterdeputierte Morgan Jones wies auf Grund der Berechnungen der bekannten englischen Zeitschrift „The Economist“ vom 7. 3. d. J. auf das fortschreitende Sinken der Reallöhne der Arbeiter hin. Trotzdem sich die Arbeitslöhne nominell erhöht haben, und zwar im Vergleich zu 1914 um ungefähr 45 Prozent für Metall- und überhaupt qualifizierte Arbeiter und um 70 bis 75 Prozent für andere Kategorien, sind die Löhne im Endresultat in Wirklichkeit doch gefallen, weil der Warenindex in dieser Zeitperiode um 80 Prozent gestiegen ist.*

Besonders schwer ist die Lage der Frauen und der unqualifizierten Arbeiter, die in der Bekleidungsindustrie beschäftigt sind, sowie die der Angestellten — besonders in Restaurants und Kolonialwarenhandlungen. Jones hat eine Reihe von Tatsachen aufgezählt, die in den Fragebogen der Arbeitsnachweise stehen. In London erhält z. B. ein 20jähriger Hilfsverkäufer 20 Schilling pro Woche; eine Hilfsverkäuferin von 24 Jahren erhält 25 Schilling; eine Kassiererin von 22 Jahren erhält in Destillationen 18 Schilling; eine Verkäuferin in Zigarrengeschäften — 21 bis 24 Jahre alt — verdient 26 Schilling pro Woche. In den übrigen Teilen Englands die gleichen Tatsachen. In Cornwall besteht in manchen Geschäften noch der Usus, daß Verkäuferinnen drei Jahre hindurch kein Gehalt beziehen, sondern daß ihnen diese Zeit als Lehrzeit angerechnet wird, in der sie einen ganz minimalen Prozentsatz vom Umsatz erhalten. In Plymouth verdient eine Verkäuferin, die ohne Mittagspause von 8½ Uhr morgens bis 8 Uhr abends im Laden beschäftigt ist, nur ein Pfund Sterling pro Woche, während sie selber für Essen und Wohnung 18 Schilling bezahlen muß. Die Firma, der dieser Laden gehört, unterhält 4 oder 5 Filialen, in denen sich die Angestellten überall in der gleichen Lage befinden.

Was die qualifizierten Arbeiter anbetrifft, so schwanken ihre Arbeitslöhne laut Angaben des „Economist“ zwischen folgenden Zahlen: Metallarbeiter durchschnittlich: Gießer 56 Schilling 6 Pence; Former 60 Schilling 11 Pence; qualifizierte Arbeiter im Schiffbau 55 bis 57 Schilling pro Woche.

Jones hat in seiner Rede noch andere interessante Tatsachen angeführt. So verglich er z. B. die Schwankungen der Arbeiterlöhne mit dem Wachstum der Profite der kapitalistischen Klasse. Im Jahre 1873 bekamen die Arbeiter an den Hochöfen (speziell diejenigen, die diese bedienten und sehr schwere Arbeit leisten) durchschnittlich 25 bis 30 Schilling wöchentlich. Vor zwanzig Jahren bewegte sich ihr Wochenlohn zwischen 35—40 Schilling. In Südwaes betrug der durchschnittliche Wochenlohn im Jahre 1923 59 Schilling. Hierbei sei bemerkt, daß auf Grund von statistischen Angaben das Durchschnittsalter von Stahlgießern 40 Jahre beträgt. Diese Arbeiterkategorie leistet die schwerste Arbeit.

* Dieser Indexpreis bezieht sich auf den 31. Dezember 1924.

Was das Anwachsen der Profite der Kapitalisten betrifft, so kann man diese auf Grund folgender Tatsachen beurteilen. Die Summe der Eingänge belief sich im Jahre 1918—19 auf 35 595 000 Pfund Sterling; im Jahre 1924—25 ist sie bereits auf 62 680 000 Pfund Sterling gestiegen. Während dieser drei Jahre betrug die Vergrößerung also 76 Prozent. Die Eingänge aus Erbschaftssteuern haben sich von 30 262 000 im Jahre 1918 bis 1919 auf 59 450 000 im Jahre 1924—25 erhöht.

Baker und Chardy, zwei andere Arbeiterdeputierte, haben in derselben Debatte ähnliche offizielle Ziffern angeführt.

Der bekannte englische Ökonom Mulhall macht in seiner bekannten statistischen Enzyklopädie Angaben darüber, daß sich im Jahre 1800 das Nationaleinkommen auf 174 Millionen Pfund Sterling belief, während es im Jahre 1920 laut Statistik auf 4 Milliarden Pfund Sterling, d. h. um das achtundzwanzigfache angewachsen ist. Der Autor, auf den sich auch der Arbeiterdeputierte Baker beruft, Sir Joshua Stams, zeigt auf, daß sich das Nationalvermögen während dieser Periode um das Zehnfache vergrößert hat*.

Andere Ziffern aus dem gleichen Gebiete besagen, daß sich das steuerpflichtige Einkommen im Jahre 1913/14 auf 985 000 000 Pfund Sterling belief und im Jahre 1921/22 bereits die Ziffer von 2 462 000 000 Pfund Sterling erreichte. Wenn man von der Summe dieser Einkommen alle direkten Steuern, die von diesen Kapitalien in verschiedenen Formen gezahlt werden müssen, sowie die Einkommensteuern, Erbschaftssteuern und außerordentlichen Zusatzsteuern in Abzug bringt, so ergibt sich, daß den Kapitalisten im Jahre 1913/1914 ein Nettoeinkommen von 911 Millionen, im Jahre 1921/1922 von 2,011 Millionen verbleibt, was innerhalb 8 Jahren eine Vergrößerung um 120 Prozent bedeutet.**

Der ehemalige liberale Minister Raincyman sagte, daß die enorme Summe von 778 Millionen Pfund Sterling sich in den Händen von 15 Millionen kleiner Kapitalisten befände, wo hingegen Herr Professor Henry Clay von der Universität in Manchester in Erwiderung auf Raincyman erklärte, daß sich über zwei Drittel des Nationalvermögens in den Händen von weniger als 2 Prozent der Gesamtbevölkerung befänden. Was die 778 Millionen Pfund Sterling betrifft, von denen Raincyman berichtet, so bilden diese nur 5 Prozent des Nationalvermögens, das Clay auf 15 600 Millionen Pfund Sterling schätzt. In dieser Summe sind auch Kriegsschulden miteinbegriffen, die ausländische Staaten an England zu zahlen haben, desgleichen die Ansprüche, die englische Untertanen ans Ausland stellen. Sir Joshua Stams schätzt das Nationaleinkommen im Jahre 1919 auf 15 023 Millionen Pfund Sterling. Was die Verteilung des Nationalvermögens anbelangt, so haben 75,4 Prozent der Gesamtbevölkerung, die jeder weniger als 100 Pfund Sterling besitzen, nur 7,6 Prozent des gesamten Nationalreichtums in Besitz, während 0,3 Prozent der Bevölkerung, die jeder über mehr als 25 000 Pfund Sterling verfügen, 37,6 Prozent des gesamten Nationalvermögens besitzen.

* Die Bevölkerung ist gleichfalls gewachsen: wenn die Summe des Nationalvermögens des Jahres 1800 auf die damalige Bevölkerung verteilt wird, so kommen auf den Kopf 16 Pfund 14 Schilling. Das gleiche Rechenexempel auf das Nationalvermögen des Jahres 1920 angewandt, ergibt pro Kopf 85 Pfund Sterling.

** Diese Ziffern sind den offiziellen „Blaubüchern“ der Regierung entnommen.

Es ist bekannt, daß in den Berichten der Fabrikinspektoren, die Marx in seinem „Kapital“ benutzte, oft und deutlich über die Tendenzen der physischen Degeneration des englischen Proletariats gesprochen wird. Seitdem sind ungefähr dreiviertel Jahrhundert vorübergegangen. In England ist inzwischen die Erwerbslosen- und Krankenversicherung ins Leben gerufen worden; die allgemeinen Verhältnisse des Landes haben sich gebessert, und dennoch müssen die ärztlichen Berichte die fortschreitende Degeneration der englischen Arbeiterklasse konstatieren. Vor kurzem führte der Deputierte der Labour Party, Dr. med. Haden Gest, anlässlich der Besprechung des Antrages seiner Partei auf gesetzliche Feststellung der Minimallohnabkommen folgendes aus: „Ein bedeutender Teil der Ausgaben, die wir für die Aufrechterhaltung von Krankenkassen zahlen müssen, ist eine Kompensation dafür, daß wir die Menschen zwingen, mit entsetzlich niedrigen Löhnen ihren Lebensunterhalt zu fristen. Wenn sich die ehrenwerten Parlamentsmitglieder davon zu überzeugen wünschen, so mögen sie das Huis-Krankenhaus unweit der Londoner Brücke besuchen, in dem sich der größte Teil der Patienten aus solchen Berufen rekrutiert, in denen niedrige Löhne gezahlt werden und die Arbeitslosigkeit eine häufige Erscheinung ist. Sie werden dort selbst sehen, in welchem Maße diese Arbeiterkategorien direkt unter den Folgen der niedrigen Löhne und Unterernährung zu leiden haben. Aus meiner eigenen Erfahrung mit Schulkliniken, in denen ich mit Tausenden von Kindern zu tun habe, muß ich die gleichen Erscheinungen konstatieren. Eine kuriose Folge des Weltkrieges bestand darin, daß die Zahl der Kindererkrankungen an Londoner Schulen damals bemerkenswert abnahm. Die Ziffer ist während des Krieges darum niedriger geworden, weil die Familien damals — vielleicht viele zum erstenmal und viele zum letztenmal in ihrem Leben — eine Unterstützung bezogen. 20 Prozent sämtlicher Kindererkrankungen ist auf mangelnde Ernährung zurückzuführen — auf Armut.“

Der zweite Redner schlägt den konservativen Deputierten vor, ein kleines Experiment anzustellen, damit sie sich von der Richtigkeit seiner Behauptungen selber überzeugen können. „Besuchen Sie, — empfiehlt er ihnen — die beste Volksschule in einem Arbeiterviertel und beobachten Sie dort die Kinder, ihre Größe, ihr Äußeres, ihre physische Gestalt. Und dann gehen Sie einmal in eine Mittelschule desselben Stadtviertels und beobachten Sie den Unterschied. Hier spielt nicht etwa der Unterschied in der Herkunft, auch nicht der Unterschied der Wohnverhältnisse eine Rolle, sondern der Unterschied beruht allein darauf, daß die Eltern der Kinder der Gemeindeschule ärmer sind als die der Kinder der Mittelschulen. Aus diesem Grunde sind auch die Kinder der letzteren größer, kräftiger und haben die Möglichkeit einer besseren geistigen Entwicklung. Das alles bestätigen auch die offiziellen Berichte.“

Baldwin hat vor kurzem in einer seiner Reden mitgeteilt, daß von acht Militärfreiwilligen, die sich zum Eintritt in die Armee melden, fünf wegen Untauglichkeit abgewiesen werden.

Es ist charakteristisch für die Psychologie des gegenwärtigen Englands, daß von den Vertretern aller Parteien einstimmig festgestellt worden ist, daß England endgültig seine Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren hat, daß die Krise, die es durchmacht, nicht nur scharf, sondern

chronisch ist, daß es sich jetzt effektiv um eine Degeneration des englischen Wirtschaftsorganismus handelt. Niemand glaubt mehr daran, daß die 400 Zechen, die bereits stillgelegt worden sind, je wieder ihre Arbeit aufnehmen noch daß die 160 000 brotlosen Kumpels je in ihre Bergwerke werden zurückkehren können. Alle Versuche, ein Mittel zu finden, das der englischen Industrie einen starken Antrieb geben könnte, ihr Arbeitslosenheer zu verringern und die dadurch entstehenden Lasten, die der Staat, die Gemeinden und die Gewerkschaften zu tragen haben, zu decken, sind gänzlich gescheitert. (Die verausgabte Summe an Unterstützungsgeldern für Erwerbslose ohne die Gelder, die die gesetzliche soziale Fürsorge [Armenunterstützung] verschluckt, beträgt 50 Millionen Pfund Sterling.)

Die jetzige konservative Regierung hat nach ihrer Machtübernahme bei der Eröffnung des Parlaments in ihrer Programmrede erklärt, daß sie „alle zur Erleichterung der Lage der Arbeitslosen vorgeschlagenen Maßnahmen einschließlich der zugunsten der erwerbslosen Jugend getroffenen Vorschläge mit größter Aufmerksamkeit durchprüfen und mit einer Reihe von Vorschlägen an das Parlament herantreten werde, die aller Voraussicht nach eine Fortsetzung und Erweiterung aller Maßnahmen vorsehen, die zur Erleichterung der schweren Lage in Aussicht genommen worden sind.“

Während der kürzlichen Parlamentsdebatten, die die Erwerbslosigkeit zum Thema hatten, stellten die Vertreter der Labour Party folgende Frage an die Regierung: „Was habt Ihr für die Verminderung der Arbeitslosigkeit getan?“ Worauf der Arbeitsminister Stil Mightland mit der Gegenfrage antwortete: „Und was habt Ihr getan, als Ihr an der Macht waret?“ Er wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß alle bis jetzt vorgeschlagenen Pläne die Frage der Arbeitslosigkeit nur an ihrer Oberfläche berühren. „Wenn daher jemand à la Mr. Thompson mit geduldiger Beharrlichkeit immer wieder an uns die Frage richtet, welche neuen Projekte diesbezüglich ausgearbeitet worden sind“, erwiderte der Minister, „so muß man ihm antworten, daß sie nicht ausgearbeitet werden können, weil es keine Pläne gibt, die man ausarbeiten kann.“

Mit diesem Ausspruch wird offiziell die vollkommene Hilflosigkeit der englischen Bourgeoisie in bezug auf eine Lösung der Arbeitslosenfrage anerkannt.

Wie dem auch sei, Entwürfe zu ihrer Behebung gibt es genügend. So hat zum Beispiel der Vorschlag des Adjutanten von Lloyd George, Sir Alfred Monds, großes Aufsehen erregt, obwohl derselbe sogar nicht einmal bei der kleinen liberalen Partei besondere Unterstützung gefunden hat. Der Grundgedanke von Sir Alfred Mond läuft darauf hinaus, daß die Ressourcen, die jetzt für die Arbeiter freigestellt werden müssen, den Kapitalisten in Form von Darlehen gegeben und letztere verpflichtet werden sollten, außer ihrem arbeitenden Betriebe noch einen neuen zu eröffnen, bzw. den einen Betrieb derart zu erweitern, daß neue Arbeitskräfte eingestellt werden, die jetzt brotlos herumlaufen.

Lloyd George seinerseits gibt eine andere Parole heraus: „Zurück zum Land, zur Landwirtschaft“. Der ehemalige Premier-Minister sieht also in der Verkürzung der Industrie die Rettung für England!

In manchen Gebieten der Industrie löst man die Frage der Erwerbslosigkeit sehr einfach: die Arbeiter beginnen auszuwandern. Die Delegation der

Metallarbeiter, die vor kurzem von Baldwin empfangen wurde, berichtete ihm, daß die bestqualifizierten Arbeiter ihrer Kategorie England verließen und sich nach den Dominions oder Kolonien begäben. „Das Festhalten solcher qualifizierten Arbeitskräfte . . . das ist eine Frage, die nicht nur bei den Metallarbeitern, sondern im gesamten Wirtschaftsleben Englands akut ist.“ Die englische Bourgeoisie hat es immer gut verstanden, ihre eigenen Interessen zu erkennen und den Klasseninstinkt der englischen Arbeiter dadurch zu hypnotisieren, daß sie ihnen von Zeit zu Zeit Gnadengeschenke in Form von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung u. a., machte, diesen altbewährten Mitteln, sich vor einer Revolution zu bewahren. Sie konnte das tun, als sie noch das Industriemonopolrecht fest in Händen hielt. Jetzt, wo sie sich zu ähnlichen Maßnahmen, die ihr das Interesse ihrer eigenen Sicherstellung diktiert, zu schreiten entschlossen hat, bemüht sie sich, diese Ausgaben größtenteils auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen, zum Teil auch den Industriellen, am wenigsten jedoch dem Staat aufzuerlegen.

Eine interessante Illustration hierzu liefert das soeben im Unterhaus angenommene Gesetz über die Witwen- und Altersrente, die von der Mindestaltersgrenze von 65 Jahren an in Kraft tritt.

Von ganz besonderem Interesse ist aber, darauf hinzuweisen, daß die gesamte Struktur des Staatshaushalts, in dessen Zusammenhang auch das neue Gesetz über die Renten angenommen wurde, eine äußerst plastische Illustration zu dem jetzigen Klassenverhältnis in England darstellt.*

In dem neuen Haushaltsplan macht die Regierung vor allem der englischen Bourgeoisie ein köstliches Geschenk! Bis jetzt betrug in England die Einkommensteuer 4 Schilling 6 Pence pro 20 Schilling = 1 Pfund Sterling. Nach dem neuen Projekt wird die Steuer um 6 Pence herabgesetzt, woraus sich ergeben wird, daß die Gesamteinkommensteuer in diesem Jahre sich um 30 Millionen, im nächsten Jahre um 42 Millionen Pfund Sterling vermindern wird.

Auf der anderen Seite muß die Regierung auf Grund des neuen Rentengesetzes — von 1927/28 beginnend — 11 Millionen Pfund Sterling im Jahre verausgaben. Diese Summe wird ständig wachsen und in 10 Jahren bereits die Summe von 22 Millionen Pfund Sterling erreichen. Da aber andererseits die Militärrente, die gegenwärtig pro Jahr 64 Millionen Pfund Sterling benötigt, sich in derselben Periode (10 Jahre) infolge des Aussterbens der Rentenbezieher um 22 Millionen Pfund Sterling verringern muß, so stellt sich heraus, daß die Regierung für die Durchführung neuer Reformen keinen einzigen Pfennig gibt. Statt dessen müssen 11½ Millionen englischer Arbeiter zu ihren üblichen Abgaben an den Arbeitslosen- und Krankenkassenfond neue Beiträge, und zwar 3 Pence pro Woche und Kopf, zu steuern.

Aber auch die Industriellen sind unzufrieden. Sie heulen und wettern darüber, daß die Industrie vom nächsten Jahre ab mit neuen Ausgaben bis

* Die Haupteinnahmequelle der indirekten Steuern ist die Steuer auf alkoholische Getränke. Der Reingewinn der Staatskasse daraus beträgt 180 Millionen Pfund Sterling. In der Liberalen Partei macht sich eine ernste Tendenz zum Verbot des Alkohols aus folgenden Gründen bemerkbar: wenn die 300 Millionen Pfund Sterling, die die Proletarier für alkoholische Getränke ausgeben, zur Beschaffung von Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnungsbauten usw. benutzt werden würden, so hätte dies alles ihre materielle Lage gehoben, und der englischen Industrie mehr Beschäftigung gegeben.

zu 10 Millionen Pfund Sterling belastet werden soll, die natürlich die Unkosten vergrößern, und die Lage der englischen Industrie auf dem Weltmarkt noch schwieriger gestalten. Als zielklare Vertreter der Interessen der englischen Industrie erschienen zu der Besprechung des Staatshaushalts-Entwurfs der ehemalige Handelsminister und ein Führer der Konservativen Partei, Mr. Robert Horne.

Was bedeuten daher diese 10 Millionen, die den Kapitalisten auferlegt werden, wenn 44 Prozent der gesamten Ausgaben des Staates, die auf 800 Millionen Pfund Sterling geschätzt werden, für die Deckung der Zinsen der Nationalschulden drauf gehen. Mit Ausnahme von 30 Millionen Pfund Sterling, die an Amerika gezahlt werden, befinden sich die gesamten Nationalschulden Englands in den Händen seiner eigenen Bourgeoisie. Und die jährlichen Zinsen dieser Schulden belaufen sich auf 550 Millionen Pfund Sterling!

Für Armee, Flotte und Luftschiffahrt sind im neuen Budget 120 Millionen Pfund Sterling vorgesehen, von denen auf die Flotte 60½ Millionen, auf die Armee 44½ Millionen und auf die Luftflotte 15 Millionen Pfund Sterling entfallen.

Hier muß man beachten, daß, wenn man zu den 370 Millionen Pfund Sterling „unsichtbarer Einkommen“, die vom Auslande kommen und in der Hauptsache von dem englischen Kapital in Auslandsanleihen und ausländischen Unternehmungen herrühren, noch die 325 Millionen Pfund Sterling (abzüglich der Schuld an Amerika) hinzufügt, die im Staatshaushalt zusammenkommen, sich so insgesamt eine Summe von 700 Millionen Pfund Sterling ergibt, die an und für sich das Einkommen darstellt, das die englische kapitalistische Klasse aus rein finanziellen Operationen zieht. Hier zeigt sich deutlich die Tendenz des englischen Kapitals, sich in Wucherkapital, das in der ausländischen Industrie investiert ist, zu verwandeln. Und die Tatsache, daß englisches Kapital breite Anwendung in Deutschland zu finden beginnt — zum Teil im Ruhrgebiet — und daß es zusammen mit dem amerikanischen mit Hilfe des Dawesplanes in Zukunft noch weiter in die deutsche Industrie eindringen wird, — wird auf keinen Fall weder die Lage der englischen Industrien noch die der englischen Arbeiterklasse erleichtern. Die Arbeitslosigkeit wird weiter wachsen.

So hoffnungslos ist die Lage in der englischen Industrie.

Die Geschäfte der „Weltfirma“ (England) gehen schlecht. England hat, und zwar endgültig, seine wirtschaftliche Hegemonie verloren. Anstatt aber einen Ausweg aus dieser Lage in der Befreiung der Kolonien zu suchen, in der Befreiung der indischen Bauern, die noch in elenden, feudalen Verhältnissen leben, oder in der Durchführung eines umfangreichen Wohnungsbauplanes, in gesellschaftlichen Arbeiten und in der Aufnahme normaler Beziehungen zu Sowjetrußland, was finanziell-wirtschaftliche Mitarbeit bedeuten würde, versucht die englische Bourgeoisie eine Entscheidung der Fragen auf der Linie ihrer Klasseninteressen zu fällen.

Die Arbeitslosigkeit wird für die englische Bourgeoisie immer mehr und mehr der Ausgangspunkt zur Einleitung einer grandiosen Kampagne gegen die englische Arbeiterklasse. Darunter muß man nicht nur den Vorfall mit Churchill im Parlament verstehen, der unter allgemeiner Zustimmung der bürgerlichen Presse und stürmischen Protesten seitens der Abgeordneten der

Labour Party konstatierte, daß jetzt aus der Arbeitslosigkeit ein Beruf gemacht würde und sich viele als Arbeitslose hinstellten, um lediglich Unterstützung zu beziehen. In der Rede dreht es sich um noch Wichtigeres.

Eine lange Artillerievorbereitung in der Presse hat die Kampagne eingeleitet: Wochen und Monate hindurch ist in der Presse, in Versammlungen, im Parlament und auf den Banketts gepredigt worden, daß die englische Industrie wegen der zu hohen Herstellungskosten eine Niederlage auf dem Weltwirtschaftsmarkte erlitten habe. Nachdem so die Öffentlichkeit auf diese Anschauung vorbereitet worden war, ergab sich naturnotwendig die Frage: Warum sind die Herstellungskosten zu hoch? Dann setzte die zweite Kampagne ein: die Unkosten sind so hoch, weil die Arbeiter in England zu hohe Löhne bekommen und zu wenig Arbeit leisten.

Wenn die englische Kohle mit der deutschen Kohle nicht konkurrieren kann, so ist daran der siebenstündige Arbeitstag in den Schächten schuld. Wenn sich in England die Bauunternehmungen nicht entwickeln können, so liegt das daran, daß die Bauarbeiter, unter anderem auch die Dachdecker, außerordentlich langsam arbeiten, gerade so, als führten sie einen italienischen Streik durch. Wenn eine Krise in der Textilindustrie herrscht, so darum, weil anstatt Verminderung der in ihr beschäftigten Arbeiter dort in Schichten gearbeitet wird, und zwar nur an einigen Tagen der Woche, usw. usw.

Allein schon aus der Parlaments- und Pressepolemik schält sich klar und deutlich das Ziel heraus, das sich die englischen Kapitalisten gesetzt haben: Verlängerung des Arbeitstages und Herabsetzung der Arbeiterlöhne.

Mitte April bereits wurden derartige Forderungen seitens der Zechenbesitzer, der Eisenbahngesellschaften, der Textilfabrikanten und endlich seitens der Schwerindustrie fest formuliert.

Der von der englischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse begonnene Aufmarsch wird von der entsprechenden politischen Reaktion auf anderen Gebieten des englischen Lebens begleitet. Der Versuch, es den englischen Gewerkschaften zu verbieten, auf die Mitgliedsbeiträge einen Zuschlag für den Wahlfond der Labour Party zu erheben, ist vorläufig zurückgezogen, sicher nur auf einen günstigeren Moment verschoben worden.

Jetzt spricht man über ein bevorstehendes außerordentliches Gesetz gegen die Kommunistische Partei Englands. Gleichzeitig damit wird in England eine Kampagne gegen Ausländer eingeleitet. Die Konservativen sind als Anhänger des ökonomischen Protektionismus der Meinung, daß der Augenblick gekommen ist, wo sie ihrerseits die Einführung der Schutzzölle propagieren können.

Aus alledem erklärt sich auch die scharfe Kritik der englischen Presse gegen die Verhandlungen zwischen den englischen und russischen Gewerkschaften, sowie die andere Kampagne, die gegen die Sowjetunion unter Ausnutzung des Höllenmaschinenattentats auf die Sofia-Kathedrale erhoben wird. Man braucht die Trennung der englischen Arbeiter von ihren russischen Brüdern, die ihnen in den kommenden Kämpfen eine ernste moralische und materielle Stütze bieten; man ist genötigt, die Sowjetunion in den Augen von zurückgebliebenen, weniger bewußten Arbeitern immer wieder als Feind der ökonomischen Entwicklung hinzustellen.

London, den 23. Mai 1925

R. P. DUTT:
DIE ENGLISCHE ARBEITERBEWEGUNG,
DER LINKE FLÜGEL
UND DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI

„Die Revolutionierung der britischen Arbeiterklasse macht Fortschritte. Langsam aber sicher wird der Boden bereitet für die Schaffung einer wirklichen kommunistischen Massenpartei in England. So klein die englische Kommunistische Partei zur Zeit noch ist, sie hat eine große Zukunft. Die Auflösung der Labour Party ist jetzt unvermeidlich. Die Unzufriedenheit mit den rechten Führern muß wachsen. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo die englische Kommunistische Partei im Lager der englischen Gewerkschaftsbewegung große Massen unter ihrem Banner führen wird . . . Die nächste wichtigste Aufgabe der Kommunisten besteht darin, eine kommunistische Massenpartei in England zu schaffen.“

Sinowjew: „Sieben Jahre“ (1917—1924).
(K. I. November 1924, russ.)

Die entschiedene Wendung in der britischen Arbeiterbewegung seit der Niederlage Macdonalds hat sich nun seit mehr als sechs Monaten entwickelt. Eine Anzahl wichtiger Ereignisse ist zu verzeichnen, und es hat einige Auseinandersetzungen über die von uns zu befolgende Linie gegeben. Im Hinblick auf den bevorstehenden Kongreß der KPE* in Glasgow ist es angebracht, die bisherigen Ergebnisse und den erreichten Entwicklungsgrad zu überprüfen, unter Berücksichtigung der Faktoren, die (entsprechend dem oben angeführten Zitat aus dem Artikel des Genossen Sinowjew) unsere Aufgaben in England in der gegenwärtigen Epoche bestimmen.

1. Die Auflösung der Labour Party, d. h. die Loslösung der proletarischen Massen von der bürgerlichen Führerschaft und die Führung einer Klassenkampf-Opposition.

2. Die Schaffung einer kommunistischen Massenpartei.

I. Die bisherigen Ergebnisse

1. Fortschritt der Opposition.

Eine Anzahl bedeutender Erfolge zeigt das Wachsen einer wirklichen Massenopposition, d. h. großer Kreise von Arbeitern, die mit der bestehenden Führung unzufrieden sind und eine Wendung in der Richtung zum Klassenkampf und zur Klassensolidarität wünschen. Einige der bedeutenderen dieser Erfolge seien hier angeführt:

1. Die Einheitskonferenz, die die Vertreter von 600 000 Arbeitern versammelte; der wachsende Einfluß der Minderheitsbewegung in den Trade Unions.

2. Das englisch-russische Gewerkschaftsabkommen: Das Eintreten des General-Rats für die internationale proletarische Einheit auf der Basis des

* Dieser Artikel wurde vor dem Glasgower Kongreß geschrieben.

Klassenkampfes und das Bündnis mit den russischen Gewerkschaften, in offener Opposition zu den rechten Führern der Labour Party und der Amsterdamer Internationale.

3. Die Bewegung für Herstellung eines Arbeiterbündnisses zur Sicherung der Solidarität in den kommenden Lohnkämpfen.

4. Die Opposition in der Labour Party gegen die Wiederwahl Macdonalds. Bedeutende Stimmtenhaltungen. Spaltung in der Frage der Prince of Wales-Abstimmung sowie in anderen Fragen.

5. Die Fortschritte der Presse des linken Flügels (Sunday Worker, Lansbury's Labour Weekly) mit sofortiger Massenaufgabe von 150 000 und 200 000 Exemplaren.

6. Abwehr seitens der Kommunistischen Partei gegen die Ausschlußkampagne.

7. Die Zuspitzung der Auseinandersetzung innerhalb der Labour Party (die erzwungene Diskussion im „Daily Herald“ über die Frage „Labour-Regierung und Streiks“, „Monarchie“ usw.).

8. Lokale Erfolge des linken Flügels in bedeutenden industriellen Gebieten: In Manchester erfolgreicher Kampf des Gewerkschaftsrates gegen die Labour Party-Rechte, Annahme unserer Resolution gegen Dawes und gegen jedes Kompromiß mit dem Imperialismus durch den Glasgower Gewerkschaftsrat und den schottischen Trade Union Kongreß u. a. m.

Die hier aufgezählten Erfolge einer sechsmonatigen Tätigkeit sind erstaunlich.

2. Die Schwächen der Opposition

Dieser Aufzählung müssen wir jedoch jene Seiten entgegenstellen, wo die Fortschritte langsamer gewesen sind.

Die Kräfte der Opposition haben noch nicht einen einheitlichen Oppositionsblock zu schaffen vermocht auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms in den unmittelbaren zentralen Fragen, die vor der Arbeiterklasse stehen.

Politisch fehlt es der Opposition noch an Vertrauen. In der Labour Party, dem zentralen Kampfboden der Bewegung, kommt die Opposition äußerst schwach, unsicher und zersplittert zum Ausdruck. Die Kämpfe werden isoliert geführt. Es fehlt die zentrale gemeinsame Basis.

Organisatorisch leidet die Opposition an einem Mangel an Geschlossenheit. Die verschiedenen Gruppen, Richtungen, Bewegungen — die Linke im General-Rat, die Labour-Party-Linke, die Minderheitsbewegung, die „Cook“-Kampagne, der Plebs, die Kommunistische Partei, die Anhänger Lansburys, die linken lokalen Labour Parteien usw. — sind alle zersplittert. Sie verfolgen jede ihr eigenes Ziel und haben weder ein gemeinsames Programm noch die elementarste Form einer gemeinsamen Organisation. Das hat zur Folge, daß es ihnen unmöglich ist, ihre Kräfte als Ganzes für einen gegebenen Angriffspunkt zu mobilisieren. Was dem rechten Flügel die Möglichkeit gibt, die Macht zu behalten.

In politischer und organisatorischer Hinsicht befindet sich die Opposition also noch im Anfang ihrer Entwicklung.

Die nächste von der Opposition zu lösende Aufgabe ist die Bildung eines Einheitsblocks auf der Grundlage unmittelbarer Kampflosungen.

3. Der Fortschritt der Partei

Wenn wir die Fortschritte der Partei während dieser sechs Monate, und zwar im Hinblick auf ihre Entwicklung zu einer kommunistischen Massenpartei betrachten, so ist folgendes festzustellen.

Der Einfluß der Partei ist bedeutend gewachsen. Hinsichtlich ihrer Presse, ihrer Propaganda, ihrer organisatorischen Verbindung mit den Massen hat sie große Fortschritte gemacht. Wie allgemein zugestanden (auch durch die Bourgeoisie, wie aus der letzten Rede Baldwins zu ersehen), ist die Partei schon jetzt ein Faktor innerhalb der Arbeiterbewegung, mit dem gerechnet werden muß. Die Früchte der unermüdlichen Arbeit in der organisierten Arbeiterbewegung zeigen sich in reichem Maße, und die Partei beginnt eine unmittelbar führende Rolle in bezug auf große Massen organisierter Arbeiter zu spielen.

2. Mit dem Vormarsch in den Betrieben, dessen erste Anfänge zu verzeichnen sind, hat die Partei begonnen, sich die Grundlage für eine solide Massenpartei zu schaffen.

3. Das zahlenmäßige Wachsen der Partei ist noch sehr langsam. Wenn der Zustrom neuer Mitglieder gegenwärtig der einzige Maßstab wäre, so könnte in absehbarer Zeit von einer kommunistischen Massenpartei keine Rede sein. Die in den lokalen Berichten angeführten Gründe für die Abneigung der mit der kommunistischen Propaganda sympathisierenden Arbeiter gegen den Eintritt in die Partei sind verschieden: Zu hohe Beiträge, Furcht vor Maßregelung, Furcht vor der Parteiarbeit und -disziplin usw. Der Gen. Murphy nennt in seinem Artikel in Nr. 9 der „K. I.“ auch das Nichtverstehen der Rolle der revolutionären politischen Partei in diesem Lande. All dies zeigt, daß die Zuspitzung des Kampfes noch nicht den offensichtlichen Grad erreicht hat, der die Arbeitermassen allen Hindernissen zum Trotz zwingt, die Bürde der Partei auf sich zu nehmen, und sie zu einer Kraft macht, einfach weil ihre Klassenbedürfnisse dies unbedingt erheischen.

Das Wachsen der Opposition hat noch nicht zu einer entsprechenden Entwicklung der Kommunistischen Partei zur kommunistischen Massenpartei geführt. Die Tatsache braucht uns nicht zu verwirren, da der faktische Mitgliederzustrom die letzte Stufe in dem ganzen Prozeß darstellt. Immerhin müssen wir sie beachten.

II. Auftauchende Probleme

Die Überprüfung der bisherigen Ergebnisse bringt uns zu den Problemen, die sich jetzt vor uns erheben.

Die bisherige Diskussion („K. I.“ Nr. 8: mein Artikel und der Artikel des Genossen Martynow, „K. I.“ Nr. 9: der Artikel des Genossen Murphy [deutsch nicht erschienen]) hat meiner Meinung nach die Fragen, um die es geht, noch nicht klar herausgebracht. Die Frage war so gestellt: „Für“ oder „gegen“ Unterstützung und Teilnahme an einem linken Oppositionsflügel. Aber hierüber gibt es und gab es nie irgendwelche Differenzen. Die Linie der Partei seit zwei Jahren und noch länger ist in bezug hierauf klar gewesen. Der Streit beginnt erst bezüglich der Durchführung der Parteilinen.*

* Mein eigener Artikel konzentrierte sich ausschließlich auf die Frage der Führung, um die absolute Notwendigkeit einer kommunistischen Massenpartei zu zeigen, als der

Die Grundfrage ist, wie dieser Entwicklungsprozeß über die linke Opposition zur kommunistischen Massenpartei führen kann, oder um es genauer zu sagen, welches die Rolle und Tätigkeit der Kommunistischen Partei innerhalb der Opposition sein muß, damit wir unser Ziel, die kommunistische Massenpartei, erreichen.

Das Problem läßt sich in den drei folgenden Fragen formulieren, die jede das gleiche Zentralproblem von einem besonderen Gesichtspunkt aus beleuchten:

1. Das Problem der Opposition — Wie kann die Opposition sich zu einem politischen Faktor entwickeln?

Indirekt ist natürlich der Vormarsch der Opposition in den Trade Unions und in den lokalen Bewegungen ein ungeheurer politischer Faktor. Aber das bisherige Unvermögen, eine unmittelbare Oppositionsführung auf dem zentralen Kampfboden der Labour Party zustande zu bringen und die verschiedenen Oppositionsgruppen zu einer gemeinsamen Armee zu vereinen, mit einer gemeinsamen Plattform für die gesamte Arbeiterbewegung, ist heute das größte Problem. Dieses Problem muß gelöst werden, wenn ein wirklicher Fortschritt gemacht werden soll.

einzig möglichen Führerin und dem unvermeidlichen Ergebnis des Prozesses der Linksentwicklung. Der Artikel betonte infolgedessen (meiner Überzeugung nach mit Recht) die absolute Notwendigkeit einer aktiv-kritischen und unabhängigen Rolle der KP; er unterließ es aber (und das war ein Fehler), sich mit der ebenso wichtigen Aufgabe der Organisierung und Entwicklung des linken Flügels zu beschäftigen. Die Konzentrierung auf einen einzigen Gesichtspunkt und das Nichtunterscheiden zwischen unserem ideologischen Kampf um die Führung und der unerläßlichen Unterstützung jener Elemente, die zu uns kommen wollen, stellte in einer allgemeinen Übersicht über die Lage einen Fehler dar und gab so ein falsches Bild von der wirklichen Stellungnahme des Verfassers in bezug auf den linken Flügel.

Der Genosse Martynow, der mit Recht die Aufmerksamkeit auf diesen Fehler lenkte und die Bedeutung der Entwicklung des linken Flügels unterstrich „als eines Instrumentes zur Verbreitung unserer revolutionären Ideen unter den proletarischen Massen“, ist durch einen Übersetzungsfehler hinsichtlich meines wirklichen Standpunktes irreführt worden. Ich hatte geschrieben, daß „auch die letzten Reste der Auffassung der KP als eines linken Flügels der Labour Party ausgemerzt werden müßten“. Das unterstrich lediglich den bekannten, auf dem 4. und 5. Weltkongreß bestätigten Standpunkt gegen die irrige Auffassung der KP als eines linken Flügels der Labour Party. Genosse Martynow aber verstand den Satz so: Jegliche Idee eines linken Flügels der Labour Party müsse ausgemerzt werden.

In der Annahme, daß ich gegen die Entwicklung eines linken Flügels in der Labour Party sei, kommentiert er: „Er macht den Vorschlag, alle unsere Kräfte in diesem kritischen Moment auf den Angriff gegen den linken Flügel zu konzentrieren, um ihn von vornherein abzuwürgen.“ Gegen eine solche Auffassung wendet er sich nun mit Recht. Eine solche Auffassung habe ich indessen nie vertreten. Diese mißverständliche Übersetzung (an der, ich gebe es zu, meine nicht sehr klare Formulierung schuld ist, ist die Grundlage seiner Kritik in einem Artikel, mit dem ich sonst im wesentlichen übereinstimme, und der die von mir gemachten Fehler richtigstellt. Genosse Murphy unterstützte, mehr ins einzelne gehend, den Standpunkt des Genossen Martynow, er führte die Frage indessen nicht weiter, obwohl er einen etwas anderen Standpunkt hinsichtlich der Rolle der Labour Party entwickelte.

Diese Auseinandersetzung löste die hier umstrittenen Fragen nicht entscheidend, abgesehen davon, daß sie (was zur Vermeidung von Mißverständnissen hier vermerkt werden soll) zeigte, daß in der Grundfrage, der Entwicklung eines starken linken Flügels in der Labour Party und den Trade Unions keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Es ist leicht, historische und allgemeine Gründe für diese Situation anzugeben: Die traditionelle Trade Union-Grundlage der Bewegung, die Identifizierung der Politik mit dem Parlament usw., aus allen diesen Gründen war der Vormarsch in den Gewerkschaften äußerst leicht.

Wir müssen uns aber auf die wirklichen Umstände und Mängel der gegenwärtigen Situation konzentrieren, die schuld sind an der bestehenden politischen Ungewißheit und dem Zögern, und über die die Opposition sich noch nicht klar ist. Besteht hierin Klarheit, so ist auch die Linie des Vormarsches für die Opposition gegeben.

2. Das Problem der kommunistischen Massenpartei — Rolle und Aktion der Kommunistischen Partei in der Opposition im Interesse der Entwicklung der kommunistischen Massenpartei

Genosse Murphy entwickelt in seinem Artikel vier Alternativen:

1. Den Kampf der Massen gegen die ihnen verhaßte Führerschaft zu unterstützen im Interesse seiner größeren Wirksamkeit.

2. „Die für die Bewegung typischen prominenten Führer anzugreifen.“

3. „Der Minderheitsbewegung behilflich zu sein, diese Kräfte zu mobilisieren.“

4. „Zu verhindern, daß der nationale Block des linken Flügels in der Labour Party Form gewinnt.“

Von diesen vier Alternativen hält er nur die erste für „annehmbar“.

Es ist dies aber eine gar zu einfache Darlegung der Position. Zu sagen, daß die Aufgabe der Partei in der gegenwärtigen Situation sich erschöpfe in der „Unterstützung des linken Flügels“, heißt die Partei zu einem bloßen Anhängsel des linken Flügels stempeln und ihre besondere Aufgabe durchaus vergessen. Es ist aber gerade diese besondere Aufgabe der Partei (wozu in gewissen Situationen auch die „Angriffe gegen prominente“ Führer genau so wie die Unterstützung des linken Flügels im allgemeinen gehören kann), die ganz klar formuliert werden muß, und von der die ganze Entwicklung über den linken Flügel zur kommunistischen Massenpartei abhängt.

3. Das Problem der Labour Party — Rolle und Zukunft der Labour Party und die Entwicklung der kommunistischen Massenpartei

Diese bis jetzt noch nicht klar gestellte Frage wird sich als die Grundfrage des ganzen Problems erweisen.

Genosse Sinowjew spricht in dem an der Spitze dieses Artikels angeführten Zitat von der „unvermeidlichen Auflösung“ der Labour Party. Ich spreche in meinem Artikel von der Zersetzung der Labour Party in ihre alten Formen (d. h. als ein Bündnis zwischen der bürgerlichen Führerschaft und den Massen der Trade Union). Genosse Martynow spricht von der „Liquidierung der Labour Party“.

Umgekehrt besteht der Genosse Murphy nachdrücklich darauf, daß die Labour Party sich nicht zersetzt. („Kann es als eine Zersetzung der Labour Party bezeichnet werden? — Sicherlich nicht. Es ist eher ein Prozeß der Klärung“. „Die heftigen Diskussionen, die in der ganzen Labour Party toben,

sind nicht Anzeichen des Verfalls, sondern Beweise der Lebenskraft“.), und hiervon ausgehend, erklärt er, daß die „kommunistische Massenpartei auf den Fundamenten der Labourorganisationen erwachsen werde.“

Was steckt hinter diesem Gegensatz? Teils einfache Unklarheit des Ausdrucks. Die „Auflösung“, „Zersetzung“, „Liquidierung“ der Labour Party zielt auf die liberale, menschwistische Arbeiterpartei, d. h. auf den gegenwärtigen Charakter ihrer Basis und Führung — es ist dies eine Auflösung, die Genosse Murphy nicht weniger wünscht als irgend ein anderer. Die „Lebenskraft“, die er so entschieden betont, ist die Lebenskraft der Massen — die niemand leugnet. Teils aber steckt dahinter ein wirkliches Auseinandergehen der Meinungen, das in unserer Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeit der englischen Arbeiterbewegung wurzelt und das wir hier behandeln müssen. Diese Auffassung betrifft unsere Beurteilung der Labour Party. Genosse Murphy geht von folgendem aus:

1. Die Labour Party ist nicht in Zersetzung begriffen, sondern sie macht einen Klärungsprozeß durch.
2. Die Labour Party hat mit den „Zielen“ des Liberalismus bereits gebrochen, der Bruch mit den „Methoden“ des Liberalismus ist jedoch noch zu vollziehen. Dies ist der Sinn des bevorstehenden Kampfes.
3. Die Labour Party wird stärker in dem Maße, wie die Arbeiter klassenbewußter werden.
4. Die Labour Party wird zahlenmäßig und an Kraft wachsen, in dem Maße, wie die Arbeiterklasse in wachsender Zahl zu politischem Bewußtsein erwacht. In diesem Prozeß wird infolge der zunehmenden Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiter die Frage nach den Wegen und Mitteln in wachsendem Maße in den Vordergrund treten, bis schließlich die bürgerlichen Methoden, die sie zur Zeit noch beherrschen, endgültig fallen gelassen werden.
5. Wir müssen den Arbeiterorganisationen, den Trade Unions und der Labour Party behilflich sein, sich von dem Einfluß der Bourgeoispolitiker frei zu machen.

Was charakterisiert diese Perspektive? Das wesentliche an dieser Perspektive ist die Beurteilung der Labour Party als bleibenden Grundfaktor der englischen Arbeiterbewegung. Die Labour Party ist hiernach nicht bloß ein Abschnitt, ein Kampfboden, ein Ausdruck der vorrevolutionären Phase des proletarischen Vormarsches, der notwendig verschwindet in dem Maße, wie die Arbeiter sich der Revolution nähern. Von der Labour Party wird angenommen, daß sie in die revolutionäre Periode faktisch hineinwächst, daß sie zu einem revolutionären Organ wird, und daß sie an Kraft zunimmt, je klassenbewußter die Arbeiter werden.

Die Ergebnisse dieser Betrachtungsweise sind außerordentlich und bedeutsam. Sie rückt die Labour Party unvermeidlich in den Mittelpunkt unserer Perspektive und Propaganda. Die Kommunistische Partei wird ebenso unvermeidlich zu einem untergeordneten Faktor, sie wird zu einem bloßen Anhängsel der Labour Party. Zweck und Ziel unserer Propaganda wird, das Vertrauen der Massen zur Labour Party zu stärken, in der Hoffnung, daß letzten Endes die Kommunistische Partei in ihr die Führung erlangt. Diese fundamentale Unterordnung unter die Labour Party wird zu einem wesentlichen Charakterzug der Partei.

Können wir diese Perspektive akzeptieren? Eine Betrachtung der objektiven Lage wird uns zeigen, daß wir es nicht können.

1. Zeigt die Erfahrung in allen Ländern, daß die revolutionäre „Spaltung“ in der Arbeiterbewegung kein Zufall ist, sondern daß sie in den imperialistischen Bedingungen wurzelt und unvermeidlich ist. Der Imperialismus spaltet Arbeiterschichten ab und schafft Schichten, die sich mit ihm verbünden. Hier liegt die ganze Grundlage der Sozialdemokratie. Die rechten Führer in der Labour Party sind nicht isolierte Individuen, die zufällig zur Arbeiterbewegung gekommen sind, sondern es sind die sozialen Vertreter bestimmter Schichten und Kräfte. Die gegenwärtige Einheit der Labour Party ist einfach die Einheit eines primitiven Stadiums (so wie die Einheit der II. Internationale, die die Sozialimperialisten und Bolschewiki umschloß) vor dem Beginn der Differenzierung. Sich einzubilden, daß diese Einheit bestehen bleiben wird, auch in der revolutionären Epoche, ist ein idyllischer Traum, der im Widerspruch steht zur gesamten internationalen Erfahrung (selbst in einem nicht-imperialistischen Lande, wie Norwegen, ist der Versuch, die Labour Party als Gesamtheit ins revolutionäre Lager zu verpflanzen, sofort gescheitert).

Wir müssen darum mit der kommenden wahrscheinlichen Spaltung und Auflösung der Labour Party als mit einem objektiven Faktor rechnen. Sie aus unserer Berechnung herauszulassen, das idyllische Bild einer allmählichen, kontinuierlichen Entwicklung der Labour Party zur Revolution zu zeichnen („der mit dem wachsenden Klassenbewußtsein der Arbeiter an Kraft zunehmenden Labour Party“) hieße ein falsches und irrtümliches Bild der Entwicklung geben, das zu einem völligen Verkennen unserer Aufgaben führen müßte und der Deckmantel werden könnte für eine opportunistische Identifizierung mit der Labour Party.

2. Wir kennen als revolutionäre Organe die kommunistische Massenpartei, die sich stützt auf Gruppen revolutionärer Arbeiter in den Betrieben; und die Betriebskomitees sind die breitesten Massenorgane. Als Massenorgane von der ersten Periode des Kapitalismus durch die ganze revolutionäre Periode hindurch kennen wir die Trade Unions. Sie alle haben ihre Aufgabe zu erfüllen. Welches soll aber die Rolle der Labour Party in der revolutionären Periode sein? Die Labour Party ist zur Zeit der Form nach eine Zusammenfassung der Trade Unions zu parlamentarischen Zwecken. Was kann ihre zukünftige Rolle sein?

Die Revolutionierung der Labour Party bedeutet ihr Verschwinden oder, wie Gen. Martynow sagt, „ihre Liquidierung“. Es ist dies nicht einfach eine formale Frage. Es bedeutet, daß die Labour Party im wesentlichen ein Ausdruck der vorrevolutionären opportunistischen Periode ist, ein Abschnitt, eine Phase, ein Sammelplatz, ein Organ erster Erfahrungen und Kämpfe, ein Kampfboden der Meinungen, daß sie keineswegs hinüberleben kann in die revolutionäre Periode, sondern verschwinden muß, und daß darum unsere Politik nicht basieren darf auf der Stärkung der Labour Party als der Grundlage der künftigen revolutionären Partei, sondern auf der Stärkung der revolutionären Massenbewegung innerhalb der Labour Party. Und daß diese Massenbewegung entwickelt werden muß zur kommunistischen Massenpartei.

Wenn man einerseits von der kommunistischen Massenpartei spricht und andererseits von der mit dem „wachsenden Klassenbewußtsein der Arbeiter

an Kraft zunehmenden Labour Party“ sowie unserer Aufgabe, „die Labour Party in ihrem Bestreben, sich von dem Einfluß der Bourgeoispolitiker frei zu machen, zu unterstützen“, so ist das im besten Fall eine Gedankenverwirrung und völlige Verkennung der radikalen Umwandlung und kommenden Kämpfe und im schlimmsten Falle der Weg zur banalsten Identifizierung unserer revolutionären Aufgabe mit der Entwicklung der Labour Party, während gleichzeitig die Phrasen von der kommunistischen Massenpartei wiederholt werden.

3. Ist die Frage nicht einfach eine Frage der zukünftigen Entwicklung, sondern der gegenwärtigen Politik. Die unkritische Vorstellung von der Labour Party als dem wesentlichen Organ der Arbeiterklasse, dem zukünftigen revolutionären Organ, sobald die bestehende Führung erst einmal überwunden sein wird, führt zu einer fortgesetzten Annäherung an die Labour Party, zur Unterschätzung unserer revolutionären Aufgaben, und verwischt die grundlegenden Unterschiede zwischen der Kommunistischen Partei und der Labour Party.* In den meisten Fällen ist dies einfach mangelnde Klarheit des Ausdrucks und Gedankenverwirrung, die in einer jungen Partei erklärlich und nicht weiter tragisch ist. Aber es existiert auch eine ganz bestimmte Neigung zur Identifizierung mit der Labour Party, die auf einem fundamentalen Mißverstehen der zukünftigen Rolle der Labour Party und der Linie der

* Diese Tendenz zur Annäherung an die Labour Party hat bereits die Aufmerksamkeit der Internationale auf sich gelenkt, in dem Fall des Glückwunschs Schreibens an die Labour-Regierung und in dem Falle der Neuwahl in Kelvingrove (beides hat den 5. Kongreß beschäftigt). Indessen ist man bisher weder ernstlich den Wurzeln dieses grundlegenden Irrtums nachgegangen noch hat man sich seine wirkliche Bedeutung klargemacht. Einige Beispiele aus der gewöhnlichen Tagespropaganda (seit dem 5. Kongreß) seien hier angeführt.

1. Die Labour Party-Konferenz in London im Oktober 1924 (Debatte über den Ausschluß von Kommunisten aus der Labour Party):

Zwei von unseren drei Rednern (beides Parlamentskandidaten) erklärten, daß es „keine Differenzen in prinzipiellen Fragen“, „keinen fundamentalen Gegensatz“ zwischen der Labour Party und Kommunistischen Partei gegeben habe (kein Wunder, daß Ramsay MacDonald sofort die erste dieser Reden herausgriff, um sie als „vortrefflich“, als „ausgezeichnet im Ton“ zu loben). Im Gegensatz dazu war die Erklärung des Führers unserer Delegation durchaus korrekt, daß die KP im unmittelbaren Kampf gegen die Kapitalisten Schulter an Schulter mit der Labour Party stehen werden trotz aller Unterschiede in den grundlegenden Prinzipien.

2. Die allgemeinen Wahlen 1924. Hier ein Zitat aus einer Wahlrede eines unserer Kandidaten (er behandelte Macdonalds gefälschten Sinowjew-Brief).

„Einer der Gründe für die Notwendigkeit einer starken Labour-Mehrheit war, daß sie mächtig genug sein müßte, um es der Regierungsbureaukratie klarmachen zu können, daß, wenn sie eine Arbeiterpolitik mache, sie es sich nicht gefallen lassen werde, behandelt zu werden, als wenn sie eine Minderheitsregierung wäre.“ Aus diesem Satz ergibt sich erstens die völlige Identifizierung der Kommunisten mit der Labour-Regierung, zweitens, daß die Labour-Regierung einen Kampf gegen die Regierungsbureaukratie geführt habe. Drittens, daß die Labour-Regierung eine Arbeiterpolitik treiben wollte, viertens, daß die Labour-Regierung diese Arbeiterpolitik nur deshalb nicht durchführen konnte, weil sie eine Minderheitsregierung gewesen sei. Fünftens, daß die Labour-Regierung, falls sie als Mehrheit zurückkehren würde, den Kampf gegen die Regierungsbureaukratie aufnehmen würde. Diese Folgerungen aus einem einzigen Satze kommunistischer Wahlpropaganda sind schon eine reiche Ernte, sie sind aber nur ein Beispiel aus vielen.

Beispiele aus der gewöhnlichen täglichen lokalen Arbeit und Propaganda würden noch viel klarer das völlige Untergehen in der Tagesarbeit der Labour Party zeigen, die Aufgabe der Kommunistischen Partei wird einfach interpretiert als der Kampf um die strategische Führung der Labour Party-Organisationen.

revolutionären Entwicklung beruht, die ernsthaft zu beachten ist. Diesen notwendigen Kampf als Sektierertum zu bezeichnen, ist falsch.

Aus allen diesen Gründen muß die Frage der Labour Party, ihrer Rolle und Zukunft (ein Problem, das noch nicht endgültig formuliert und diskutiert wurde) behandelt werden im Zusammenhang mit der Frage der Kommunistischen Partei und des linken Flügels.

Unsere Aufgabe in der gegenwärtigen Epoche kann nicht hingestellt werden als auf die Grenzen der Labour Party beschränkt, als ein einfacher Prozeß innerhalb einer bereits bestehenden Arbeiterpartei. Die Aufgabe der Revolutionierung in England ist weitaus grundlegender und kann nur formuliert werden vom Gesamtstandpunkt der Entwicklung der Arbeiterklasse und der objektiven Bedingungen aus. Ein Standpunkt, der die Labour Party als eine Phase einschließt, aber nur die zukünftige kommunistische Massenpartei und die Massenbewegung als die beiden Pole der Perspektive anerkennt.

III. Die Lösung

Um die Frage zu beantworten, ist es nötig, Klarheit zu bekommen über die Gesamtentwicklungslinie der englischen Arbeiterbewegung in Beziehung zu ihrer gegenwärtigen Stufe.

1. Die englische Arbeiterbewegung macht einen Revolutionierungsprozeß durch als Ergebnis der grundlegenden Veränderungen in den englischen Bedingungen

Die englische Arbeiterbewegung ist entstanden unter den Bedingungen eines stabilen Kapitalismus.

Die traditionelle Perspektive der Bewegung ging und geht in der Hauptsache heute noch von folgendem aus: Die Annahme des grundlegenden kapitalistischen Rahmens der britischen kapitalistischen Demokratie und des Imperialismus als einen dauernden Rahmen, innerhalb dessen die Vorwärtsentwicklung zu geschehen habe. Daraus ergibt sich die Beschränkung auf Teilstreiks und die parlamentarische Gesetzgebung, die Konzentrierung auf die Interessen der Arbeiteraristokratie, auf einzelne Gruppen anstatt auf die Klasse als Ganzes, die Bereitwilligkeit, in der Politik die liberale bürgerliche Führung zu akzeptieren; die Gleichgültigkeit in bezug auf die internationale Bewegung und die farbigen Arbeiter.

Die charakteristische Form dieser Bewegung waren die Trade Unions und die auf ihnen aufgebaute Labour Party.

Heute haben sich aber alle diese Bedingungen gewandelt. Die Kraft des britischen Kapitalismus hat einen schweren Schlag erlitten. Ihr Industrie-monopol gehört der Vergangenheit an; die finanzielle Führung ist auf die Vereinigten Staaten übergegangen; die Dominions und Kolonien streben nach Unabhängigkeit. Das Stocken ihrer Industrie hält noch immer an. Die britische Bourgeoisie investiert in wachsendem Maße ihr Kapital in außer-englischen Industrien, sie entwickelt solche — in Afrika, in Südamerika usw.

— und verwendet billige Kolonialarbeiter zum Schaden der besser bezahlten englischen Arbeiter. Seit 30 Jahren ist die Lebenshaltung der britischen Arbeiter trotz wachsenden Reichtums der britischen Bourgeoisie im Sinken. In den letzten paar Jahren hat dieser zu einer Zuspitzung des Klassenkampfes führende Prozeß eine bedeutende Steigerung erfahren.

Das zwingt die englischen Arbeiter in die Richtung zur Revolution. Es gibt für sie keine Hoffnung mehr auf Besserung ihrer Lebensbedingungen innerhalb des Kapitalismus. Drohen die Kapitalisten doch gerade jetzt wieder mit einem Angriff auf den schon so herabgedrückten Lebensstandard. Die Arbeiter müssen die Notwendigkeit eines völligen Regimewechsels erkennen. Sie müssen die Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit den Interessen der Kolonialarbeiter und der internationalen Arbeiterbewegung gegen die Herrschaft der Bourgeoisie erkennen. Sozialismus, Klassenkampf, internationale proletarische Einheit werden immer klarer die Losungen der neuen Epoche.

2. Die Revolutionierung erfordert eine revolutionäre Umgestaltung der Gesamtbewegung

Dieser neue Kampf heischt aber neue Formen und eine neue Perspektive. Er kann nicht geführt werden mittels der alten Formen und innerhalb der Gedankengänge der alten Bewegung, die ihren Ausdruck in dem Berufs-Trade-Unionismus und in der parlamentarischen Labour Party fanden.

Die Trade Unions und die Labour Party sind der Rahmen, innerhalb dessen die Entwicklung der Massen zu den neuen revolutionären Kämpfen erfolgt. Aber weder die Trade Unions noch die Labour Party sind fähig, diese revolutionären Kämpfe zu führen.

Ein umfassenderer Trade-Unionismus und eine weniger enge Labour Party-Politik, d. h. ein weitgehenderer Zusammenschluß der Verbände und eine aggressivere Labour-Vertretung im Parlament, können der Ausdruck dieser neuen Tendenz sein und sie fördern, sie können aber niemals über ihre eigenen Schranken hinausgehen, und die neue Bewegung und Führung schaffen.

Der neue revolutionäre Kampf stellt völlig neue Aufgaben:

1. Notwendig ist ein gemeinsamer Kampf gegen die Herrschaft der britischen Bourgeoisie im ganzen Imperium mit der Zusammenfassung nicht nur der proletarischen Kräfte, sondern auch der Bauern der revolutionären nationalen Bewegungen als Vorbedingung einer wirklichen Erschütterung der Macht der britischen Bourgeoisie.

2. Nötig ist die Vorbereitung nicht nur von parlamentarischen Kämpfen, von Wahlkämpfen oder wirtschaftlichen Kämpfen, sondern von vereinheitlichten und verschärften politischen Kämpfen, wobei alle Teilkämpfe dem Hauptziel des Kampfes um die Macht unterzuordnen sind, der letzten Endes im Bürgerkrieg gipfelt.

3. Der Charakter der Arbeit verlangt den völligen Bruch mit den alten Illusionen der parlamentarischen Demokratie, des bürgerlichen Pazifismus, des Labour-Imperialismus, des „Industrialismus“ usw.

4. Der einheitliche Kampf erfordert eine zentrale Kampfführung, die in der kritischen Periode nicht einfach eine allumfassende Vertretung der

breitesten Massenorgane sein kann, sondern die eine homogene, geschlossene, schlagkräftige Führung sein muß.

5. Der einheitliche Kampf verlangt eine klassenmäßige Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiter, die nur möglich ist auf Grundlage der Betriebskomitees und entsprechender Organe.

6. Die Verwirklichung der zentralen Führung nicht nur in den Spitzen, sondern in der Gesamtbewegung, verlangt die lebendige Führung der gesamten Kräfte der Arbeiter durch eine revolutionäre Massenpartei.

Alle diese Aufgaben weisen hin auf die völlige Umgestaltung der ganzen Bewegung, von der Spitze bis zu ihren Grundlagen — in Perspektive, Führung und Organisation, die der revolutionäre Kampf erheischt, dem die Bewegung sich faktisch schrittweise nähert; eine Umgestaltung, zu deren Durchführung jedoch die bloße Annahme einer EntschlieÙung über die „Methoden“ durch die existierende Bewegung nicht genügt. (Die Erfahrung des Dreiverbandes ist das instruktivste Beispiel für das Schicksal jedes Versuches, die bestehende Bewegung einem fundamental neuen revolutionären Zweck durch bloÙe organisatorische Reformen anzupassen ohne tiefere Änderung im Bewußtsein, in der Vorbereitung und der politischen Perspektive der ganzen Bewegung.)

Die revolutionäre Umwandlung, die sich nur im Prozeß des sich entwickelnden und immer einheitlicher werdenden Kampfes vollzieht, ist die wichtigste Aufgabe der englischen Arbeiterklasse in der ganzen gegenwärtigen Epoche.

Die schließliche Form der neuen Bewegung ist unvermeidlich, wie die allgemeine Erfahrung zeigt, die kommunistische Massenpartei, die sich stützt auf die bestehenden Massenorganisationen der Trade Unions und der Betriebskomitees.

3. Die erste Stufe der Umwandlung ist eine beschränkte Opposition innerhalb der Bewegung

Auf diesem Hintergrund der Grundaufgaben der englischen Arbeiterklasse in der ganzen gegenwärtigen Epoche können wir uns der unmittelbaren Stufe der Entwicklung des linken Flügels zuwenden.

Was ist der Sinn der Entstehung des linken Flügels? Sie besagt, daß der völlige Wechsel in den englischen Bedingungen sich in der Arbeiterklasse und der alten Bewegung widerspiegelt. Aber die unmittelbare Widerspiegelung ist noch nicht bewußtes Erkennen der neuen Epoche und der neuen Aufgaben. Sie ist anfangs nur Unzufriedenheit mit dem Alten und der Wunsch nach einer Wendung in der Richtung zu größerer Solidarität und zum Klassenkampf. Die Unzufriedenheit hat noch nicht klarbewußte Richtung und Ziel.

Die Gedanken bewegen sich noch in den alten Grenzen. Die Forderungen heißen: „Stärkere“ Politik, „energischere“ Politik, „Arbeiter“-Politik, weitergehende Zusammenfassung der Gewerkschaften, einheitlichere Streikführung, kampfbereitere Labor-Vertretung im Parlament.

Die neuen Aufgaben, die grundlegenden Veränderungen sind noch nicht erkannt. Sobald irgendeine grundlegende Frage auftaucht, zeigen sich

alle die alten Ideen über Staat, Imperialismus, Parlament, Demokratie. Das ist das Grundhemmnis, die Ursache der Schwäche, des Zögerns, der Unsicherheit des linken Flügels. Der linke Flügel muß sich erst aus seiner eigenen Beschränktheit befreien.

Der Wunsch hierzu ist stark. Er kommt aber noch schwach zum Ausdruck.

Hier liegt das Dilemma des linken Flügels, das überwunden werden muß, soll ein wirklicher Fortschritt möglich werden.

4. Die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, diese begrenzte Opposition zu entwickeln und sie zu einer revolutionären Massenbewegung zu machen

Aber die Tatsache dieses Dilemmas des linken Flügels zeigt klar die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Die begrenzte Opposition, die sich im Rahmen der eigenen Bewegung entwickelt, ist von ungeheurer Bedeutung, denn sie zeigt das Aufsteigen neuer Kräfte, den Vormarsch der Arbeiterklasse zur Revolution, die Elemente der kommenden revolutionären Massenbewegung.

Aber die Entwicklung zu diesem Ziel geht nicht von selbst vor sich. Die Opposition ist politisch noch immer unfrei. Ihre ersten alten Führer und Sprecher sind noch immer in mannigfaltiger Weise mit der alten Bewegung verknüpft und verbunden.

Diese Fesseln können nur gesprengt werden durch die bewußte Aktion unsererseits. Man kann sich hier nicht einfach auf den „natürlichen Prozeß“, auf die „Entwicklung des Kampfes“, „auf die Notwendigkeiten der Aktion“ usw. verlassen. Alle Erfahrungen beweisen dies, nicht zuletzt die Erfahrungen der zwei „Unruhe“-Perioden von 1911 bis 1914 und 1917 bis 1920.

Das Zerschlagen dieser Fesseln, der Sieg der neuen Auffassungen, verlangt von uns einen aktiven, energischen, unermüdlichen, rücksichtslosen Kampf — einen ideologischen Kampf — aber einen Kampf. Natürlich nicht so, daß die sich sammelnde Massenbewegung mit Einschluß der in unserer Richtung, wenn auch nur teilweise, sich entwickelnden Führer, zerschlagen und zersplittert, anstatt angespornt und vorwärtsgestoßen wird. Nichtsdestoweniger muß die Aufgabe vollbracht werden, wenn anders nicht die sich entwickelnde Massenbewegung an ihrer Erfolglosigkeit zugrunde gehen soll. (In diesem Sinne, und nur in diesem Sinne, ist uns die Ideologie der Führer und Sprecher im Lager des linken Flügels, im Hinblick auf unsere kommenden Aufgaben und die Entwicklung des Bewußtseins der Massen, sogar noch wichtiger als die Klassenkollaboration des Macdonaldismus, der der unmittelbare Feind ist.)

Nur der revolutionäre Kommunismus vermag diese Aufgabe zu lösen. Aus keiner anderen Quelle kann der neue Strom kommen, der die aufsteigenden Massenkräfte, die stürmisch nach Ausdruck verlangen, anzuziehen und in eins zu verschmelzen vermag.

Die Kommunistische Partei muß der Ausdruck der aufsteigenden Massenbewegung sein, das Sprachrohr ihrer Forderungen werden, und die Linie

des Vormarsches zeigen, die die Massen suchen; sie muß die sich sammelnde Bewegung vereinheitlichen und festigen, indem sie ihr eine gemeinsame Aufgabe stellt; sie muß den weiteren Weg zu dem letzten Ziel weisen und so zum wahren Führer der Kräfte werden.

Das ist die wichtigste Aufgabe der Kommunistischen Partei in der neuen Epoche, es ist die unerläßliche Bedingung der Entwicklung des linken Flügels zur kommunistischen Massenpartei.

Die linken Führer werden niemals unsere Arbeit leisten, wie viel sie auch sonst für uns arbeiten mögen.

Wir haben eine besondere Rolle zu spielen, und wir müssen sie spielen.

5. Der zweifache Charakter der Aufgabe unserer Partei in Beziehung zur Frage des linken Flügels

Die Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Epoche in Beziehung zu den Problemen, die die neue Entwicklung der englischen Arbeiterbewegung und das Aufsteigen eines linken Flügels zur Folge haben, sind also zweifacher Art:

1. Jeden Fortschritt zum Klassenbewußtsein und zur Klassensolidarität, der sich innerhalb der bestehenden Arbeiterbewegung zeigt, anzuspornen und vorwärts zu helfen, mitzuarbeiten an der Entwicklung, Organisierung und Festigung der Kräfte des linken Flügels, sich mit ihnen zu vereinigen für den Kampf gegen die rechten Führer, an der Bildung eines einheitlichen Oppositionsblocks auf der Grundlage des Klassenkampfes zu arbeiten und an ihm teilzunehmen.

2. Gleichzeitig innerhalb der sich entwickelnden Klassenkampf Bewegung einen unaufhörlichen ideologischen Kampf für unsere grundlegenden revolutionären Ideen und Aufgaben zu führen, sowie einen unerbittlichen Kampf gegen jede Form der Illusion und Konfusion, die den Vormarsch der Arbeiterklasse hindert.

Die eine oder die andere Seite dieser zweifachen Aufgabe außer acht zu lassen, hieße die Gesamtaufgabe nicht lösen. Die einfache Formulierung unserer Aufgabe als „Unterstützung des linken Flügels“ oder als „Bildung einer Einheitsfront mit dem linken Flügel“ ist unzureichend und darum falsch. Der linke Flügel ist für uns nicht Selbstzweck, er ist Mittel zum Zweck. Unser Ziel ist die Revolutionierung der Arbeiterklasse.

A. MARTYNOW:
AUCH DIE MENSCHEWIKI WENDEN
IHR GESICHT DEM DORFE ZU

I. Ihnen erscheint ein süßer Traum

Die Maßnahmen der Sowjetmacht, die neue Wirtschaftspolitik im Dorfe auszubauen und die Sowjets zu beleben, haben im Lager der Menschewiki Frohlocken ausgelöst. Die Bolschewiki rutschen die schiefe Ebene herab, erzählen begeistert die Propheten aus dem „Sozialistischen Boten“. „Die letzte Konferenz“, so lügt der Leitartikel in Nr. 9 des Blattes, „hat direkt und offen den Kurs auf den „Kulak“, den Großbauern, verkündet, natürlich nicht im politischen, sondern im wirtschaftlichen Sinne. Obgleich die Menschewiki von einem „Kurs auf den Großbauern“ sprechen, billigen sie diesen Kurs. „Schon das ist gut“, schreibt der Leitartikler, „daß der wirtschaftliche Realismus sich Bahn bricht und an Stelle der Utopie tritt“. Ihm sekundiert S. Schwarz im Artikel „Die Entfesselung der Elemente“: „Es ist natürlich von Nutzen, daß Bucharin seinen ratlosen Hörern die Erkenntnis einhämmert, daß eine zwangsweise Verpflanzung des Sozialismus ins Dorf unmöglich und daß es notwendig ist, „den Bauern zum Sozialismus heranzuschleifen, indem man an seine privatwirtschaftlichen Interessen anknüpft.“ Die provisorischen Bestimmungen des Rates der Volkskommissare über die Bedingungen für die Einstellung von Lohnhilfskräften in der Bauernwirtschaft werden von Herrn S. Schwarz im Prinzip gebilligt: „Es wäre billige Demagogie“, sagt er, „wollte man gegen jeglichen Eingriff in die Arbeitsgesetzgebung Protest erheben. Das Arbeitsgesetzbuch kann natürlich nicht in vollem Umfange in der Bauernwirtschaft zur Anwendung gelangen, und eine Reihe der darin enthaltenen Bestimmungen bedürfen einer Milderung und Anpassung an die technischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der bäuerlichen Kleinwirtschaft.“ Herr A. Jugow in Nr. 10 desselben Blattes gibt seinen Segen zu diesen Maßnahmen: „Dieses erste Zurückweichen auf unsere Positionen erkennen wir Sozialdemokraten natürlich als eine gute Tat an und halten das ganze Geschrei der linken Sozialrevolutionäre über einen Verrat der Kommunisten an den Vermächtnissen des Sozialismus für eitel Demagogie.“

Nachdem die Menschewiki die neuen Maßnahmen der Sowjetmacht, „den Kurs auf den Großbauern“, in verleumderischer Weise beschimpft haben, erkennen sie nichtsdestoweniger an, daß dieser Kurs von der Notwendigkeit diktiert ist. Sie sind jedoch unzufrieden, daß die Bolschewiki auf halbem Wege stehen bleiben. Um es ihnen recht zu machen, müßten die Bolschewiki die bürgerliche Ordnung in Rußland restlos wiederherstellen und jene berüchtigte „Parteiplattform“ verwirklichen, die das erweiterte Plenum des menschewistischen Zentralkomitees im Mai 1924 zum Beschluß erhoben hat. Sie müßten eine weitgehende „Entnationalisierung von Industrie und Handel“

mittelbare Gefahr für diese Hauptpositionen bedeutete. Sie schweigen sich klugerweise darüber aus, daß die Sowjetmacht den Weg der neuen Wirtschaftspolitik im Jahre 1921 erst beschritten hat, als sie im Bürgerkriege den Sieg davongetragen hatte und politisch gefestigt dastand, daß sie auch jetzt die Methoden der neuen Wirtschaftspolitik auf das Dorf ausdehnt, nachdem es ihr bereits gelungen ist, die nationalisierte Großindustrie zu 75 Prozent wiederherzustellen, die Geldreform durchzuführen, die Wirtschaftsblockade zu durchbrechen, nachdem es ihr bereits möglich ist, nicht nur auf dem Papier, sondern in der Tat die Grundsätze der Planwirtschaft durchzuführen. Sie schweigen klugerweise davon, daß die Sowjetmacht den Weg einer weitgehenden Heranziehung Parteiloser zum Aufbau des Sowjetstaates erst beschritten hat, nachdem es ihr gelungen war, die zersplitterten Kräfte des Proletariats zu sammeln, nachdem sie der Partei hundert- und aber hunderttausende frischer Proletarierkräfte (Lenin-Aufgebot) zugeführt und die Hörer in allen höheren Lehranstalten proletarisiert und sich einen Stamm neuer Fachleute gesichert hatte, die aus dem Proletariat hervorgegangen und mit diesem eng verknüpft sind. Es ist klar, daß das Vöglein „zu früh sein Liedlein anstimmt“.

II. Weshalb ist eine Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung für das Proletariat von Vorteil?

Daß die Menschewiki schlafen und von einer Restauration des Kapitalismus in Rußland träumen, wird niemand weiter wundern. Das gehört sich so. Die Nachbeter der Bourgeoisie müssen bei uns von einer Wiederherstellung des Kapitalismus träumen. Sie würden jedoch nicht ihre objektive historische Mission erfüllen, wenn sie sich auf die einfache Behauptung beschränkten, der Kapitalismus werde über den Kommunismus in Rußland triumphieren. Der Menschewismus ist ja eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, das man durch solche Perspektiven für sich nicht zu gewinnen vermag. Man muß daher den russischen Arbeitern irgendwie beweisen, daß diese Aussicht für sie von Vorteil ist, daß sie die Bedingungen für ihren „Klassenkampf“ besser gestalten wird. Die Menschewiki kriechen aus der Haut, um diesen Widersinn zu beweisen. Ihre Argumentation ist ziemlich einfältig. Die Wiederherstellung des Kapitalismus in dem wirtschaftlich rückständigen Rußland sei unvermeidlich, sagen sie, ob wir dies wollen oder nicht. Unter diesen Verhältnissen könne die Diktatur des Proletariats nur eine Fiktion sein. Unter diesen Verhältnissen sei nur eine zeitweilige Diktatur der bolschewistischen Partei, eine vorübergehende Vergewaltigung des ganzen Volkes durch sie möglich. Wenn nun die unvermeidliche und unabwendbare Restauration des Kapitalismus sich vollziehen wird, wenn unter dem Schutz der bolschewistischen Macht in Rußland die kapitalistische Ordnung wiederhergestellt sein wird und die Bourgeoisie ihre Wiedergeburt erleben wird, werde die Diktatur der bolschewistischen Partei nur das eine Resultat zeitigen: die werktätigen Klassen, der politischen Freiheit und selbständiger Organisationen beraubt, wie sie sie in den westeuropäischen bürgerlich-demokratischen Staaten besitzen, werden sich vollkommen machtlos der erstarkten Bourgeoisie gegenübersehen. „Es wird dies der Abschluß der bonapartistischen Ausartung der Sowjetmacht sein.“

Gegenwärtig, wo es in Sowjetrußland noch nicht soweit ist, erklärt der Leitartikler in Nr. 9 des „Sozialistischen Boten“ gnädig: „Wir glauben nicht, daß man die gegenwärtige Gesellschaftsordnung in Rußland bereits als Bonapartismus bezeichnen könnte . . . Sie ist keine bürgerliche Diktatur; sie ist nicht fähig und wird vermutlich nicht dazu befähigt sein, die richtigen Voraussetzungen für die bürgerliche Wirtschaft zu schaffen. Indem diese Gesellschaftsordnung der besitzlosen Klasse alle Möglichkeiten, Widerstand zu leisten, raubt, sucht sie gleichzeitig Wege, ihre gesellschaftliche Selbsttätigkeit und Selbstverteidigung als Klasse durch Maßnahmen der Saatsgewalt zum Schutze des städtischen und bäuerlichen Proletariats zu ersetzen. Nie und nimmer vermag jedoch eine staatliche Bevormundung eine wahre Selbsttätigkeit, einen wahren Selbstschutz der unteren Klassen zu ersetzen, und in dem Maße, wie Elemente des Kapitalismus in die Sowjetordnung eindringen, erleichtert die Rechtlosigkeit der bevormundeten Volksschichten objektiv ihre Ausbeutung und verwandelt sie in willenslose Werkzeuge der neuen Herren. So finden die Elemente des Bonapartismus in der kommunistischen neuen Wirtschaftspolitik Eingang.“

Auch hier lügen die Menschewiki bewußt. Sie wissen genau, daß die Sowjetmacht nicht daran denkt, die Selbsttätigkeit der unteren Klassen durch staatliche Bevormundung zu ersetzen. Sie wissen genau, daß die Bolschewiki politisch und wirtschaftlich schon längst festen Fuß gefaßt und den Kurs auf die „Arbeiterdemokratie“, auf die Belebung der Selbsttätigkeit der Arbeitermassen, erst in der Partei und jetzt in den Gewerkschaften, eingeschlagen haben, und daß sie in letzter Zeit in derselben Richtung einer Belebung der Selbsttätigkeit der Bauernmassen zusteuern, daß sie einen immer energischeren Kampf gegen jede Art Bureaukratismus führen, der früher, unter den Verhältnissen des Bürgerkrieges, unvermeidlich war und der natürlich nicht mit einmal überwunden werden kann. Der Unterschied zwischen Bolschewiki und Menschewiki besteht darin, daß die Bolschewiki auf eine Entwicklung der Selbsttätigkeit der Arbeiter- und Bauernmassen plus Festigung der „staatlichen Bevormundung“ durch die Diktatur des Proletariats zusteuern, die sich das Ziel setzt, Proletariat und Bauerntum dem Sozialismus zuzuführen, sie in jeder Weise vor materieller und ideologischer Vergewaltigung durch die Bourgeoisie zu schützen. Die Menschewiki dagegen treten für eine Selbsttätigkeit der Arbeiter- und Bauernmassen ein unter der Bedingung einer Preisgabe aller wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Positionen an die Bourgeoisie. Hierin besteht der Sinn einer Ersetzung der „Diktatur der bolschewistischen Partei“ durch ein Regime der „demokratischen Freiheit“, die die Menschewiki herbeisehnen.

III. Wie kann man den toten Verbündeten, den Liberalen, ersetzen?

Der klassenbewußte Arbeiter, der klassenbewußte mittlere und besitzlose Bauer, der ein wenig weitschauend ist, der über die Sowjetrepublik nicht nur nach der Armut, nach jenen Lumpen urteilt, die ihr der Zarismus, der imperialistische und der Bürgerkrieg als Erbschaft hinterlassen haben, sondern nach der Richtung, in der sie sich gegenwärtig entwickelt, wird begreifen, daß wenn bei uns an Stelle der Sowjetmacht ein Regime der sogenannten „demokratischen Freiheit“ träte, dies eine große Niederlage, ein großes

Unglück für die werktätigen Klassen bedeuten würde. Nicht umsonst kamen die Arbeiter des „freien“ und reichen England, die Rußland besuchten, zu dem Schluß, daß auch sie den bolschewistischen Versuch machen müßten. Es ist aber auch noch erst zu beweisen, daß bei uns, falls der Traum der Menschewiki sich verwirklichen sollte, zusammen mit dem Kapitalismus ein Regime der „demokratischen Freiheit“ Einzug halten würde. Es ist klar, daß die Argumentation der Menschewiki ohne diesen Beweis auch den Schatten von Überzeugungskraft für die Arbeiter- und Bauernmassen verlieren wird. Dies zu beweisen ist jedoch ebenso schwierig wie der Beweis, daß im Winter im Garten Rosen erblühen werden.

In früheren Zeiten rechneten die Menschewiki damit, daß es dem Proletariat in Rußland gelingen würde, eine demokratische Republik zu schaffen, wenn es die bürgerlichen Liberalen unterstützen oder sich mit ihnen koalieren würde. Jetzt sind die Menschewiki gezwungen, voll Bitterkeit zu konstatieren, daß der russische Liberalismus tot ist und nicht auferstehen wird. Herr D. Dalin streitet sich in Nr. 9 des „Sozialistischen Boten“ mit der Gruppe der rechten Sozialrevolutionäre herum und richtet an sie die Frage: „Mit wem wird sie kämpfen? In der Anwendung auf Rußland: Will sie ein Bündnis mit jenen suchen, die Imperialismus nach außen, Nationalismus nach innen predigen und jenen platten roten Patriotismus verbreiten werden, von dem die bürgerliche Intelligenz des Auslandes immer mehr und mehr durchseucht wird? . . . Glaubt sie, daß man alle jene wird unterdrücken müssen, die Gegner einer spezifischen „Großmachtstellung“ und der nicht minder spezifischen „Ruhe und Ordnung“ bleiben werden, von der die neugebackenen Bismarcke, die scheinheiligen Liberalen und noch scheinheiligeren religiösen Intellektuellen aus den Kreisen der russischen Emigranten träumen?“ Die Menschewiki sind zu ihrem großen Leidwesen gezwungen, zuzugeben, daß ihre früheren traditionellen Verbündeten, die bürgerlichen Liberalen, jetzt für das Wort „Demokratie“ nur Haß empfinden, daß sie sich nach einer „starken Regierung“, einer Militärdiktatur sehnen. Allerdings träumen sie in ihrer Mehrzahl nicht mehr von einer Wiederherstellung der Macht der Gutsbesitzer und einem Bündnis mit diesen, da dies aussichtslos ist. Sie setzen gegenwärtig ihre Hoffnung auf den Großbauern, auf das „Stolypinsche Bäuerlein“, aber dadurch wird die Sache nicht besser: „Für den Ausgang unserer Revolution“, schreibt Herr Dalin, ist der Umstand ein sehr drohendes Symptom, daß die Ideologen der russischen Reaktion, von den früheren Liberalen, den heutigen Verehrern einer Militärdiktatur angefangen bis herunter zu den offenen Monarchisten, sich mitunter realistischer verhalten gegenüber dem Wesen der Bauernbewegung als sehr viele Vertreter der „Narodniki-Demokratie“.

Wo sollen denn nun die Menschewiki Unterschlupf finden? Wo einen Verbündeten zur Verwirklichung ihrer bürgerlich demokratischen Trümerei? Es bleibt nur das eine übrig: sein Glück im Bunde mit den mittleren und besitzlosen Bauern zu suchen und hinter den Bolschewiki einherzuhinken, die 1905 bereits diesen Bund gegen die Menschewiki verfochten haben. Wir sehen jetzt, daß diese seit fast einem Jahre immer entschiedener von der Notwendigkeit eines Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft sprechen. Nur nehmen sie an dieser bolschewistischen Losung eine kleine Änderung vor: dieses Bündnis soll geschlossen werden nicht zum

Kampfe gegen eine Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland und zu seinem Sturze in den anderen Ländern, sondern zur Herstellung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung in Rußland und zur Rettung des Kapitalismus vor der kommunistischen Gefahr im Westen. Die russischen Menschewiki stehen mit diesem neuen Kurs nicht allein da. Ihn schlagen gegenwärtig augenscheinlich auch die westeuropäischen Sozialdemokraten ein. Es ist kein Zufall, daß sie gleichzeitig mit dem bevorstehenden Kongreß der II. Internationale die Einberufung einer Bauernkonferenz planen.

IV. Bündnis mit der Bauernschaft auf bourgeoisier Grundlage

Ein Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft auf bourgeoisier Grundlage predigt systematisch in den Spalten des „Sozialistischen Boten“ der jetzige Haupttheoretiker der russischen Menschewiki, D. Dalin, derselbe Dalin, der in seinem Buche „Nach Kriegen und Revolution“ den Beginn des Sozialismus nach etwa 200 Jahren in Aussicht stellte, wenn die gesamte kapitalistische Produktion der Welt schablonisiert sein und die Bourgeoisie selbst freiwillig ihre Fabriken und Werke an den Staat verkaufen würde. Diese Losung wurde von der menschewistischen Partei offiziell übernommen und in die Plattform der Vollsitzung des menschewistischen Zentralkomitees, das im Mai 1924 tagte, eingeschaltet.

In dem in Nr. 9 des „Sozialistischen Boten“ veröffentlichten Artikel „Mit wem?“ schreibt Dalin: „Wir haben die Frage des Verhaltens des Dorfes gegenüber der Stadt gestellt und darauf hingewiesen, daß von den verschiedenen Typen der Bauernbewegung bei uns nach der Revolution ein Erfolg städtefeindlicher, revolutionsfeindlicher Strömungen möglich ist, daß wir uns jedoch nicht auf diese objektiv reaktionäre Elementarkraft, sondern auf einen anderen Typ der Bauernbewegung, auf ein inniges Bündnis mit der Arbeiterbewegung der Städte, einstellen . . . In der Geschichte des letzten Jahrhunderts hat die Bauernschaft wiederholt eine reaktionäre Rolle gespielt. Die Bauernschaft unterdrückte die erste französische Revolution . . . Die Bauernschaft unterdrückte die Februarrevolution von 1848 . . . Bauernbataillone bändigten die Revolution von 1848 in Deutschland, Österreich, Ungarn und festigten die Herrschaft der militärischen Reaktion in Zentraleuropa für die Dauer von genau 70 Jahren . . . Die Bauernarmee unterdrückte unsere erste Revolution. Gemessen an diesen bei der Bauernschaft herrschenden Tendenzen — man muß sich hierüber klar sein — bildet die radikale Bauerndemokratie von der Art der bulgarischen Partei, mancher Elemente der polnischen und tschechischen Bauernschaft und einiger anderer eine seltene Ausnahme. Die neueste historische Erscheinung, die die allergrößte Beachtung verdient, ist das Bündnis einiger Elemente der Bauernschaft mit der Arbeiterbewegung, wie dies gegenwärtig in den fortgeschrittenen Kulturländern, wie z. B. in Frankreich, Belgien, Österreich, der Fall ist . . . Was haben diese beiden Typen der Bauernbewegung, die reaktionäre und die demokratische, miteinander gemein? In dem einen wie in dem anderen Falle sucht die Bauernschaft ein Bündnis mit einer der städtischen Klassen, schließt sich ihr an und handelt gemeinsam, zu einem ständigen Block verbunden, mit ihr . . . Entweder tritt die Bauernschaft in einem Block mit der Bourgeoisie auf (und schafft das Fundament für die Hohen-

zollern, die Habsburger, die Poincaré und Horthy) oder im Bunde mit der Arbeiterbewegung.“ „Wir müssen,“ sagt Dalin, „die zweite Richtung einschlagen, einem Bunde der Bauernschaft mit der demokratischen Arbeiterschaft zusteuern, aber im ‚Gegensatz zum Kommunismus‘ erstrebt die Sozialdemokratie einen freiwilligen Bund der Bauernschaft mit der grundlegenden demokratischen Kraft der heutigen Gesellschaft. Ein freiwilliges Bündnis bedeutet Gleichberechtigung und politische Freiheiten für die Bauernschaft, die ihre politischen Wege frei bestimmt“. Entziffert man den Sinn der Dalinschen Plattform, so bedeutet sie ein Bündnis mit der grünen Internationale und in bezug auf Rußland mit den Petljuralenten und ähnlichen „Bauerndemokratien“.

Welches wären die wirtschaftlichen Errungenschaften eines solchen Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft bei Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland? Diese Frage hat D. Dalin bereits in Nr. 1 des „Sozialistischen Boten“ (Jahrgang 1924) im Artikel „Schichtenbildungen im neuen Dorf“ beantwortet. „Wenn Schichtenbildungen im neuen Dorf unvermeidlich sind“, fragt Dalin, „bedeutet das, daß die revolutionären Parteien und revolutionären Klassen keinerlei Macht haben, auf das Dorf einzuwirken, daß nichts anderes übrig bleibt, als vor dem neuen Großbauern das Schlachtfeld zu räumen, daß die Revolution daher den Tod durch ihr Roß finden wird?“ „Nein,“ antwortet Dalin, „die Schichtenbildung im Dorfe bedeutet durchaus nicht eine unvermeidliche wirtschaftliche und politische Knechtung für die gesamte Bauernmasse. Es gibt Mittel und Wege, dem Absolutismus des Bauernkapitals entgegenzuwirken.“ Weiterhin setzt Dalin auseinander, welches diese Mittel und Wege sind: „Der landwirtschaftliche Kredit ist imstande, sie von der finanziellen, nahezu leibeigenen Abhängigkeit von der Dorfbourgeoisie zu befreien . . . Unter den Verhältnissen einer freien gesellschaftlichen Selbstorganisation werden allmählich alle möglichen Kassen und örtliche landwirtschaftliche Kreditanstalten erstehen, die an Stelle des klassischen und noch heute lebendigen Dorfwucherers treten werden.“ Eine zweite Maßnahme: „Die Genossenschaften jeglicher Art bilden eine mächtige Waffe im Kampfe der Kleinbauern gegen die verschiedenen Formen von Knechtung. Wenn die Produktivgenossenschaften, die „Kollektivwirtschaften“ u. a. m. in der nächsten Zeit keine wesentliche Entwicklung erfahren können, so sind die Konsumgenossenschaften, der kollektive Ein- und Verkauf, nicht nur möglich, sondern, so sollte es scheinen, natürlich und notwendig.“ Um dies alles jedoch zu ermöglichen, „ist eine politische Atmosphäre erforderlich, bei der dieses Recht (zur Bildung von Genossenschaften) Realität wird.“

Zwecks Schaffung dieser „politischen Atmosphäre“ verkündeten die Menschewiki in ihrer Plattform vom Mai 1924 die ihrem neuen Kurs entsprechende politische Losung: „Das Proletariat ist daran interessiert, daß das Ergebnis der Aufhebung der Diktatur eine demokratische Republik ist, mit einer Regierung an der Spitze, die sich auf die breiten Massen des Proletariats und der Bauernschaft stützt und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht begründet ist . . . sowie auf der durch Gesetz gewährleisteten Heranziehung der selbsttätigen Organisationen der werktätigen Massen zur Teilnahme an den Arbeiten der Gesetzgebung und Verwaltung.“ Der Leitartikler in Nr. 12 und 13 des „Sozialistischen Boten“, der diesen

letzten Punkt der neuen menschwistischen Plattform kommentiert, schreibt: „Neben den parlamentarischen und bürokratischen Organen beteiligten und beteiligen sich ständig die Klassenorganisationen der besitzenden Klassen (Handels- und Industriekongresse, Gutsbesitzerverbände, Börsenkomitees, Handelskammern) in dieser oder jener Weise an verschiedenen Akten der Gesetzgebung und Verwaltung. Die neue Epoche der Nachkriegszeit hat in einer ganzen Reihe von Ländern die werktätigen Klassen bereits vor die Notwendigkeit gestellt, eine ebensolche Beteiligung ihrer Organisationen (Gewerkschaften, Betriebsräte, Arbeitsbörsen, Arbeiterkammern, Genossenschaften, Bauernverbände, hie und da, z. B. in Österreich, Arbeiter- und sogar Soldatendeputiertenräte) zu erstreben. Unsere Plattform stellt daher als eines der unverrückbaren Kennzeichen der Republik, die das Ziel des politischen Kampfes des Proletariats bilden soll, eine durch Gesetz gewährleistete Heranziehung der selbsttätigen Organisationen der werktätigen Massen zur Teilnahme an den Arbeiten der Gesetzgebung und Verwaltung fest.“ Dieses Zusammenarbeiten der Gewerkschaften und Genossenschaften mit den Handels- und Industriekongressen und den Börsenkomitees heißt in der Sprache der Menschewiki „eine auf die breiten Massen des Proletariats und der Bauernschaft sich stützende Macht.“

Um in Rußland dieses bürgerlich demokratische Idyll zu verwirklichen, das wir mehr als einmal im Westen zu beobachten Gelegenheit hatten, in der verflossenen kurzen „Ära der Demokratie und des Pazifismus“ und der bürgerlich-sozialistischen Koalitionen, haben die Menschewiki zuverlässige politische Verbündete gefunden. Einen solchen Verbündeten besitzen sie gegenwärtig in der Partei der Sozialrevolutionäre: „Das Bedeutendste,“ schreibt Dalin in Nr. 9 des „Sozialistischen Boten“, „was die russische Bauernschaft bisher in politischer Beziehung geschaffen hat, war die Partei der Sozialrevolutionäre der vorrevolutionären Epoche . . . Durch die Partei der Sozialrevolutionäre lehnte sich die Bauernintelligenz an die Arbeiterbewegung an: sie übernahm ihre sozialistische Ideologie und ließ keine Zweifel darüber aufkommen, mit wem und wohin sie ging. Die Mitarbeiterschaft mit der Sozialdemokratie bildete in ihren beiden Strömungen die elementare Grundlage ihrer Politik. Ohne Zweifel ist in der neuen nachrevolutionären Epoche eine solche Einheitlichkeit der Bauernpolitik unmöglich. Die Partei der Sozialrevolutionäre ist in ihrer früheren Gestalt schon nicht mehr möglich. Wer jedoch darauf spekuliert, daß die Bauernschaft allgemein und radikal der Stadt, ihrem früheren Verbündeten „den Rücken kehren“ und sich der „starken Regierung des langersehnten russischen Bonaparte zuwenden wird, gibt sich einer argen Enttäuschung hin.“

Herr Dalin schreibt einen glatten Stil, aber wenn man ihn liest, so denkt man unwillkürlich an die Worte Leo Tolstois in seinem, den „Helden“ der Sewastopoler Niederlage gewidmeten satirischen Vers:

Lange dachten sie, erwogen,
 Und auf einen großen Bogen
 Trugen es die Topographen ein.
 Doch die Schluchten zu vermessen —
 Ja, das hatten sie vergessen!
 Leider mußten sie durchqueret sein.

V. Was würde ein solches Bündnis der Bauernschaft bieten?

In dem in Nr. 9 des „Sozialistischen Boten“ veröffentlichten Leitartikel „Zwischen drei Kiefern“ lesen wir: „Statt Klassenkampf verspricht Bucharin der Bauernschaft Genossenschaften, Kredit und Besteuerung der besitzenden Klassen. Dies genügt, nach Bucharin, nicht nur, um die Interessen der mittleren und besitzlosen Bauern zu wahren, sondern auch, um die glatte Entwicklung des Dorfes zum Sozialismus zu sichern. In der Tat, eine verlogenerere, heuchlerischere, jesuitisch lügenhaftere Theorie hat der russische Kommunismus noch nicht zutage gefördert . . . Es war bisher höchstens den braven Mittelmäßigkeiten aus dem Lager der Kathedersozialisten vorbehalten, das fiskalische System als Hebel einer sozialistischen Umwälzung darzustellen. Ihnen hat Bucharin seinen tiefgründigen Gedanken entlehnt. Und die Genossenschaften? Wie oft hat die kommunistische Presse über genossenschaftliche Illusionen, über die trügerischen Hoffnungen geschrieben, mit Hilfe der Kooperation den Sozialismus im Dorfe einführen zu können“. Diesem Wortschwall assistiert Herr S. Schwarz in der gleichen Nummer des „Sozialistischen Boten“: „Die genossenschaftlichen Illusionen des rechten Flügels der alten Narodniki feiern in einer erneuerten und vereinfachten Form als letztes Wort kommunistischer Weisheit ihre Auferstehung.“

Wir sehen voraus, daß der Leser über die Verhöhnung des Kredit- und Genossenschaftswesens, als Abwehrmittel für die Bauernschaft gegen den Kapitalismus, durch die Menschewiki aufs höchste erstaunt sein wird. „Wie?“ wird er fragen, „der Haupttheoretiker der russischen Menschewiki, Herr Dalin, weist ja in den Spalten desselben „Sozialistischen Boten“ auf diesen selben Kredit und auf diese selbe Genossenschaft als das einzige Mittel hin, den Bauern vor der Vergewaltigung durch die Bourgeoisie zu schützen. Es ist dies ja die einzige Basis, auf der die Menschewiki selbst nunmehr ihren Bund mit der Bauernschaft zu schließen gedenken! Sollte ihre linke Hand wirklich nicht wissen, was die rechte tut?“

Doch der Leser und Genosse möge sich nicht wundern! Die bolschewistische Genossenschaft ist nicht obligatorisch für die menschewistische. Die Bolschewiki setzen ja große Hoffnungen auf die Genossenschaften und auf den landwirtschaftlichen Kredit nur unter der Voraussetzung, daß die Diktatur des Proletariats und die Nationalisierung der Industrie und des Außenhandels erhalten bleiben; nur unter diesen Vorbedingungen erblicken sie in ihnen einen Weg zum Sozialismus. Die Menschewiki dagegen bauen der Genossenschaft rosige Perspektiven für jene glückliche Zukunft Rußlands, wo die Diktatur des Proletariats aufgehoben sein wird. Welche Vorteile die Aufhebung der proletarischen Diktatur dem Genossenschafter im Dorfe bieten würde, verraten die Menschewiki nicht, aber wir können es erraten.

Gegenwärtig befindet sich die gesamte Großindustrie in Händen der Sowjetmacht, die entschlossen das Ziel einer Verbilligung der Industrieerzeugnisse und Preissenkung verfolgt, um sie der Bauernschaft zugänglicher zu machen. Diese planmäßige Politik hat bereits zu einer Schließung der „Schere“ in Rußland geführt. Die weitere Herabsetzung dieser Preise wird den Fußtapfen der weiteren Entwicklung der sowjetistischen Großindustrie folgen. Bei Aufhebung der Diktatur des Proletariats würde dagegen die

Industrie Rußlands sich in Händen monopolistischer kapitalistischer Organisationen erweisen, die in der ganzen Welt bewußt die Preise auf dem Innenmarkt in die Höhe schrauben und die in Rußland natürlich genau das gleiche tun würden. Gewiß, die Preise für Industrieerzeugnisse sind auch heute in Rußland zu hoch, gemessen an den Auslandspreisen. Diese Teuerung hat sich jedoch entgegen der Politik der Sowjetmacht erhalten infolge der von der Vergangenheit als Erbschaft übernommenen technischen Rückständigkeit. Die Sowjetmacht wird auch die Rückständigkeit der Technik überwinden, wie sie so manches andere überwunden hat. Weiter. Der gesamte Außenhandel Rußlands bildet gegenwärtig ein Monopol der Sowjetmacht, die bestrebt ist, das parasitäre Vermittlerwesen im Handel bewußt und planmäßig auszuschalten. Die erste Folge einer Aufhebung der proletarischen Diktatur in Rußland würde sein ein üppiges Aufblühen des privaten Handelskapitals und der Handelsspekulation. Endlich stellt sich gegenwärtig die Sowjetregierung im allgemeinen, nach dem eigenen Geständnis der Menschewiki, die Aufgabe einer „staatlichen Bevormundung“ der werktätigen Klassen und eines Schutzes des städtischen und bäuerlichen Proletariats mit Mitteln der Staatsgewalt.“

Sollte sich der Traum der Menschewiki verwirklichen, sollte ihre Plattform realisiert werden, so würden die „selbsttätigen Organisationen der Werkstätigen“ an der Gesetzgebung und Verwaltung Rußlands teilnehmen neben und im Zusammenwirken mit den „Klassenorganisationen der besitzenden Klassen“, wobei diese Organisationen der Werkstätigen selbst, nach dem Geständnis der Verfasser der menschewistischen Plattform, sich eine vernünftige „Selbstbeschränkung“ auferlegen (im Sinne jener „Selbstbeschränkung“, die die deutsche Sozialdemokratie übte, als sie nach der Novemberrevolution zur Macht gelangte, und durch die für Hindenburg der Boden bereitet wurde). Es ist unschwer vorauszusehen, daß unter diesen Umständen die neue Staatsmacht in Rußland auch damit beginnen würde, zu „bevormunden“, allerdings andere Schichten. Sie würden anfangen, die noch nicht erstarkte, „arme“ Bourgeoisie gegen die übertriebenen Ansprüche der Arbeiter- und Bauernmassen zu schützen.

Die Leser sehen, mit welchem „Gesicht“ sich die Menschewiki nunmehr dem Dorfe zuwenden. In früheren Zeiten — 1905 — waren die Menschewiki gegen einen Block des Proletariats mit der Bauernschaft, weil sie die Position eines mittleren Flügels der Sozialdemokratie einnahmen und als angeblich orthodoxe Marxisten ihre ganze Agrarpolitik auf der Überlegenheit der Großwirtschaft gegenüber der Kleinwirtschaft aufbauten, ohne die Verhältnisse der revolutionären Epoche zu berücksichtigen. Nunmehr sind sie von dieser zentristischen Position nicht nach links zu den Kommunisten, sondern nach rechts zu den Bernsteinianern abgeschwenkt. Nunmehr nehmen sie die alte Position von Vollmar, David und Hertz ein, die auch für ein Bündnis mit dem Kleinbauern eintraten, aber nicht um die kapitalistische Ordnung zu stürzen, sondern um sie zu festigen.

Die „Menschewiki“ sind „vernünftiger“ geworden. Vernünftiger geworden sind auch ihre jetzigen Freunde, die Sozialrevolutionäre. In der Epoche von 1905, als Rußland vor dem Problem stand, die bürgerliche Revolution zu verwirklichen, waren die Sozialrevolutionäre immerhin Revolutionäre, wenn auch nur kleinbürgerliche. Damals lehnten die Menschewiki einen Block mit

ihnen ab und zogen es vor, die „fortschrittliche Bourgeoisie“ in Gestalt der Kadetten zu unterstützen. Als jedoch die Epoche der sozialen Revolution eintrat, als die Sozialrevolutionäre in das Lager der Gegenrevolution übergangen, bildeten die begriffsstutzigen Menschewiki mit ihnen einen Block. Welch ein „Gesicht“ offenbaren denn nun ihre jetzigen Freunde? Kein besseres, eher ein schlechteres als die Menschewiki selbst. Es genügt zu hören, wie die Herren Sozialrevolutionäre sich selbst charakterisieren. Dem mittleren Flügel der Sozialrevolutionären Partei gehört gegenwärtig Herr Tschernow an, der seine alten Ansichten revidiert hat, der erklärt hat, er hätte sich von dem „destruktiven“ (d. h. revolutionären) Sozialismus abgewendet und zusammen mit Herrn Mac Donakd sich dem „konstruktiven“, (d. h. reformistischen) Sozialismus zugewendet. Zur Rechten von Herrn Tschernow steht gegenwärtig in der Sozialrevolutionären Partei ein gewisser Herr D., zur Linken — Herr Wischnjak (die Vertreter des rechten und linken Flügels der Partei), die der Sozialrevolutionär Tschernowscher Couleur, Herr B. Archangelski, in Nr. 41 der „Rewoljuzionnaja Rossija“ wie folgt kennzeichnet: „Herr Wischnjak sagt: „Für die Einheitlichkeit der Parteiaktionen ist die Gemeinsamkeit sozialpolitischer Maßnahmen von Wichtigkeit . . . Weshalb die Mitglieder der Partei ihrem Programm zugestimmt haben, muß für die Partei, die den Wunsch hat — nicht weniger und auch nicht mehr — eine politische Partei zu sein und zu bleiben, vollkommen gleichgültig sein.“ „Daher muß unser Verhalten in der Frage des Programmaufbaus von Grund auf geändert werden.“ Es ist notwendig das Programm mit Weltanschauung durch ein „Programm ohne die Elemente einer Weltanschauung“ zu ersetzen. Noch entschiedener geht der Führer des rechten Flügels der Partei, Herr D., an die Austilgung jeglicher Prinzipien: „Subjektiv“, sagt er, „befindet sich die Menschheit in heillosen Verwirrung . . . Vom Standpunkte des Gefühls, vom Standpunkte der Notwendigkeit, alles neu zu erleben, werden nicht nur die unermeßlichen Resultate des früheren menschlichen Schaffens angezweifelt . . .; angezweifelt wird selbst die Möglichkeit menschlichen Wissens.“ Hieraus wird gefolgert: „Die Frage des Programms steht an einer der letzten Stellen . . .“ Die nächstliegende Aufgabe ist — „zunächst alle Karten durcheinanderzubringen, überhaupt einen möglichst dicken Brei anzurühren, ohne irgendwelche vorherige Schemata, um dann, losgelöst von den Ketten traditionell festgelegter Grundsätze, den Versuch zu machen, auf diese vorläufig verarbeitete Masse das Licht der Synthese von völlig verschiedenen Standpunkten aus auszugießen.“

In trautem Verein mit diesen Narren und Harlekinen beabsichtigen die Herren Menschewiki das Meer zu entzünden, Rußland „zu retten“ und dort eine demokratische Republik zu errichten, in der neben der kapitalistischen Bourgeoisie an der Gesetzgebung und Verwaltung die selbsttätigen Organisationen der Arbeiter und Bauern teilnehmen sollen.

Welche selbstständige Rolle die Arbeiter und Bauern in diesem Staate spielen würden, wenn das Wunder geschähe, wenn sie der ehrsamem Kumpanei der Menschewiki und Sozialrevolutionäre Glauben schenken und es letzteren gelänge, gestützt auf die übertölpelten Arbeiter und Bauern die „demokratische“ Republik auf den Trümmern der bolschewistischen Diktatur zu errichten, darüber brauchen wir uns nicht den Kopf zerbrecen. Diese Frage

ist bereits von der Geschichte beantwortet. Man denke z. B. daran, wie die Lage der „selbsttätigen Organisationen“ der „demokratischen“ Bauern in der französischen Republik ist, die vom linken Block regiert wird. Als Illustration bringen wir die Charakteristik der Bauernorganisationen in Frankreich durch den Gen. Bucharin in der letzten Tagung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale auf Grund des Studiums der entsprechenden Literatur: „Nehmt nunmehr Frankreich“, sagte in seinem Bericht der Gen. Bucharin, „ein Land, wo die Bauernschaft in ideeller Beziehung nicht so reaktionär ist wie in Deutschland. Auch dort ist das Bild nicht erfreulich. Sechs bis sieben große Organisationen umfassen dort die Bauernschaft mitsamt den Agrariern. An der Spitze aller dieser Organisationen stehen ausnahmslos Großagrarien und Kapitalisten. Interessant sind ihre organisatorische Zusammensetzung und ihre organisatorischen Methoden. Sie sind in allen Ländern ähnlich und haben überall die gleiche Form. Als Kernstück dienen ihnen gewöhnlich eine oder mehrere politische Parteien. In organisatorischer Hinsicht ist dies etwas in der Art eines Landbundes, der alle umfaßt, von den Agrariern bis zu den Bauern der Zwergwirtschaften und zu den Landarbeitern. Jedoch . . . mit Hilfe eines diesem Zweck besonders angepaßten Apparates gewinnen innerhalb der Organisation stets die großkapitalistischen Kreise die Oberhand. Von dieser Organisation gehen Fäden zu den Konsum- und sonstigen Genossenschaften. (Hören Sie zu, Herr Dalin!). Letztere sind ihrerseits wirtschaftlich mit den Banken verbunden. Die gleiche Verbindung mit den Banken und Organisationen der Schwerindustrie besteht auch bei den Arbeitersektionen, den Sektionen des ausländischen Proletariats . . . Je größer eine Organisation, um so sicherer ist, daß an der Spitze Marquis stehen, der Apparat von Offizierskadern gebildet wird und daß ihr als Berater Agronomen und Professoren zur Seite stehen, die natürlich nur zum Teil die Leitung inne haben. Dieses organisatorische Ganze wird formell in eine Reihe mitunter unabhängiger Organisationen unterteilt, die ähnlich den Banken im finanzkapitalistischen System organisiert sind: die Organisationen besitzen Zweigstellen, die mit Hilfe von Aktien kontrolliert werden usw. Mithin werden auch hier die Geschicke geleitet von einer großkapitalistischen Agrarierbande, die alles, von oben bis unten an sich gerissen hat.“

Nicht wahr, die geeigneten Vorbedingungen für den Schutz der Interessen des Proletariats und des Bauerntums vor einer Vergewaltigung durch den Kapitalismus in diesem Staate, wo das Ideal der Menschewiki verwirklicht ist, wo das Regime der „demokratischen Freiheit“ fest verankert ist? Schon aus diesem Beispiel ist zu ersehen, wie viel das Bündnis der Bauernschaft verspricht, das die russischen Menschewiki im Namen eines mystischen Proletariats zu schließen empfehlen.

VI. Das Gutachten Vanderveldes

Der Bund zwischen Proletariat und Bauernschaft, wie ihn die Bolschewiki in der Sowjetrepublik ausbauen, unterscheidet sich von dem Bündnis, das die Menschewiki und Sozialrevolutionäre planen, etwa wie das Leben vom Tode. Für die Dauerhaftigkeit dieses lebendigen Bundes sprechen erstens schwerwiegende theoretische Erwägungen, denen die Menschewiki

nur das alte Bernsteinsche Wiederkäuen, die Sozialrevolutionäre — einen „dicken“ theoretischen „Brei“ entgegensetzen können, den sie angerührt haben, nachdem sie „zunächst alle Karten durcheinander“ brachten. Für die Dauerhaftigkeit dieses Bundes spricht zweitens die nahezu achtjährige Erfahrung der Sowjetrepublik. Richtig ist, daß die endgültige Feststellung der Dauerhaftigkeit des Bundes Sache einer weiteren Zukunft ist. Kein Bolschewik hat dies je bestritten, denn der Versuch, den die Bolschewiki durchführen, ist der erste derartige Versuch in der Weltgeschichte. Um zu zeigen, wie groß die Chancen für den Erfolg dieses Versuchs sind, berufen wir uns auf ein Zeugnis, das die Menschewiki nicht abweisen können, denn es ist das Zeugnis ihres besten Freundes und Gesinnungsgenossen Emile Vandervelde. Dieser spricht in einem überaus interessanten Artikel „Sozialismus und Bauern“ in der Nummer vom 1. Februar d. J. der Zeitung „Le Peuple“, ohne es zu ahnen, die lautere Wahrheit über die Aussichten des bolschewistischen Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft. „Marx“, schreibt Vandervelde in diesem Artikel, „glaubte, daß die Bauernschaft erst nach ihrer Expropriierung und Proletarisierung durch den sich immer stärker konzentrierenden Großgrundbesitz zum Sozialismus kommen würde.“ Dagegen beobachteten wir gegenwärtig in Frankreich in verschiedenen Gegenden ein Streben der Kleinbauern und Kleineigentümer zum Sozialismus. Steht dies in Widerspruch zu der Marxschen Lehre? Nein, sagt Vandervelde: „Dies widerlegt nicht, sondern bestätigt im Gegenteil, die grundlegende These von Marx, daß es ohne Kapitalismus keinen Sozialismus gibt. Als Beispiel hierfür dienen die bäuerlichen Parzellenbesitzer, deren Söhne in der Stadt als Lohnarbeiter beschäftigt sind und sich unter dem politischen Einfluß der jungen Generation befinden. Dies bezieht sich auch auf die Pächter der Landschaft Bourbonnais, die man den Heimarbeitern zuzählen kann, sowie auf die Kleinbauern im zentralen Waldgebiet, die in erster Linie Holzhauer sind. Endlich liegt ein ähnlicher Fall bei den Bauern von Languedoc vor, die von der Natural- zur Tauschwirtschaft übergegangen sind. Ich besuchte im vorigen Jahre das Kirchdorf Vinon am Flusse Durance. In diesem Dorf sind nahezu sämtliche Bauern Eigentümer. Nur drei oder vier auf Mühlen beschäftigte Arbeiter sind vorhanden. Es gibt weder Gutsbesitzer noch Großeigentümer, so daß es in dieser Ortschaft keinen Klassenkampf gibt. (Von mir durch Sperrdruck hervorgehoben. Analogie mit Rußland! A. M.). Nichtsdestoweniger erhalten die Sozialisten bei den Gemeinde- und Parlamentswahlen in Vinon mehr als 80 Prozent der abgegebenen Stimmen. Worin besteht der Sozialismus dieser freien Bauern, die schwer arbeiten und ziemlich gut verdienen? Versucht es nicht, mit ihnen über Kommunismus, ja selbst über Kollektivismus in bezug auf den Boden zu sprechen. Mit Heugabeln werden sie euch vertreiben. Selbst den landwirtschaftlichen Genossenschaften stehen sie gleichgültig gegenüber. Ihr Individualismus verabscheut sie. Sie leiden aber unter dem Parasitentum der Vermittler. (Von mir durch Sperrdruck hervorgehoben. A. M.). Sie fühlen am eigenen Leibe die entfernte, versteckte, zermürbende Last des Großkapitalismus. Sie zeigen volles Verständnis und erklären ihre Zustimmung, wenn man mit ihnen von einer Sozialisierung des Transportwesens, der Elektri-

zität, der Bergwerke, der Großlandwirtschaft spricht. Sie fühlen sich politisch solidarisch mit den übrigen Werktätigen gegen die „Großkapitalisten“. (Von mir durch Sperrdruck hervorgehoben. A. M.). Andererseits sind sie überzeugt demokratisch, pazifistisch, antimilitaristisch eingestellt. Sie denken mit Schrecken an den kürzlichen Krieg zurück, und wie er sich morgen gestalten mag. Sie erblicken im Sozialismus eine gewaltige Kraft, die größte aller für den Frieden wirkenden Kräfte. (Von mir durch Sperrdruck hervorgehoben. A. M.). Ist es möglich, hier einsetzend, ihnen ihre Auffassung vom Sozialismus auseinanderzusetzen und unsere Werbung unter den Bauern ein wenig zu steigern, die weder landwirtschaftliche noch industrielle Proletarier sind?“

Mit dieser Frage, sagt Vandervelde, hat man sich in Frankreich beschäftigt. Ähnliche Untersuchungen wurden in Italien und Deutschland fortgesetzt, wo v. Gerlach sein Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, daß die Sozialisten gleich nach der Revolution von 1918, in der kurzen Zeit, da sie an der Macht waren, aus theoretischen Erwägungen den Großgrundbesitz unangetastet ließen und ihn nicht den Bauern übergaben, um sie für sich zu gewinnen, da sie glaubten, die Sozialisierung später durchzuführen. (Durch Sperrdruck von mir hervorgehoben. A. M.). Namentlich aber in Osteuropa bietet sich unseren Genossen auf dem Balkan, den polnischen und russischen Genossen die Möglichkeit, eine unerschöpfliche Quelle für Versuche und Untersuchungen zu finden. Dort sind Millionen revolutionärer Bauern vorhanden. Kann man sie, nicht formell, sondern tatsächlich, in sozialistische Bauern umwandeln? Kann man, mit anderen Worten, ihre fraglose Anhänglichkeit an das eigene Stückchen Land, an ihre Produktionsmittel, mit einer bewußten Zustimmung ihrerseits zu einer Sozialisierung des kapitalistischen Eigentums in Einklang bringen, das ein Mittel zur Ausbeutung ist? Von einer Beantwortung dieser Frage hängt mehr oder minder eine rasche Verwirklichung des Absolutismus der Arbeit ab.“

Ich glaube, der Leser wird uns wegen der langen Auszüge aus dem Artikel nicht gram sein. Vandervelde stellt die Frage; er selbst aber hat sie bereits auf Grund eigener Beobachtungen beantwortet, und diese Antwort ist natürlich gegen den Willen des Verfassers eine Rechtfertigung des Bolschewismus und eine Verurteilung des Menschewismus. Gewiß, Vandervelde beruft sich ausschließlich auf Fälle von Sympathie, die besitzende Bauern den Sozialisten, den Sozialdemokraten, entgegengebracht haben. Die Motive dieser Sympathie jedoch, auf die Vandervelde hinweist, beweisen überzeugend, daß diese Bauern, wenn sie von den Kommunisten hören würden, wenn sie wissen würden, was die Sozialisten in Wirklichkeit sind, und was die Kommunisten sind, was hinter den Phrasen der ersten steckt und worin die Taten der letzteren zum Ausdruck gekommen sind, sich unbedingt an die Seite der Kommunisten stellen würden. In der Tat, aus welchen Motiven heraus haben die Bauern, die Vandervelde beobachtet hat, ihre Sympathien für die Sozialisten zum Ausdruck gebracht? Erstens, weil sie unter dem Parasitentum der Handelsvermittler zu leiden haben; zweitens, weil sie am eigenen Leibe die Knechtung durch das Großkapital verspüren

und mit der Sozialisierung der Großindustrie in Stadt und Land sympathisieren; drittens, weil sie, aus Haß gegen den Krieg, den Kämpfern für den Frieden Sympathien entgegenbringen.

Es fragt sich, mit wem würden solche Bauern einen Bund schließen wollen, mit den Sozialdemokraten, den Menschewiki oder mit den Kommunisten, den Bolschewiki, wenn sie die ganze Wahrheit über sie erfahren würden? Würden z. B. in Rußland solche Bauern den Kommunisten folgen, die das Außenhandelsmonopol zur Beseitigung des parasitären Vermittlertums im Handel eingeführt haben, oder den Menschewiki, die eine Entnationalisierung des Außenhandels fordern? Würden sie den Kommunisten folgen, die nach Besitzergreifung der Macht in Rußland, Fabriken und Werke nationalisiert haben, oder den Menschewiki, die in Rußland ihre Entnationalisierung fordern und die in Deutschland und England, solange sie an der Macht waren, nicht einen Schritt zu ihrer Nationalisierung getan haben? Würden sie den Kommunisten folgen, die in Rußland zur Macht gelangt, am ersten Tage die großen Güter sozialisierten, oder den Menschewiki, die während der 7 Monate, die sie in Rußland zusammen mit den Sozialrevolutionären an der Macht waren, nicht die Zeit fanden, die Bodenfrage zu lösen, oder den deutschen Menschewiki, die, im Besitze der Macht, es nicht wagten, die Hand auf den Großgrundbesitz der Junker zu legen, zum Teil aus „theoretischen Erwägungen“, wie v. Gerlach sagt, zum Teil aus Zeitmangel? (Sie waren mit dem Niederschießen der Spartakisten beschäftigt.) Würden sie den Bolschewiki folgen, die die einzigen Kämpfer für den Frieden während des imperialistischen Krieges waren, die kaum an die Macht gelangt, sofort das Land aus dem Kriege herausführten, die die einzigen Verteidiger der geknechteten Völker gegen die imperialistischen Räuber sind — oder den Menschewiki, die im imperialistischen Kriege überall auf Seiten der kriegerischen Bourgeoisie standen, die die Verantwortung für den räuberischen Versailler Frieden teilten, der neue Kriege in sich birgt; den Menschewiki, die in England, in der Person MacDonalds, unter pazifistischer Maske den Feldzug gegen China unterstützten, die in Frankreich, in der Person Jouhaux' und Renaudels, auch unter pazifistischer Maske, die Marokkoexpedition unterstützten, die im Mai 1925 in der Pariser Sitzung des Exekutivkomitees der II. Internationale, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses unter der heuchlerischen Bezeichnung: „Die Politik des internationalen Sozialismus im Kampfe für den Frieden“, als besonderen Punkt ein Referat gesetzt hatten und vorbereiten — was meint ihr wohl, worüber? Über die Interventionsabsichten gegen die USSR? Nein, — über die Kommunistische Internationale und den „kommunistischen Imperialismus!“ Auch die Menschewiki wenden ihr Gesicht dem Dorfe zu. Wenn die Bauern es genau betrachtet haben werden, werden sie es anspeien.

HEINZ NEUMANN:
MARX UND ENGELS ÜBER DIE ROLLE DER
KOMMUNISTEN IN AMERIKA

I. Einleitung

Die gegenwärtigen Streitfragen in der amerikanischen Sektion der KI drehen sich vor allem um die Frage der Bildung einer — wenn auch nicht rein kommunistischen — proletarischen Massenpartei in den Vereinigten Staaten. Diese Frage ist nicht nur für die amerikanische Workers Party, sondern für die gesamte KI, für den ganzen Gang der internationalen Revolution von größter Bedeutung.

Im Zeitalter des Nachkriegsimperialismus übernehmen die Vereinigten Staaten die führende wirtschaftliche und politische Rolle in der bürgerlichen Welt, die in der Periode der freien kapitalistischen Konkurrenz von England gespielt wurde. Amerika ist die stärkste Stütze des Imperialismus. Die europäische Revolution steht in Gefahr, wenn die Hilfe der Massen des amerikanischen Proletariats fehlt.

Der Leninismus bekämpfte stets die Theorie der II. Internationale, die den Gang der Revolution in den einzelnen kapitalistischen Ländern von dem jeweiligen Stand der Produktivkräfte abhängig machen wollte. Lenin bewies, daß das Proletariat nicht unbedingt in den Ländern zuerst siegt, wo die Produktivkräfte am stärksten entwickelt sind, sondern dort, wo die Bourgeoisie am schwächsten, die revolutionäre Kraft des Proletariats und der mit ihm verbündeten Bauernmassen am stärksten ist. Lenin betrachtete die Entwicklung der Produktivkräfte im Zeitalter des Imperialismus vom Weltstandpunkt aus.

Damit erschöpfte sich jedoch Lenins Theorie der proletarischen Revolution nicht. In seiner Polemik gegen Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, die den Sieg der proletarischen Revolutionen von der staatlichen Hilfe der Arbeiterklasse in den entwickelten Ländern abhängig macht, wies Lenin unaufhörlich darauf hin, daß das Proletariat der entwickelten kapitalistischen Länder bereits vor der Aufrichtung seiner eigenen Diktatur zum stärksten Bundesgenossen des siegreichen Proletariats in rückständigen Ländern werde. Nicht erst die „staatliche Hilfe“, sondern bereits der revolutionäre Kampf um die Machtergreifung selbst in den kapitalistischen Ländern ermöglicht die Befestigung der proletarischen Diktatur, die Entwicklung zum Sozialismus in den bestehenden Sowjetrepubliken.

Angewandt auf die Perspektive der europäischen, insbesondere der mitteleuropäischen, also in erster Linie der deutschen Revolution, erfordert die leninistische Theorie die richtige Einschätzung der Rolle des amerikanischen Proletariats und folglich der Herausbildung einer revolutionären Massenpartei in Amerika als eines wichtigen Faktors für die Bekämpfung und

eines entscheidenden Faktors für die spätere Festigung der Diktatur des Proletariats in Deutschland. Die Entwicklung des Imperialismus nach dem ersten Weltkrieg macht Amerika zu der Metropole der kapitalistischen Welt. Deutschland und eine wachsende Zahl anderer europäischer Staaten, die zu den älteren und führenden kapitalistischen Ländern gehörten, treten in den Hintergrund und geraten immer mehr in Abhängigkeit vom amerikanischen Finanzkapital.

Das Dawesregime verleiht dieser Entwicklung für Deutschland nicht nur eine historische, sondern eine unmittelbar politische Bedeutung. Solange die Kommunistische Partei Amerikas eine kleine sektenartige Partei bleibt, solange die großen Organisationen der amerikanischen Arbeiterklasse, besonders der „eingeborenen“ Arbeiter, von den Vertretern der reaktionärsten Arbeiteraristokratie gegängelt werden, solange keine revolutionäre Massenpartei in Amerika besteht, werden die Schwierigkeiten der deutschen Revolution verzehnfacht.

Diese Tatsache verneinen, hieße, die Leninsche Auffassung von der unmittelbaren Unterstützung der Revolution in den verhältnismäßig rückständigen Ländern durch den Klassenkampf des Proletariats der imperialistischen Metropole leugnen, hieße, auf die revolutionäre Einschätzung der Rolle des amerikanischen Proletariats im gegenwärtigen Abschnitt der europäischen Revolution verzichten, hieße, die trotzkistische Theorie der „staatlichen Hilfe“ anerkennen, die als untrennbarer Bestandteil der Theorie der „permanenten Revolution“ in diesem Falle auf nichts anderes hinausliefere als auf die Kautskysche „Lehre von den Produktivkräften“.

Marx und Engels erkannten klar die künftige Rolle Amerikas für den Klassenkampf des Proletariats. In seinem dritten Vorwort zum „Kommunistischen Manifest“ vom Januar 1848 stellt Engels fest: „Einen wie beschränkten Umfang das Verbreitungsgebiet der proletarischen Bewegung hatte, zur Zeit der ersten Veröffentlichung des Manifestes (Januar 1848), zeigt am besten das letzte Kapitel: Stellung der Kommunisten zu den verschiedenen oppositionellen Parteien. Hier fehlen vor allem Rußland und die Vereinigten Staaten“ . . . Engels nennt beide Länder „die große Reserve der europäischen Reaktion“. Er erinnert an die Zeit, „wo die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten die überschüssigen Kräfte des europäischen Proletariats absorbierte“. Die Vereinigten Staaten versorgten, ganz wie Rußland, „Europa mit Rohstoff und dienten gleichzeitig als Märkte für den Absatz seiner Industrieprodukte“. — Engels fährt fort:

„Beide erschienen also, in dieser oder jener Weise, als Stützen der europäischen gesellschaftlichen Ordnung.

Wie hat sich das alles heute geändert! Gerade die europäische Auswanderung hat die kolossale Entwicklung des nordamerikanischen Ackerbaues ermöglicht, die durch ihre Konkurrenz das große wie das kleine Grundeigentum in Europa in seinen Grundfesten erschüttert. Sie hat zugleich den Vereinigten Staaten die Möglichkeit gegeben, an die Ausbeutung ihrer reichhaltigen industriellen Hilfsquellen zu gehen, und zwar mit solcher Energie und solchem Maßstab, daß dies in kurzer Zeit dem industriellen Monopol des europäischen Westens ein Ende machen muß.

Und diese beiden Umstände wirken auch auf Amerika in revolutionärer Richtung zurück. Das kleine und mittlere Grundeigentum der selbstarbeitenden Farmer, die Grundlage der ganzen politischen Ordnung Amerikas, erliegt

mehr und mehr der Konkurrenz der Riesenfarmen, während gleichzeitig in den Industriebezirken sich zum ersten Mal ein zahlreiches Proletariat bildet neben einer fabelhaften Konzentration des Kapitals.“

Dieser Ausspruch steht unmittelbar vor der berühmten Voraussage, daß „die russische Revolution das Signal zu einer Arbeiterrevolution im Westen wird“. Beide Feststellungen fallen in jene Periode des Schaffens von Engels, in der er bereits die entscheidenden Veränderungen erkannte, die den Umschwung vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus kennzeichnen. Mit der Pariser Kommune war die Periode der I. Internationale im Wesen abgeschlossen, obwohl sie formell noch weiter bestand. Marx und Engels gehen in ihrer Stellung zu den Fragen der Arbeiterbewegung auch weiterhin von den Grundprinzipien der Internationalen Arbeiterassoziation aus. Sie suchen aber zugleich nach neuen Formen der Arbeiterbewegung, die, entsprechend der sich verändernden geschichtlichen Entwicklungsform des Kapitalismus selbst, über das Niveau der Vergangenheit hinausgehen. Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ und in den Briefen an Kugelmann wird die Marxsche Staatstheorie bis zur höchsten Konsequenz entwickelt, zugleich wird die führende Rolle der Kommunistischen Partei im Kampfe des Proletariats konkretisiert. An diese Schriften knüpft Lenin immer wieder in seinen eigenen Werken an; an ihnen orientiert er sich in den wichtigsten Fragen der proletarischen Revolution. Zweifellos gehören hierher auch die Abschnitte im Briefwechsel von Marx und Engels, die sich auf die amerikanische Arbeiterbewegung beziehen. Diese Briefe umfassen den historischen Raum einer ganzen Generation — von 1868 bis 1895.

Der Leninismus ist nicht, wie einige Opportunisten behaupten, nur ein Teilgebiet des Marxismus. Er ist weder der Marxismus der „Frühzeit“ noch der Marxismus der „Reifezeit“. Der Leninismus ist der ganze Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Aber die Epoche des Imperialismus ist von der Epoche des Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht durch eine chinesische Mauer getrennt. Zwischen der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen und der Epoche der proletarischen Weltrevolution liegen keine undurchdringlichen Wände. Es gibt eine ganze Übergangsperiode zwischen beiden.

Aus diesem Grunde ist es nicht zulässig, die Äußerungen von Marx und Engels über die Fragen der amerikanischen Arbeiterbewegung als „Zitate aus einer anderen Zeit“ zu betrachten. Sie gehören vielmehr, ebenso wie ihre Schlußfolgerungen aus der Pariser Kommune, zu jenen taktischen Lehren von Marx und Engels, die in allen Grundzügen ihrer Methodik mit der Taktik Lenins übereinstimmen und im wesentlichen noch heute für die Fragen unserer Taktik Geltung haben.

II. Die Methode

Engels schreibt in seinem Brief an Sorge vom 16. September 1887 über die amerikanische Arbeiterbewegung:

„Die Massen sind nun einmal nur auf dem, jedem Lande und den jedesmaligen Umständen entsprechenden Wege — der meist ein Umweg ist — in Bewegung zu bringen. Alles andere ist Nebensache, wenn nur die wirkliche Aufrüttelung erfolgt.“

Die Methode, mit der Engels an die Fragen der amerikanischen Arbeiterbewegung herangeht, erfordert also: 1. die Berücksichtigung der konkret-

nationalen Eigenarten des Landes, ohne die schematische Übertragung der „Wege“, die in anderen Ländern als die allein richtigen erprobt wurden. 2. die Verlegung des taktischen Schwergewichts auf die „wirkliche Aufrüttelung“ der amerikanischen Arbeitermassen.

In seinem Brief an Mrs. Wischnewetzky vom 15. September 1887 bemerkt Engels:

„Glücklicherweise hat die Bewegung in Amerika einen solchen Vorsprung, daß weder George noch Powderly noch die deutschen Intriganten sie schädigen oder hemmen können. Nur wird sie unerwartete Formen annehmen. Die wirkliche Bewegung sieht immer verschieden aus von dem, was sie in den Augen derer sein sollte, die als Werkzeug sie vorbereiteten.“

Das bedeutet 3. die europäischen Erfahrungen reichen nicht aus, um mit ihrer Hilfe von vornherein feste Formen der amerikanischen Arbeiterbewegung zu bestimmen. Diese Formen können erst an Hand der amerikanischen Praxis selbst herausgearbeitet werden. Es gibt für sie kein Rezept. Sie werden „unerwartet“ sein.

Im Briefe Engels an Sorge vom 8. April 1891 heißt es:

„. . . . wie nutzlos eine — theoretisch größtenteils richtige — Plattform ist, wenn sie nicht an die wirklichen Bedürfnisse der Leute anzuknüpfen versteht!“

Engels will hier sowohl den Sektierern der Hyndman-Gruppe in England als auch den deutschen Emigranten der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ in Amerika die Notwendigkeit beweisen, sich vor allem auf die organisierten Arbeiter in den Trade Unions zu stützen. Er bemerkt in seinem Brief vom 10. Juni 1891 ausdrücklich, daß der Übergang von der Sekte zur Massenpartei wichtiger ist als eine „orthodoxe“ marxistische Plattform:

„Die komische Erscheinung, daß hier wie in Amerika die sich für die orthodoxen Marxisten ausgebenden Leute, die unsere Bewegungsgedanken in ein starres, auswendig zu lernendes Dogma verwandelt haben, daß diese hier wie bei Euch als pure Sekte figurieren, ist sehr bezeichnend.“

Die Methode, mit der Engels die Taktik der amerikanischen Kommunisten bestimmt, enthält also folgende vier Grundzüge: Ausgangspunkt ist die konkret-nationale Eigenart der amerikanischen Verhältnisse; Hauptaufgabe ist zunächst die „wirkliche Aufrüttelung“ der Arbeiter. Die Formen der Taktik können nur durch die Praxis der Bewegung selbst gefunden werden. Die Notwendigkeit einer theoretischen Plattform, die Anknüpfung an die konkreten Bedürfnisse der Arbeiterklasse.

In klassischer Form faßt er diese Methode in seinem Brief an Mrs. Wischnewetzky vom 27. Januar 1887 zusammen:

„Ich glaube, die amerikanische Bewegung wird von der anderen Seite des Ozeans am besten gesehen. An Ort und Stelle wird ihre Größe sehr verdunkelt durch persönliche Zänkereien und lokale Streitigkeiten. Und das einzige, was den Vormarsch verzögern könnte, wäre die Verdichtung dieser Differenzen in bestimmte Sekten. Bis zu einem gewissen Grade wird dies unvermeidlich sein, aber je weniger, desto besser Unsere Theorie ist eine Evolutionstheorie, kein Dogma, das man auswendig lernt und mechanisch hersagt. Je weniger sie den Amerikanern von außen eingepaukt wird und je mehr sie sie durch eigene Führung erproben, desto tiefer gehen sie ihnen in Fleisch und Blut über.“

III. Die historischen Besonderheiten der amerikanischen Arbeiterbewegung

Sowohl England als auch Amerika stellten seit jeher die Vertreter des Marxismus vor eine Reihe besonderer Streitfragen. Praktisch waren beide Länder durch das Fehlen einer revolutionären Arbeiterpartei gekennzeichnet; auf theoretischem Gebiet gaben sie Marx und Engels in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu dem bekannten Ausspruch Veranlassung, daß die proletarische Revolution sich in England und Amerika auf friedlichem Wege vollziehen könne. Diesen Ausspruch verwandte Kautsky gegen Lenin in der Polemik über die Diktatur des Proletariats. Lenin antwortete in seiner Anti-Kautsky-Broschüre:

„Gab es in den 70er Jahren etwas, was England und Amerika . . . zu einer Ausnahme machte? Es muß einem jeden, der auch nur einigermaßen mit den Forderungen der Wissenschaft auf dem Gebiete historischer Fragen vertraut ist, selbstverständlich sein, daß diese Frage gestellt werden muß. Sie nicht stellen heißt, die Wissenschaft verfälschen, sich mit Sophistereien abgeben. Stellt man aber diese Frage, so kann an der Antwort nicht gezweifelt werden: Die revolutionäre Diktatur des Proletariats bedeutet die Gewaltherrschaft gegenüber der Bourgeoisie. Die Notwendigkeit dieser Gewaltherrschaft ist, wie Marx und Engels wiederholt und ausführlich . . . dargelegt haben, insbesondere auf das Vorhandensein des Militarismus und der Bürokratie zurückzuführen. Zu der Zeit, als Marx diese Bemerkung machte, in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts, waren gerade in England und Amerika diese Institutionen nicht vorhanden! (Jetzt dagegen befinden sie sich sowohl in England als auch in Amerika)“. — „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.“)

Die Ursachen der verspäteten Entwicklung dieser typischen Erscheinungen des kapitalistischen Staates waren in England das Bestehen des Industrie-monopols und die jahrhundertelange Tradition des Parlamentarismus. In Amerika fehlte die geschichtliche Periode des Feudalismus überhaupt; Amerika ist demokratisch, seit es ein unabhängiger Staat wurde. Während in England die kapitalistische Monopolstellung die Herausbildung einer bürokratisch-militärischen Staatsmaschine verlangsamte hatte, wirkte in Amerika die entgegengesetzte Ursache, die Unreife der kapitalistischen Entwicklung, in der gleichen Richtung. Bereits in den 80er Jahren konnte Engels feststellen, daß einerseits das Industrie-monopol Englands in seinen Grundfesten erschüttert war, während die Vereinigten Staaten ihren Übergang vom Agrarland zur Industriemacht vollzogen. So vollzog sich die fast gleichzeitige Angleichung des entwickeltsten und des unentwickeltsten kapitalistischen Landes an die allgemein gesetzmäßige Linie des von Marx so glänzend analysierten Bourgeoisstaates. Die Vorbedingungen waren damit entfallen.

Ähnlich, aber viel langsamer, vollzieht sich die Angleichung der amerikanischen Arbeiterbewegung an die europäische. Die englischen Arbeiter begannen diese Angleichung an den proletarischen Klassenkampf des Kontinents bereits in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Damals stellte Engels das Werden eines „neuen Unionismus“ fest. Diese neue Richtung in der englischen Arbeiterbewegung brauchte 40 Jahre, bis sie sich durchsetzte.

Noch viel schwieriger mußte sich der Klassenkampf des amerikanischen Proletariats Bahn brechen: Die Nachwirkungen des gestürzten Industrie-monopols in England waren leichter zu besiegen als die Einwirkungen der

bürgerlichen Ideologie in Amerika, deren Herkunft aus der Feudalzeit den amerikanischen Arbeitern infolge des Fehlens eines amerikanischen Feudalismus nicht zum Bewußtsein kommt. Engels sieht mit seinem scharfen Blick in dieser besonderen Eigenart der amerikanischen Geschichte einen der Gründe für die bekannte „Verachtung der Theorie“ bei den amerikanischen Arbeitern, die mit zum stärksten Hemmnis für die Gründung einer revolutionären Massenpartei wurde. Er schreibt am 16. September 1886 an Sorge:

„In einem so naturwüchsigen Lande wie Amerika, das ohne alle feudale Vergangenheit rein bürgerlich sich entwickelt hat, dabei aber einen ganzen Haufen aus der Feudalzeit überkommener Ideologie unbesehen mit aus England übernommen, als da ist englisches gemeines Recht, Religion, Sektentum, und wo die Notdurft des praktischen Arbeitens und Kapitalkonzentrierens eine allgemeine, erst jetzt in den gebildeten Gelehrtenschichten abkommende Verachtung aller Theorien erzeugt hat — in einem solchen Lande müssen die Leute über ihre eigenen gesellschaftlichen Interessen dadurch ins klare kommen, daß sie Böcke über Böcke machen. Das wird auch den Arbeitern nicht erspart bleiben, die Konfusion der Trade Unions, Sozialisten, Knights of labor usw. wird noch einige Zeit vorangehen, und erst durch Schaden werden sie klug werden. Aber die Hauptsache ist, daß sie in Bewegung gekommen sind“

In einem weiteren Brief vom 8. Februar 1890 zieht Engels hieraus die Konsequenz, daß diese „urkonservative“ Ideologie der amerikanischen Arbeiter „nur durch die Praxis“, und zwar unter Anknüpfung an die Trade Unions überwunden werden kann:

„Die Schleswig-Holsteiner und ihre Nachkommen in England und Amerika sind nun einmal nicht durch Dozieren zu bekehren, diese störrische und eingebildete Bande muß es am eigenen Leibe erfahren. Das tun sie aber von Jahr zu Jahr mehr, aber sie sind urkonservativ — eben weil Amerika so rein bürgerlich ist, so gar keine feudale Vergangenheit hat und daher stolz ist auf seine rein bürgerliche Organisation — und werden daher den alten traditionellen Gedankenschund nur durch die Praxis los. Also mit Trade Unions usw. muß es anfangen, wenn's Massenbewegung sein soll, und jeder weitere Schritt muß ihnen durch eine Niederlage aufgezwungen werden. Ist aber einmal der erste Schritt über die bürgerliche Anschauung hinaus getan, dann wird's rasch gehen, wie alles in Amerika . . . Und dann wird auch das fremde Element in der Nation durch größere Beweglichkeit sich geltend machen.“

Engels erwartet also vom Entstehen einer Massenbewegung nicht nur die Revolutionierung der „einheimischen“ Arbeiter, sondern zugleich die Überwindung des Sektengeistes, des Doktrinarismus, der den eingewanderten Proletariern eigen ist. Die Verlegung des Schwergewichts auf die einheimischen Arbeiter der Trade Unions soll die historische Rolle des „fremden Elements“ nicht beschneiden, sondern sie schnell durch die Ausnützung seiner „größeren Beweglichkeit“, durch die Verbindung beider Elemente der amerikanischen Arbeiterklasse erhöhen.

Die „Einheimischen“ und das „fremde“ Element

Engels sieht einen der Haupthemmschuhe für die Herausbildung einer Massenpartei in dem Gegensatz zwischen Einheimischen und Eingewanderten. Die Gefahr dieses Gegensatzes besteht darin, daß er mit dem Klassengegensatz zwischen der Arbeiteraristokratie und der Masse der unqualifizierten Lohnarbeiter zusammenfällt. Die Verbindung der natio-

nalen mit der sozialen Zersplitterung innerhalb der Arbeiterklasse ist für ihn der wichtigste Grund der langsamen Entwicklung der amerikanischen Arbeiterbewegung:

„Was Euer großes Hindernis in Amerika ist, scheint mir, besteht in der Ausnahmestellung der eingeborenen Arbeiter. Bis 1848 kann man von einer eingeborenen, ständigen Arbeiterklasse nur als Ausnahme sprechen. Die wenigen Anfänge davon im Osten und in den Städten konnten immer noch hoffen, Bauern oder Bourgeois zu werden. Jetzt hat sich eine solche Klasse entwickelt und hat sich auch großenteils trade-unionistisch organisiert. Aber sie nimmt immer noch eine aristokratische Stellung ein und überläßt, was sie auch kann, die ordinären, schlecht bezahlten Beschäftigungen den Eingewanderten, von denen nur ein geringer Teil in die aristokratischen Trade Unions eintritt. Diese Eingewanderten sind aber in Nationalitäten geteilt, die sich untereinander und meistens auch die Landessprache nicht verstehen. Und Eure Bourgeoisie versteht es noch viel besser als die österreichische Regierung, eine Nationalität gegen die andere auszuspielen . . . so daß, glaube ich, in New York Unterschiede der Lebenshaltung zwischen Arbeitern bestehen, wie sie sonstwo unerhört sind . . .“

In dem gleichen Brief an Schlüter vom 30. März 1892 erklärt Engels aus dem Zusammenfallen dieser nationalen und sozialen Scheidung innerhalb des Proletariats den Rhythmus der amerikanischen Arbeiterbewegung:

„In einem solchen Land sind stets erneute Anläufe, gefolgt von ebenso sicheren Rückschlägen, unausbleiblich. Nur daß die Anläufe doch immer gewaltiger, die Rückschläge immer weniger lähmend werden, und im ganzen die Sache doch vorangeht. Aber das halte ich für sicher: Die rein bürgerliche Grundlage ohne allen . . . Schwindel dahinter, die entsprechende kolossale Energie der Entwicklung, die sich selbst in der verrückten Übertreibung des jetzigen Schutzzollsystems zeigt, wird eines Tages eine Wandlung herbeiführen, die die ganze Welt in Erstaunen setzen wird. Fangen die Amerikaner einmal an, dann aber auch mit einer Energie und Virulenz, dagegen wir in Europa Kinder sein werden.“

Von größter Wichtigkeit erscheint daher Engels nicht das Entstehen einer reinen Emigrantenteilung, sondern einer wirklich massenhaften Bewegung unter den Arbeitern der englischen Sprachgruppe:

Zum erstenmal existiert eine wirklich massenhafte Bewegung unter den Englischredenden (Engels meint die Vorbereitung von Streiks zur Erkämpfung des Achtstundentages und das enorme Wachstum des Ordens der Arbeitsritter im Frühjahr 1886 unmittelbar vor dem Bombenwurf von Chicago, H. N.). Daß diese erst tastend verfährt, ungeschickt, unklar, unwissend, ist unvermeidlich. Das wird sich alles klären, die Bewegung wird und muß sich an ihren eigenen Fehlern fortentwickeln. Theoretische Unkenntnis ist Eigenschaft aller jungen Völker, auch aber praktische Raschheit der Entwicklung. Wie in England, hilft alles Predigen nichts auch in Amerika, bis die tatsächliche Notwendigkeit da ist. Und diese ist in Amerika vorhanden und kommt zum Bewußtsein. Das Eintreten der eingeborenen Arbeitermasse in die Bewegung in Amerika ist für mich das eine der großen Ereignisse von 1886 . . .“ (Brief an Sorge vom 29. April 1886.)

Engels betont in seinem jahrzehntelangen Briefwechsel mit den amerikanischen Sozialisten immer wieder, daß die deutsche marxistische SAP viel weniger Bedeutung hat als die Herausbildung einer Massenteilung der einheimischen Arbeiter, selbst wenn diese nicht bewußt marxistisch ist. Andererseits begegnet er den schon damals von seiten der deutschen Emigranten auftauchenden Einwendungen, daß er damit „die Rolle der Partei verneine“ und „die hundertprozentigen Amerikaner bevorzuge“, mit den

Sätzen des eben zitierten Briefes: unter den bewußt marxistischen Emigranten bleibe

„doch immer noch ein Kern, der theoretische Einsicht in die Natur und den Gang der Gesamtbewegung behält und den Gärungsprozeß im Gang hält und schließlich wieder obenauf kommt“.

An Mrs. Wischnewetzky schreibt Engels noch klarer am 9. Februar 1887:

„Sobald es eine nationale amerikanische Arbeiterklassenbewegung, unabhängig von der deutschen, gab, war mein Standpunkt klar vorgezeichnet durch die Tatsachen. Diese große nationale Bewegung, was auch immer ihre erste Gestalt sei, ist der wirkliche Ausgangspunkt amerikanischer Arbeiterklassenentwicklung; gehen die Deutschen hinein, um zu helfen oder um die Entwicklung in der rechten Richtung zu beschleunigen, so können sie Gutes leisten und eine entscheidende Rolle darin spielen; halten sie sich fern, so schwinden sie zusammen zu einer Glaubenssekte und werden beiseite geschoben als Leute, die ihre eigenen Grundsätze nicht verstehen.“

Die qualifizierten Arbeiter und der „neue Trade-Unionismus“

Das Problem der Massenpartei und ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften wird von Engels in engem Zusammenhang mit der damals gleichfalls akuten Gewerkschaftsfrage in England behandelt. In seinem Brief an Sorge vom 7. Dezember 1889 führt er den amerikanischen Sozialisten das warnende Beispiel der Hyndmanschen Social-Democratic-Federation in England vor Augen, die zwar „marxistisch“ war, aber infolge ihrer fanatischen Abneigung gegen die Gewerkschaftsbewegung zur Sekte wurde:

„Daß eine große Nation nicht so einfach doktrinär und dogmatisch einzupacken ist, selbst wenn man die beste Theorie hat, die aus ihren eigenen Lebensverhältnissen herausgewachsen und relativ bessere Einpauker als die SAP hat, das zeigt sich hier. Die Bewegung ist jetzt endlich im Gange und, wie ich glaube, for good. Aber nicht direkt sozialistisch, und diejenigen Leute, die unter den Engländern unsere Theorie am besten verstanden, stehen außer ihr: Hyndman, weil er ein unverbesserlicher Zänker, und Bax, weil er ein Stuhengelehrter. Die Bewegung ist formell zunächst Trade Unions-Bewegung, aber total verschieden von der der alten Trade Unions, der skilled laborers, der Arbeiteraristokratie.

Die Leute gehen jetzt ganz anders ins Geschirr, führen weit kolossalere Massen ins Gefecht, erschüttern die Gesellschaft weit tiefer, stellen viel weitergehende Forderungen: Achstundentag, allgemeine Föderation aller Organisationen, komplette Solidarität . . . Dabei sehen die Leute ihre momentanen Forderungen selbst nur als provisorisch an, obwohl sie selbst noch nicht wissen, auf welches Endziel sie hinarbeiten. Aber diese dunkle Ahnung sitzt tief genug in ihnen, um sie zu bewegen, nur offenkundige Sozialisten zu Führern zu wählen. Wie alle anderen, müssen sie durch ihre eigenen Erfahrungen, an den Folgen ihrer eigenen Fehler lernen. Aber da sie, entgegen den alten Trade Unions, jede Andeutung von der Identität der Interessen von Kapital und Arbeit mit Hohngelächter aufnehmen, wird das nicht sehr lange dauern.“

IV. Die Bildung einer selbständigen Arbeiterklassenpartei

Bereits am 25. Juli 1877 schrieb Marx an Engels:

„Was sagst Du von den Arbeitern der Vereinigten Staaten? Dieser erste Ausbruch gegen die seit dem civil war (Bürgerkrieg) entstandene associated Kapitaloligarchie wird natürlich niedergeschlagen werden, kann aber in den Vereinigten Staaten sehr wohl den Ausgangspunkt für Konstitution einer ernsthaften Arbeiterpartei bilden . . . Die Politik des neuen Präsidenten wird die Neger

und durch die großen Landexpropriationen (exactly of the fertile land = gerade des fruchtbaren Bodens) zugunsten der Railway, Mining usw.-Kompanies die Bauern des Westens, die schon sehr stark murren, zu Bundestruppen der Arbeiter machen. So daß schöne Sauce sich drüben einrührt, und die Verlegung des Zentrums der Internationalen nach den Vereinigten Staaten noch ganz absonderliche Opportunität post festum erhalten kann.“

Marx verlangte also mit Berücksichtigung der Veränderungen, die in den Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg vor sich gegangen waren, die „Konstitution einer ernsthaften Arbeiterpartei“. Es ist von großer Wichtigkeit, daß er die besondere Rolle der Farmer angesichts der Agrarkrise und der Landexpropriationen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bildung der Massenpartei des Proletariats als ihrer Verbündeten betont.

Ein Jahrzehnt später schneidet Engels in seinem Briefe an Sorge vom 29. November 1886 das gleiche Problem an. Er fordert klar und scharf, daß die amerikanischen Sozialisten innerhalb des Verbandes „Ritter der Arbeit“ für die Aufrüttelung der Massen wirken. Indem er diesem Orden seine „konfusen Grundsätze und lächerliche Organisation“ vorwirft, verlangt er jedoch, daß die amerikanischen Marxisten „innerhalb dieser noch ganz plastischen Masse einen Kern von Leuten ausbilden“, die bei der unvermeidlich weiteren Sprengung dieser „dritten Partei“ die Führung ihrer proletarischen Teile übernehmen können.

„Die Deutschen haben nun einmal nicht verstanden, von ihrer Theorie aus den Hebel anzusetzen, der die amerikanischen Massen in Bewegung setzen konnte; sie verstehen die Theorie großenteils selbst nicht und behandeln sie doktrinär und dogmatisch als etwas, das auswendig gelernt werden muß, dann aber auch allen Bedürfnissen ohne weiteres genügt. Es ist ihnen ein Credo, keine Anleitung zum Handeln . . . Daher mußten die amerikanischen Massen ihren eigenen Weg suchen und scheinen ihn zunächst in den K. of L. (Ritter der Arbeit, H. N.) gefunden zu haben, deren konfuse Grundsätze und lächerliche Organisation ihrer eigenen Konfusion zu entsprechen scheint. Nach allem aber, was ich höre, sind die K. of L. namentlich in New England und dem Westen eine wirkliche Macht und werden es täglich mehr durch die brutale Gegnerschaft der Kapitalisten. Ich glaube, daß es nötig ist, innerhalb ihrer zu wirken, innerhalb dieser noch ganz plastischen Masse einen Kern von Leuten auszubilden, der die Bewegung und ihre Ziele versteht und damit selbst die Anleitung wenigstens eines Teils bei der unvermeidlich kommenden Sprengung des jetzigen „Ordens“ übernimmt . . . Der erste große Schritt, worauf es in jedem neu in die Bewegung eintretenden Lande ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbständige politische Partei, einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist . . . Daß das erste Programm dieser Partei noch konfus und äußerst mangelhaft ist, daß sie den H. George als Fahne aufgesteckt, das sind unvermeidliche Übelstände, aber auch nur vorübergehende. Die Massen müssen Zeit und Gelegenheit haben, sich zu entwickeln, und die Gelegenheit haben sie erst, sobald sie eine eigene Bewegung haben — einerlei, in welcher Form, sobald es nur ihre eigene Bewegung ist, in der sie durch ihre eigenen Fehler weitergetrieben werden, durch Schaden klug werden.“

Nochmals betont Engels in seinem Briefe an Mrs. Wischnewetzky vom 28. Dezember 1886, die amerikanischen Marxisten sollten die proletarische „dritte Partei“ nicht von außen verächtlich machen, sondern von innen revolutionieren“. Er wendet sich wiederum

in scharfen Ausdrücken gegen die deutschen Sektierer in Amerika und gegen ihr Dogma, gegen ihr ablehnendes Verhalten zur „Rolle der Partei“, das, damals wie heute, der Partei durch die Trennung von den Massen die Erfüllung ihrer Rolle in der proletarischen Revolution unmöglich macht.

„Es ist bedeutend wichtiger“ — schreibt Engels — „daß die Bewegung sich ausbreite, harmonisch vorangehe, Wurzel fasse und soviel als möglich das ganze amerikanische Proletariat umfasse, als daß sie von vornherein auf theoretisch vollständig korrekter Bahn vorschreite. An den eigenen Fehlern zu lernen, „durch Schaden klug werden“, ist der beste Weg zu theoretischer Klarheit des Verständnisses. Und für eine ganz große Klasse gibt es keinen anderen Weg, ganz besonders für eine so hervorragende praktische und alle Theorie verachtende Nation wie die Amerikaner. Die Hauptsache ist, daß die Arbeiterklasse sich als Klasse in Bewegung setze; ist das erst erreicht, so werden sie bald die rechte Bahn einschlagen, und alle, die sich ihnen in den Weg stellen . . . werden sich mit ihren kleinen Sekten beiseitegeschoben finden. Deshalb halte ich auch die K. of L. für einen sehr wichtigen Faktor in der Bewegung, den man nicht von außen verächtlich machen, sondern von innen revolutionieren sollte. . . . Eine oder zwei Millionen Arbeiterstimmen für eine echte (bona fide) Arbeiterpartei sind augenblicklich unendlich mehr wert als hunderttausend Stimmen für ein theoretisch vollkommenes Programm. Der allererste Versuch — der bald gemacht werden wird, wenn die Bewegung fortschreitet — die in Bewegung befindlichen Massen auf einer nationalen Basis zu konsolidieren, wird sie alle von Angesicht zu Angesicht einander gegenüberbringen, H. George-Leute, K. of L., Gewerkschaftler, alle, alle . . . dann ist die Zeit für sie (die Marxisten; H. N.) gekommen, die Ansichten der anderen zu kritisieren und durch den Nachweis der Unzulänglichkeit und Unvereinbarkeit der verschiedenen Standpunkte sie nach und nach dahin zu bringen, daß sie ihre eigene wirkliche Lage erkennen, eine Lage, die ihnen durch die Wechselbeziehungen von Kapital und Arbeit bereitet ist. Alles aber, was diese nationale Konsolidation der Arbeiterpartei verzögern oder verhindern könnte — auf welchem Programm immer —, würde ich als einen großen Fehler betrachten . . .“

In einem weiteren Brief an Mrs. Wischnewetzky spricht Engels von der Notwendigkeit, zunächst und vor allem „das Ohr der Arbeiterklasse zu gewinnen“. Er konkretisiert diesen Gedanken folgendermaßen:

„Ich denke, unsere ganze Praxis hat bewiesen, daß man mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse an jedem Punkte ihrer Bahn wohl zusammengehen kann, ohne unsere eigene besondere Stellung oder gar die Organisation aufzugeben oder zu verbergen, und ich fürchte, daß unsere deutschen Amerikaner einen schweren Fehler begehen, wenn sie einen anderen Weg einschlagen.“ — (Brief vom 27. Januar 1887.)

Dazu ist zu bemerken, daß Engels diese Zeilen gerade im Augenblick des schmachvollen Verhaltens der K. of L. gegen die Verurteilten in Chicago schrieb. H. George gründete zu jener Zeit ein Wochenblatt in New York, in dem er von den New Yorker Sozialisten abrückte und es ablehnte, irgend etwas zugunsten der verurteilten Anarchisten von Chicago zu tun. Engels unterstützte ohne Schwanken Aveling, den Schwiegersohn von Marx, der sogar in dieser Situation die sektiererische Taktik der National-Exekutive der SAP rücksichtslos bekämpfte.

Die Stellung von Marx und Engels zur Frage der amerikanischen Labor Party ist also vollständig klar; sie forderten von den amerikanischen

Marxisten um jeden Preis die Bildung einer nationalen Arbeiterklassenpartei in Amerika, ohne Rücksicht auf deren Programm, soweit es nur den Klassenkampf enthielt, aber bei voller Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit und der Organisation des marxistischen Kerns innerhalb der großen Massenpartei.

V. Die Rolle des marxistischen Kerns innerhalb der Arbeiterklassenpartei

Wir wiesen bereits darauf hin, daß Marx und Engels die Aufrechterhaltung einer wirklich marxistischen Partei der klassenbewußtesten, fortgeschrittensten Elemente der einheimischen und eingewanderten Arbeiterklasse innerhalb der großen Massenpartei immer für notwendig hielten. Sie wiesen in ihrem Briefwechsel mit den amerikanischen Sozialisten drei Jahrzehnte lang jeden Versuch einer mechanischen Gegenüberstellung von marxistischer Partei und Labor Party als zweier Gegensätze, die sich ausschließen, zurück. Die Sektierer der deutschen SAP, die ihnen eine „Liquidierung der führenden Rolle der marxistischen Partei“ vorwarfen, wurden von ihnen unbarmherzig kritisiert. Mehr als das; sie bewiesen Jahr für Jahr an Hand der Ergebnisse der fortschreitenden Arbeiterbewegung in Amerika, daß die führende Rolle der marxistischen Partei sich gerade und nur innerhalb der großen Massenpartei verwirklichen kann. Nur wenn die marxistische — modern gesprochen: die bolschewistische — Partei diese ihre Aufgabe innerhalb einer breiten, proletarischen Massenpartei — einer Labor Party erfüllt, kann die historisch gegebene Rückständigkeit der amerikanischen Bewegung durch die praktische Erfahrung der Massen selbst überwunden, können die Differenzen und Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse ausgeglichen werden. In seinem Brief vom 29. November 1886 formulierte Engels die Aufgabe der marxistischen Partei, „innerhalb dieser noch ganz plastischen Masse einen Kern von Leuten auszubilden, der die Bewegung und ihre Ziele versteht“ und später die wirkliche Führung der Bewegung übernehmen könne.

„Aber gerade jetzt wäre es doppelt nötig, daß auf unserer Seite ein paar Leute da wären, die in der Theorie und altbewährten Taktik fest im Sattel sind . . . ; denn die Amerikaner sind aus guten historischen Gründen in allen theoretischen Fragen himmelweit zurück, haben zwar keine mittelalterlichen Institutionen aus Europa hinübergenommen, wohl aber Massen mittelalterlicher Tradition, Religion, englisches gemeines (feudales) Recht, Aberglauben, Spiritismus, kurz allen Blödsinn, der dem Geschäft nicht direkt schädlich war und jetzt zur Massenverdummung sehr brauchbar ist. Und wenn da theoretisch klare Kämpfer vorhanden sind, die ihnen die Folgen ihrer eigenen Fehler vorhersagen können, ihnen klarmachen, wie jede Bewegung, die nicht die Vernichtung des Lohnsystems als letztes Ziel stets im Auge behält, irgehen und fehlschlagen muß — da kann mancher Unsinn vermieden und der Prozeß wesentlich abgekürzt werden.“ (Brief an Sorge vom 29. November 1886.)

In dem eben zitierten Brief vom 27. Januar 1886 umreißt Engels die taktische Grundlinie der amerikanischen Marxisten: mit der allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse an jedem Punkte ihrer Bahn zusammengehend, ohne die eigene politische Stellung und Organisation aufzugeben oder zu verbergen.

„Du wirst dann erfahren, daß Eure jahrelange Arbeit nicht umsonst gewesen ist“.

Wenn Engels immer wieder darauf hinweist, daß die Arbeiterklasse nur aus ihren eigenen Erfahrungen lernen kann, so ist er doch weit entfernt,

damit zu einem Anbeter der Spontaneität zu werden. Er sagt den amerikanischen Marxisten in dem gleichen Briefe im Anschluß an die Erfolge der Bergarbeiterbewegung von 1890 in Deutschland:

„Die Tatsachen müssen's den Leuten einpauken, und dann geht's aber auch rasch, am raschesten natürlich da, wo bereits ein organisierter und theoretisch gebildeter Teil des Proletariats vorhanden ist.“

Er sieht schließlich, auf die konkreten amerikanischen Verhältnisse eingehend, voraus, daß in der großen hauptsächlich aus einheimischen Arbeitern zusammengesetzten Labor Party „gerade das fremde Element in der Nation durch größere Beweglichkeit sich geltend machen“ wird. Dieses fremde Element aber bildete und bildet in Amerika notwendigerweise die Mehrheit der reinmarxistischen Partei.

VI. Die Rolle der Farmer

Marx hatte in seinem Brief vom 25. Juli 1877 die Rolle der Farmer, die infolge der Agrarkrise und der Landenteignung durch das Großkapital revolutioniert werden, als Verbündete der Arbeiterklasse vorausgesehen. Er hält die Revolutionierung der Farmer, ebenso wie das beginnende Erwachen der Neger, für die „Konstitution einer ernsthaften Arbeiterpartei“ begünstigende Umstände. Andererseits beweist Engels in seinem Briefe an Sorge vom 6. Januar 1892, daß die amerikanischen Farmer als Klasse nicht die Kraft zur Bildung einer selbständigen politischen Partei haben. Jeder Versuch, eine selbständige Farmerpartei in Amerika zu bilden, muß diese Partei mit Notwendigkeit zum Spielball kleinbürgerlicher Spekulationspolitiker und in der Konsequenz zum Anhängsel der beiden kapitalistischen Parteien machen:

„Die kleinen Farmer und Kleinbürger werden es kaum je zu einer starken Partei bringen, sie bestehen aus zu rasch wechselnden Elementen — der Bauer dabei oft noch Wanderbauer, zwei, drei, vier Farmen in verschiedenen Staaten und Territorien nacheinander bebauend — Einwanderung und Bankrott befördern den Personenwechsel bei beiden — die ökonomische Abhängigkeit vom Gläubiger hindert auch die Selbständigkeit —, aber dafür sind sie ein famoses Element für Politiker, die auf ihre Unzufriedenheit spekulieren, um sie nachher an eine der großen Parteien zu verkaufen.“

Die Bedrängung der Farmer durch die Einwanderung ist inzwischen fortgefallen, die Bankrotte haben sich dafür vervielfacht. In jedem Fall unterliegt es keinem Zweifel, daß die werktätigen Farmer in Amerika niemals durch eine selbständige Partei ihre Klasseninteressen gegen das Finanzkapital verfechten können. Sie können die Bourgeoisie und ihre großen Parteien nur unter Führung einer Massenpartei der amerikanischen Arbeiter erfolgreich bekämpfen, die ihrerseits durch eine marxistische Partei geleitet wird.

VII. Die moderne Entwicklung Amerikas

Im dritten Vorwort zum „Kommunistischen Manifest“ von 1883 hatte Engels festgestellt, daß die Stellung Amerikas in der kapitalistischen Welt sich verändert hatte. Marx und Engels sprachen mehrfach in ihren letzten Lebensjahren von der führenden Beteiligung der Vereinigten Staaten im Kampf um den Sturz des englischen Industriemonopols. An einer Stelle seines Briefwechsels spricht Engels direkt von der Möglichkeit eines

amerikanischen Monopols, von der kommenden Vorherrschaft des amerikanischen Kapitalismus über die ganze Welt. Im Briefe an Sorge vom 7. Januar 1888 spricht er von der Gefahr eines europäischen Krieges, der durch Bismarck provoziert zu werden drohte. Es würden „zehn bis fünfzehn Millionen Kombattanten“ kämpfen. „Es würde eine Verwüstung geben wie im dreißigjährigen Krieg“:

„Wenn der Krieg ohne innere Bewegungen bis zuletzt ausgekämpft würde, so träte eine Erschöpfung ein, wie Europa sie seit 200 Jahren nicht durchgemacht hat. Die amerikanische Industrie würde dann auf der ganzen Linie siegen und uns alle vor die Alternative stellen: entweder Rückfall in die reine Agrikultur für den Selbstgebrauch (jeden anderen verbietet das amerikanische Getreide) oder — soziale Umgestaltung.“

Engels sieht also den imperialistischen Weltkrieg und das daraus entstehende Weltmonopol des amerikanischen Imperialismus voraus. Seine Voraussage, daß unter diesen Umständen Europa in die reine Agrikultur zurückfallen würde, hat sich nicht im buchstäblichen Sinne erfüllt. An ihre Stelle ist die spezifisch imperialistische Methode der Ausplünderung und Unterjochung alter europäischer Industriestaaten durch die Anleihen und Investitionen des Dawessystems getreten. Die historische Perspektive, die Engels stellte, bleibt aber unverändert: Das Monopol des amerikanischen Finanzkapitals ist nicht mit dem Monopol des einstigen englischen Industriekapitals zu vergleichen. Es kann sich nicht auf längere Zeit halten; es ist kein Monopol im eigentlichen Sinne. Es muß an der ungleichmäßigen Entwicklung der verschiedenen imperialistischen Mächte, an der Konkurrenz mit dem englischen Finanzkapital, vor allem am Aufstand der werktätigen Massen in Europa und den Kolonien scheitern: es stellt — nach den Worten von Engels — „uns alle vor die Alternative“ der proletarischen Revolution.

Noch deutlicher als die Entwicklung des amerikanischen Imperialismus sah Engels den weiteren Gang der amerikanischen Arbeiterbewegung voraus. Er wußte, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktion unvermeidlich zur Revolutionierung der amerikanischen Arbeiterbewegung führen müsse:

„Was jene klugen Amerikaner betrifft, die glauben, daß ihr Land von den Folgen voll ausgeführter kapitalistischer Produktion ausgenommen sei, so scheinen sie in seliger Unkenntnis der Tatsachen zu leben, daß verschiedene Staaten, Massachusetts, New Jersey, Pennsylvania, Ohio usw., solch eine Einrichtung wie ein Arbeitsbureau haben, aus dessen Berichten sie etwas Gegenteiliges lernen dürften.“ (Brief an Mrs. Wischnewetzky vom 7. Januar 1886.)

Engels sieht die Schwierigkeiten für die Entwicklung einer revolutionären Arbeiterbewegung. Nach dem Rückschlag der K. of L.-Bewegung schreibt er am 24. Oktober 1891 an Sorge:

„Daß es bei euch wieder mal Ebbe in der Bewegung gibt, glaube ich gern. Bei euch geht alles mit großen ups und downs. Aber jeder up gewinnt endgültig Terrain, und so kommt man schließlich doch voran. So hat auch die gewaltige Welle der Knights of Labor- und Streikbewegung von 1866 bis 1888 trotz alles Rückschlags uns im ganzen doch vorangebracht. Es ist doch ein ganz anderes Leben in den Massen als vorher. Das nächste Mal wird noch mehr Terrain gewonnen. Aber bei alledem ist die Lebenshaltung des native American working man bedeutend höher als selbst die des englischen, und das allein genügt, um ihm noch für einige Zeit einen Posten im Hintertreffen anzuweisen. Dazu die Einwanderungskonkurrenz und andere Dinge. Wenn der Zeitpunkt erreicht ist, wird's drüben kolossal rasch und energisch gehen, aber bis dahin kann's noch etwas dauern.“

Eine weitere Schwierigkeit, die Ablenkung der Arbeiter vom Klassenkampf durch die Hoffnung auf Bodenerwerb, ist mit der Aufhebung der freien Ansiedlungsmöglichkeiten im wesentlichen weggefallen. Es ist „ein Geschlecht eingeborener Arbeiter da, das von der Spekulation nichts mehr erwarten darf“:

„Der Boden ist die Basis der Spekulation, und die amerikanische Spekulationswut und -möglichkeit ist der Haupthebel, der die eingeborenen Arbeiter im Banne der Bourgeoisie hält. Erst wenn ein Geschlecht eingeborener Arbeiter da ist, das von der Spekulation nichts mehr erwarten darf, erst dann haben wir festen Boden in Amerika.“
(Brief an Sorge vom 6. Januar 1892.)

Dieser Moment ist längst eingetreten.

Vor allem betonte Engels immer wieder, daß die Revolutionierung der amerikanischen Arbeiterbewegung, die er als unvermeidlich voraussieht, zwar langsam, unter größten Hindernissen, über unaufhörliche „ups“ und „downs“ hinweg beginnen, sich dann aber „kolossal rasch und energisch“ entwickeln würde. Sein Brief an Schlüter vom 30. März 1892 schließt mit dem Satz:

„Fangen die Amerikaner einmal an, dann aber auch mit einer Energie und Virulenz, dagegen wir in Europa Kinder sein werden.“

VIII. Die internationale Rolle der amerikanischen Arbeiterbewegung

In seinem Briefe vom 3. Juni 1886 schreibt Engels an Mrs. Wischnewetzky:

„ . . . Eins ist sicher: Die amerikanische Arbeiterklasse ist unverkennbar in Bewegung. Und nach einigen falschen Vorstößen werden sie früh genug ins rechte Geleise kommen. Dies Auftreten der Amerikaner auf der Bühne betrachte ich als eines der größten Ereignisse des Jahres. Was der Zusammenbruch des russischen Zarismus für die großen Militärmonarchien bedeuten würde — das Knicken ihrer Hauptstütze —, das ist für die Bourgeois der ganzen Welt der Ausbruch des Klassenkampfes in Amerika. Denn Amerika war immerhin das Ideal aller Bourgeois; ein reiches, großes, aufwärtsstrebendes Land mit rein bürgerlichen, von feudalen Überbleibseln und monarchistischen Traditionen unberührten Institutionen und ohne stehendes erbliches Proletariat. Hier konnte jedermann, wenn nicht Kapitalist, so doch unter allen Umständen ein unabhängiger Mann werden, der mit seinen eigenen Mitteln, für seine eigene Rechnung produzierte oder Handel trieb, und da es bis jetzt keine Klassen mit entgegengesetzten Interessen gab, dachte unser — und Ihr — Bourgeois, daß Amerika über Klassengegensätzen und -kämpfen stehe. Diese Illusion ist jetzt zerstört, das letzte Bourgeoisparadies auf Erden verwandelt sich schleunig in ein Fegefeuer und daß es eine Hölle gleich Europa werde, kann nur durch die sturmschrittartige Entwicklung des kaum flügge gewordenen amerikanischen Proletariats verhindert werden.“

Diese Analyse der internationalen Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes in Amerika bleibt noch heute, stärker und lebendiger denn je, in Kraft. Es existiert heute bereits ein „stehendes erbliches Proletariat“ in Amerika. Die Illusion des Bourgeoisparadieses ist bereits zerstört. Der Ausbruch des Klassenkampfes in Amerika, seine Führung durch eine revolutionäre Massenpartei, an deren Spitze die amerikanischen Kommunisten sich stellen, das Einsetzen revolutionärer Massenkämpfe in Amerika würde in der Tat das „Knicken der Hauptstütze“ des Imperialismus der ganzen Welt bedeuten.

PIERRE SEMARD: DER MAROKKOKRIEG

Der berüchtigte marokkanische Brandherd, wo sich im Jahre 1907 die ersten Flammen der Feuersbrunst entzündeten, die vier Jahre hindurch die Welt verheerten, ist wieder einmal zum Kriegstheater geworden.

Nach den spanischen sind es jetzt die französischen Imperialisten, die mittels Kanonen und Gewehren den Rifvölkern die Zivilisation bringen.

Der Linksblock, der der Welt den Frieden versprochen hat, führt jetzt in Marokko Krieg. Die famosen Londoner Vereinbarungen und der Genfer Vertrag waren „symbolische Friedensgesten“, die nur dazu dienten, die Öffentlichkeit zu täuschen, während man die Ruhrbesetzung aufrecht erhielt und den Krieg gegen die Rifkabylen vorbereitete.

Der Linksblock folgte getreu den Spuren des Nationalen Blocks. Seine beiden Regierungen sind gleichermaßen verantwortlich für die Dinge, die sich zur Zeit abspielen. Die Herriotregierung hat den Angriff gegen den Rif in voller Übereinstimmung mit Lyautey vorbereitet. Die Regierung Painlevé hat den Konflikt vom Zaun gebrochen.

Herriot wie auch Painlevé fahren natürlich, auch im Kriege noch, fort, ihre Friedensliebe und den Pazifismus Frankreichs zu beteuern. Was den erstgenannten nicht hindert, für seine Regierung den Ruhm in Anspruch zu nehmen — dank rechtzeitiger Unterrichtung durch den Marschall Lyautey —, die Rifoffensive vorausgesehen und die notwendigen Maßnahmen getroffen zu haben. Während Painlevé betont, daß er nur die Politik seines Vorgängers fortgesetzt habe, und daß die gegenwärtigen Ereignisse sich aus den Maßnahmen ergeben hätten, die von Herriot getroffen wurden.

„Ein Verteidigungskrieg“, so sagen die Auguren des Linksblocks.

Nein! Ein raffiniert vorbereiteter Angriffskrieg!

Seit einem Jahr ist der Rif blockiert. Nach dem Eingeständnis der Rechts- wie auch der Linkspresse gibt es zwischen Marokko und dem Rif keine Grenze: „Die Grenze besteht nur auf dem Papier“, erklärt die demokratische „Europe Nouvelle“, „hypothetische Grenze“, schreibt der „Matin“, „keinerlei Grenze im ökonomischen und internationalen Sinn des Wortes“, bestätigt der reaktionäre „Eclair“. Seit sechs Monaten aber hat man die ganze, dieser „hypothetischen“ Grenze benachbarte Zone mit Blockhäusern bedeckt, gegenüber jedem aufsässigen Stamm. Die Stämme dieser neutralen Zone, in der sich das reiche Ourgha-Tal befindet, sind dem französischen Protektorat mehr oder weniger unterworfen worden, indem man ihre Häuptlinge mit Gold oder Ehrenbezeugungen kaufte. Man hat sie dann bewaffnet, um sie zu gelegener Zeit für den Kampf gegen Abd-el-Krim zu benützen.

Lyautey hat die ihm von Abd-el-Krim zu wiederholten Malen angebotenen Verhandlungen verächtlich zurückgewiesen.

Die von ihm in der Ourgha-Ebene errichteten Blockhäuser, in denen

sich die Rifkabylen ihre Lebensmittel holen mußten, wenn sie nicht verhungern wollten, stellten die Ergänzung der pazifistischen Diplomatie dar, deren man sich in Marokko bedient.

Lyautey hat sich über die ihm angebotenen Verhandlungen einfach lustig gemacht. Er bereitete den Hinterhalt von Ourgha vor, indem er die Rifleute hereinließ, in der Absicht, sie hinterher anzugreifen. Offenbar ist ihm aber nicht alles nach Wunsch gegangen; Abd-el-Krim hat die Gefahr rechtzeitig gemerkt, und er hat die Stämme aufzuwiegeln verstanden, die Lyautey gegen ihn selbst bewaffnet hatte. Diese, wie beispielsweise die Beni-zeronal, stehen heute auf seiner Seite und bedienen sich der ihnen von Lyautey gelieferten Gewehre und Maschinengewehre gegen die französischen Soldaten. Der 22 Tage umzingelt gewesene Chef des Postens von Aoulay versucht diese Tatsache mit dem seitens des Feindes ausgeübten wilden Terror zu erklären: „Die Stämme“, sagt er, „ziehen die Franzosen den wilden Rifkabylen vor“. Etwas weiter muß er jedoch zugeben, daß sie an der Belagerung seines Postens teilgenommen haben, und daß die von den Rifleuten geführten Angriffe so heftig waren, daß ihm von seinen 34 Leuten nur 16 verblieben, die fast alle mehr oder weniger schwer verwundet waren.

Dieser Krieg ist also, nach dem Eingeständnis der Militärs selbst, ein mörderischer, und man weiß, daß er langwierig sein wird. Er kann möglicherweise viele Jahre dauern, schreibt der stets gut unterrichtete „Matin“.

Die Regierungen lügen also; sie reden von leichten Verlusten und von einer schnellen Lösung des Konfliktes, während sie vom Gegenteil überzeugt sind. Ihre Erklärungen stehen im absoluten Widerspruch zu denen der militärischen Führer in Marokko. Man täuscht die Öffentlichkeit, um sie geneigt zu machen, sich mit dieser neuen Schlächtereier abzufinden, die einzig und allein den Finanz- und Industriehyänen zum Vorteil gereichen soll, denen es nach den Rifminen gelüftet, und die darum die Regierung vorwärts stoßen.

Die Banque de Paris et des Pays Bas, die Banque de l'Union Parisienne und der Crédit Foncier d'Algerie, die sich schon die Reichtümer des französischen Marokko geteilt haben, träumen davon, sich auch die des Rif einzuverleiben, und die von ihnen bezahlten Blätter fordern die völlige Niederwerfung Abd-el-Krims durch den Krieg bis zum Ende oder durch eine erbarmungslos durchgeführte Blockade.

Die Regierung Painlevé-Briand-Caillaux, ein ebenso gefügiges Werkzeug in den Händen der Hochfinanz wie die Regierung Herriots, führt ihren Krieg, indem sie sich des schon im Frieden so erfolgreich angewandten Doppelspiels bedient: In der Öffentlichkeit beteuert sie ihre Bereitschaft, mit Abd-el-Krim zu verhandeln, während sie in der Dunkelheit der Kanzleien die Verschärfung des Krieges organisiert. In dieser Absicht hat sie ihren Emissär Malvy zu Verhandlungen mit dem spanischen Diktator Primo de Riveira geschickt. Der Schritt wurde unternommen mit dem Ziel, ein Abkommen über die Verschärfung des Kampfes gegen den gemeinsamen Feind zustande zu bringen.

Wird das von England (das Frankreich um keinen Preis den Besitz eines eigenen Gibraltar an der Küste des eroberten Rif gönnt), beratene Spanien auf den vorgeschlagenen Handel eingehen? Es ist dies wenig wahrscheinlich,

da Frankreich Spaniens Konkurrent in Marokko ist, und dieses geneigter ist, den Ratschlägen Englands zu folgen, auf dessen Hilfe es angewiesen ist.

Hier erheben sich also internationale Komplikationen zwischen Frankreich und England, die noch erschwert werden durch die imperialistischen Absichten Italiens auf Tunis.

Der Weltkrieg droht, der marokkanische Brandherd kann ihn erneut plötzlich entzünden. Was tun in dieser Situation die Sozialisten? Die „Führer“ der beiden Regierungen des Kartells? Dank ihrer offiziösen Teilnahme durch die von ihnen praktizierte Unterstützungspolitik müssen sie auf dem Laufenden sein. Sie haben den Krieg vorbereitet — mit Herriot, sie führen ihn — mit Painlevé.

Um ihre schwere Verantwortung zu verhüllen, hat kürzlich Pierre Bertrand vom „Quotidien“ im Namen der sozialistischen Partei in seinem Blatt in Riesenlettern die Forderung nach „der ganzen Wahrheit über Marokko“ erhoben. Wobei er so tat, als wüßten sie nicht, was sich zur Zeit in Marokko abspielt.

Painlevé hat auf dieses politische Manöver mit der trockenen Antwort quittiert, daß er „nur die Politik seines Vorgängers fortsetze, und daß man sich an diesen wenden müsse, wenn man die ganze Wahrheit kennen wolle“. Er gab ihnen zu verstehen, daß sie besser täten, sich nicht allzusehr auf ihr kleines Manöver gegen sein Kabinett zu versteifen, da es leicht auf sie zurückfallen könnte.

Und die Sozialisten gaben klein bei. Renaudel, der mit großem Lärm eine Interpellation über Marokko angekündigt hatte, verlangte deren Vertagung. Der Scheinwiderstand der Sozialisten, der die Arbeiter irreführen sollte, brach zusammen.

Die sozialistische Parlamentsgruppe verständigte sich in der Folge mit den anderen Gruppen des Kartells, um die Vertagung der Interpellation über Marokko um acht Tage zu verlangen, wobei sie sich darauf beschränkte, die Erklärung abzugeben, daß es die Absicht der Sozialisten sei, die militärischen Operationen in Marokko allen Eroberungsabsichten zu entziehen, sowie die Regierung zu der Erklärung zu zwingen, daß eine Annektion des Rif nicht beabsichtigt sei und daß sie nichts unversucht lassen werde, den Konflikt schnellstens zu beenden.

In diesen leeren Phrasen steht kein Wort von einem sofortigen und bedingungslosen Frieden und der Räumung Marokkos, obwohl jeder Sozialist, der diesen Namen verdienen will, diese Maßnahmen unbedingt fordern muß. Die sozialistischen Führer haben ihren vielen Verrätereien eine neue hinzugefügt.

Die Übereinstimmung mit den das Kartell bildenden Parteien war so vollständig, daß sogar der Beschluß gefaßt wurde, eine gemeinsame Vertrauensgesprächsordnung auszuarbeiten, und sie im Namen des Kartells im Parlament zu vertreten.

So zeigten sich die sozialistischen Führer — ohne die Bekanntgabe der ganzen Wahrheit abzuwarten — bereit, ihr Vertrauen dem Triumvirat Painlevé—Briand—Caillaux zu erhalten, selbst bevor dieses seine Erklärung abgegeben hatte.

Gleichzeitig unternahm die reformistische CGT durch die Feder ihres Sekretärs Jouhau die Verteidigung der Regierung, „die“, so erklärte Jou-

haut, „sich in einer Situation befindet, deren Gefahren von niemand übersehen werden könnten“. Jouhaux sprach ihr sein sofortiges Vertrauen aus, indem er schrieb, „daß die Regierung nicht zu den Doppelpraktiken zurückkehren werde, unter denen vor und seit dem Kriege das Land gelitten habe“. Er verteidigte sie gegen die reaktionäre Presse, „die fortfahre, die Legende von einem militärischen, abenteuer- und eroberungslüsternten Frankreich zu verbreiten“, wie auch gegen die demagogischen Extremisten, die allenthalben nur Unruhe stiften und unter dem Deckmantel der Internationalität den allereingsten Nationalismus praktizieren.

Jouhaux und seine Freunde, die sozialistischen Führer, forderten von der Regierung die Erklärung, daß „sie keinerlei Abenteuer und Eroberungen wolle, und zwar sollte sie diese Erklärung in einer Form geben, die jeden Verdacht von Hintergedanken ausschließe.“

Die Führer der Sozialisten und die reformistischen Syndikalisten, die sich 1914 als Patrioten und Durchhalter gezeigt haben, die das Vaterland für bedroht erklärten, und den Burgfrieden mit der Bourgeoisie schlossen, finden sich 1925 erneut im Verrate des Proletariates.

Sie bedienen sich der gleichen demokratischen und chauvinistischen Argumente, und sie lügen wie 1914, um die Arbeiter zu täuschen und für den Marokkokrieg einzufangen, diesem Herd eines neuen Weltkrieges.

Sie erklären, der Regierung ihr Vertrauen zu geben, um mit ihr für den Frieden zu arbeiten. Aber für welchen Frieden?

Alle Blätter des Linksblocks sprechen von der Notwendigkeit, „unsere“ Grenze gegen die Einfälle der Rifkabylen zu schützen, und daß man Abd-el-Krim den Frieden anbieten solle, sobald „unser“ Gebiet frei sei.

Nach Renaudel erklärte sich Jouhaux gegen die Ausdehnung der militärischen Operationen auf die alte spanische Zone, er zeigt sich somit einverstanden mit der Weiterführung des Krieges innerhalb der Zone und so weit die Rifkabylen nicht von der famosen, „nur auf dem Papier bestehenden Grenze“ zurückgeworfen seien. Es ist dies die Formel des bedrohten Vaterlandes, das verteidigt werden müsse, die von den Sozialisten unterstützt wird.

Die vom Kartell ausgearbeitete, noch nicht bekannt gewordene Tagesordnung wird unter anderem den Friedenswillen und die Friedensliebe Frankreichs bestätigen und gleichzeitig den Vorschlag enthalten, mit Abd-el-Krim zu verhandeln, unter der Bedingung, daß dieser die bis auf den heutigen Tag rein hypothetisch gebliebene Grenzlinie als endgültig anerkennt.

Man weiß im voraus, daß Abd-el-Krim es ablehnen wird, sich in den unwirtlichen Bergen isolieren und von den fruchtbaren Tälern abschneiden zu lassen, ohne die seine Landsleute nicht leben können.

Die Militärs und die Regierungen werden also sagen, daß Abd-el-Krim die Verhandlungen ablehnt, und das wird für sie der Vorwand sein, den Krieg mittels Waffen oder Blockade fortzusetzen.

Die Reaktionäre des Nationalen Blocks, die Demokraten des Linksblocks sind sich im übrigen darin einig, daß der Krieg langwierig sein werde und daß er bis zum bitteren Ende geführt werden müsse, da man Abd-el-Krim unmöglich den Vorteil der fruchtbaren Täler lassen könne.

Ebensowenig will man, daß Abd-el-Krim, der immer mehr als Vorkämpfer des Islams gegen die christlichen Räuber erscheint, auch nur den Schein

eines Erfolges für sich buchen kann, da dessen Auswirkungen so große wären, daß davon unser Mohammedanisches Reich bedroht würde.

Die Rechts- wie die Linkspresse ist sich darin einig, daß die Zurückwerfung der Rifkabylen auf die andere Seite der „hypothetischen“ Grenze keineswegs das Ende des Krieges bedeuten würde.

Die Reaktionäre, die Demokraten und Sozialdemokraten wissen natürlich, daß das einzige Mittel, mit Abd-el-Krim fertig zu werden, die Entsendung einer ungeheuren Armee wäre, mit deren Hilfe man die Rifkabylen ins Meer werfen könnte, mit anderen Worten: einen Krieg zu beginnen, der dem Lande Milliarden an Geld und tausende Opfer kosten würde. Die Reaktionäre sprechen das offen aus und fordern diesen Krieg. Die Demokraten und Sozialdemokraten denken dasselbe, fürchten aber die inneren Schwierigkeiten und internationalen Komplikationen.

Sie weichen nicht zurück, aber sie versuchen, schlau zu sein. Sie haben den Frieden versprochen, und möchten nicht in den Augen der Öffentlichkeit als Kriegsmacher erscheinen. Sie haben ein besseres Leben versprochen, und möchten sich von der Anklage drücken, die Teuerung und höheren Steuern gebracht zu haben. Sie halten es für geschickter, einen Ermattungskrieg mittels einer verstärkten Blockade zu führen.

Wie lange wird es ihnen gelingen, die breiten, arbeitenden Massen irrezuführen?

Sie haben in ihrem Spiel einen ernsten Trumpf: Die Sozialisten und reformistischen Syndikalisten, die den Krieg akzeptieren.

Indessen zeigen sich in den Reihen der Reformisten und Syndikalisten bereits ernste Proteste. Die vereinigten Provinzialverbände von Haute Garonne, Rhone, Gironde und Meurthe et Moselle enthüllen die verbrecherischen Pläne der Kapitalisten in diesem neuen Massenmord und fordern die Organisierung einer Opposition gegen den Marokkokrieg in den breiten Volksmassen.

Die von der KP und CGTU den Spitzen- und den unteren Organisationen der SP und CGT gemachten Vorschläge einer Einheitsfront gegen den Krieg sind zwar ohne Antwort seitens der Spitzen geblieben, jedoch haben die unteren reformistischen Organisationen geantwortet, und der Kampf der parteilosen reformistischen Arbeiter zusammen mit den revolutionären Arbeitern wird an Umfang und Kraft gewinnen.

Die von der KP und CGTU geführte Agitation für die Losung: „Verbrüderung der französischen und der Rifsoldaten“, „sofortiger und bedingungsloser Friedensschluß mit Abd-el-Krim und Räumung Marokkos“ beginnt trotz der Infizierung der Volksmeinung mit dem pazifistisch-kriegेरischen Gift durch den Linksblock ihre Früchte zu tragen.

Die Strömung gegen den Krieg wird bald an Kraft zunehmen. Das Proletariat der Städte und Dörfer wird den Frieden in Marokko erzwingen: es wird die französischen Imperialisten zwingen, ihre eigenen demokratischen „Phrasen“ zu respektieren, das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anwendung zu bringen, nach dem Marokko den Marokkanern gehört.

Das französische Proletariat wird, seinen revolutionären Traditionen getreu, seinen Friedenswillen den blutdürstigen Politikastern und für das Marokkomassaker verantwortlichen Charlatanen des Linksblocks aufzwingen.

M. ROY:

DIE KLASSENDIFFERENZIERUNG IN DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG INDIENS*

„Die Partei der Kadetten ist eine ephemere Partei ohne Leben. Im gleichen Moment, wo die Kadetten glänzende Wahlsiege erringen, wo ihnen vermutlich noch glänzendere „parlamentarische“ Siege in der Duma bevorstehen, mag diese Behauptung paradox erscheinen . . . Die Kadetten sind keine Partei, sie sind ein Symptom. Sie sind keine politische Kraft, sondern nur ein Schaum, der bei dem Zusammenprallen sich mehr oder weniger das Gleichgewicht haltender, miteinander ringender Kräfte entsteht. Sie vereinigen in sich die geschwätzige, aufgeblasene, selbstzufriedene, beschränkte und feige bürgerliche Intelligenz“.
(Lenin, Gesammelte Werke, Bd. VII, Seite 101.)

Lenin schrieb diese Worte nach der Revolution von 1905, als die Kadetten ihre wachsende Kraft entfalteten. Die Geschichte hat die prophetische Bedeutung dieser Worte völlig erwiesen. Wenn wir die Geschichte der indischen revolutionären Kämpfe studieren, zeigt es sich, daß wir eine ganz und gar passende Analogie zwischen der Partei der Swaradjisten und den Kadetten in dem von Lenin gekennzeichneten Sinne durchführen können. Und in der Tat, die politische Physiognomie und die soziale Zusammensetzung der Partei der Swaradjisten, die in den letzten anderthalb Jahren die politische Arena Indiens beherrschte, können mit genau denselben Äußerungen umrissen werden, wie sie Lenin in seiner Analyse der Rolle der Kadetten in Rußland gebrauchte. In diesem selben Artikel verglich Lenin die Kadetten mit Würmern, die sich in dem sich zersetzenden Leichname der Revolution von 1905 einnisteten und sich am Leichenschmause mästeten. Diese recht unsanfte Charakteristik trifft auch vollkommen auf die Partei der Swaradjisten — die indischen Kadetten — zu. Ein Überblick über Entstehung und politische Entwicklung der Swaradjistenpartei rechtfertigt durchaus diese politische Analogie. Dieser historische Rückblick hat im gegebenen Momente um so größere Bedeutung, als die politische Bewegung Indiens das Ende der Periode erreicht hat, die von der kleinbürgerlichen Ideologie beherrscht, und die darum — trotz des revolutionären Charakters der vorhandenen Massenbewegung — durch eine schwankende Taktik gekennzeichnet war. Die Lehren, die die Irrtümer der Vergangenheit gegeben haben, werden großen Nutzen in den nächsten Stadien der Entwicklung bringen, wenn die Bewegung ihr Fundament durch andere gesellschaftliche Klassen erhält, ein Umstand, der mit zwingender Notwendigkeit zur Entstehung einer neuen Ideologie und neuer Organisationsformen führen muß.

* Der Artikel, der sich zur Hauptsache mit der Rolle der Swaradjistenpartei in der indischen Bewegung beschäftigt, ist bereits vor dem kürzlich gemeldeten Tode des Führers dieser Partei, S. R. Das, in russischer Sprache veröffentlicht worden.

Lenin sagte, daß die Kadettenpartei aus dem Leichnam der Revolution von 1905 entstanden sei. Ganz ebenso entstand die Swaradjistenpartei auf den Ruinen der gewaltigen Bewegung, die nur nicht eine so deutliche revolutionäre Höhe erreichte wie die russische Revolution von 1905, die aber zweifellos doch Indien einer revolutionären Krisis nahebrachte. Der „Mißerfolg des „passiven Widerstandes“, der als Massenbewegung gewöhnlich unter der Bezeichnung der „Nicht-Mitarbeit“ oder als „gandhistische“ Bewegung bekannt ist, führte zur Kristallisation einer bestimmten politischen Strömung, die ihren Ausdruck in der Swaradjistenpartei fand. Diese Strömung hatte die Liquidation des revolutionären Charakters des Befreiungskampfes und die Umleitung der nationalen Bewegung in den Schoß bürgerlicher reformistischer Politik zum Ziele.

Man muß sich vergegenwärtigen, daß die von Gandhi geführte Bewegung ihre Niederlage nicht als Resultat des Zusammenstoßes mit äußeren Kräften erlitt. Sie zeigte sich bedeutend stärker als die Tatsachen, die ihr entgegen traten, und es war unmöglich, sie durch irgendwelche Repressalien zu ersticken. Zugrunde ging sie unter der Last ihrer inneren Widersprüche, als Resultat ihrer ungleichartigen sozialen Zusammensetzung und der Schwäche ihrer Führer. 1921 und 1922 gewann die nationalistische Bewegung eine solche Stärke, daß die Regierung von panischem Schrecken ergriffen wurde. Zum erstenmal in der ganzen Geschichte der nationalen Bewegung waren in sie die Volksmassen hineingezogen. Die Regierung war durch den drohenden Charakter der Bewegung derartig demoralisiert, daß sie bereit war, der indischen Bourgeoisie große Zugeständnisse zu machen, wenn deren Mut nur hingereicht hätte, irgendwie weiter zu gehen. Dies konnte aber nicht geschehen, ohne daß die potentiellen revolutionären Möglichkeiten der Bewegung freigemacht worden wären. Die bürgerlichen Führer, die an der Spitze der damaligen Bewegung standen, waren jedoch hierzu nicht bereit. Der britische Imperialismus in Indien entging dem drohenden Bankrott oder zum mindesten einer ernsthaften Schwächung seiner Position nicht durch eine Niederlage der Kräfte der Nationalisten, sondern infolge der Feigheit des Kleinbürgertums und des Verrats der bürgerlichen Intelligenz.

Die Bewegung des passiven Widerstandes entstand als organisierter Protest gegen den Reformakt von 1919. Sie riß alle gesellschaftlichen Schichten mit, mit Ausnahme derjenigen, die unmittelbare Vorteile aus den ihnen eingeräumten politischen Rechten und administrativen Zugeständnissen zogen. Aber diese Rechte und Zugeständnisse waren derart beschränkt, daß sie nur die überaus dünne Schicht der oberen Klassen berührten — die Gutsbesitzer, die Schwerkapitalisten und die obere Intelligenz. Ziel der britischen Regierung bei der Durchführung dieser Reformen war, die Reihen der Nationalisten zu zerschlagen, die Großbourgeoisie von dem Hauptstrom der revolutionären Bewegung zu trennen, deren verhängnisvolle Symptome schon in den letzten Tagen des Weltkrieges sich bemerkbar gemacht hatten. Mit Hilfe der Reformen gelang es, die Unterstützung der oberen Klassen zu gewinnen, aber ihre Unzulänglichkeit hinsichtlich der Befriedigung der vom Kleinbürgertum gestellten Forderungen vergrößerte dessen Unzufriedenheit und trieb es zu den Massen, die infolge der Teuerung und der tiefgreifenden Formen der wirtschaftlichen Ausbeutung in die stärkste Gärung geraten waren. Diese beiden gesellschaftlichen Klassen umfaßten die Mehrheit der

gesamten Bevölkerung. Die Bewegung gewann daher unter ihrer Teilnahme eine kolossale Stärke. Dies zeigte sich auch anfänglich. Doch die kulturelle Rückständigkeit und das völlige Fehlen einer politischen Erziehung der Massen brachten diese unter die Führung des Kleinbürgertums. Infolgedessen verwandelte sich die Bewegung, in deren Wesen die Teilnahme des gesamten Volkes lag und die in ihren ersten Stadien durch eine kolossale Erregung in der Arbeiterklasse unterstützt war, in ein politisches Werkzeug des Kleinbürgertums.

Die kleinbürgerliche Opposition gegenüber der ungenügenden Ausdehnung der Reformen nahm die Gestalt eines Boykotts dieser Reformen an. Die Zugeständnisse der Regierung waren zu gering, um einen Einfluß auf die wirtschaftlichen Bedingungen auszuüben und die politische Rechtlosigkeit der mittleren Klassen abzuschwächen. Darum trugen die letzteren sich mit der Absicht, auf die Teilnahme an dem reorganisierten Staatsapparate zu verzichten. Auf einer solchen Grundlage hörte die Bewegung des passiven Widerstandes auf, die Tendenzen der revolutionären Kräfte auszudrücken, die ihr Hauptfundament gebildet hatten. Die Unzufriedenheit, die breite Massen ergriffen hatte, die dem murrenden Kleinbürgertum Mut einflößte und ihm die Möglichkeit gab, sich zum Widerstand gegen die imperialistische Autokratie zu entschließen, konnte deshalb keine revolutionären Formen annehmen, weil die aus der Mitte der kleinbürgerlichen Intelligenz stammenden Führer es nicht vermochten, ihr einen aktiveren politischen Charakter zu geben. Im Verlauf der Jahre 1920 und 1921 wurde das ganze Land zur Arena mächtiger Streikbewegungen auf der einen Seite und agrarischer Wirren auf der andern. Mit dem Wachstum der revolutionären Kräfte jedoch wurden die Führer immer mehr zu ihren Widersachern. Dieser Gegensatz zwischen Führern und Bewegung führte zum Bankrott der Bewegung.

Als Resultat dieses Bankrotts entstand die Swaradjistenpartei. Die unzufriedenen unteren Schichten der Mittelklassen waren in den Strom der revolutionären Bewegung geraten, ohne in der Lage zu sein, sich gehörige Rechenschaft über den Ernst ihrer eigenen Schritte zu geben. Aber die oberen Schichten der Mittelklassen, bewußter und von den Vorstellungen des bürgerlichen Idealismus durchdrungen, erkannten von vornherein die revolutionären Möglichkeiten der auf der scharfen Unzufriedenheit der Massen beruhenden Bewegung. Sie wußten, daß ein Bauernaufstand, der durchaus unvermeidlich war, möglicherweise nicht nur den Interessen des britischen Imperialismus verderblich sein würde, sondern auch den einheimischen Gutsbesitzern. Ebenso wußten sie, daß die aufständischen Industriearbeiter von der nationalen Freiheitsbewegung nicht ergriffen werden könnten, ohne die ökonomischen Interessen ihrer Klasse zu erkennen. In diesem Falle würde sich die Bewegung ebenso wie gegen den britischen Imperialismus auch gegen den indischen Kapitalismus gerichtet haben. Diese beiden Perspektiven, d. h. der agrarische Aufstand gegen den einheimischen Feudalismus und Streikbewegungen gegen den Kapitalismus, waren den Führern der Bewegung des passiven Widerstandes sehr unerwünscht, da sie bewußt die Interessen der indischen Bourgeoisie vertraten.

Die die Herzen der Imperialisten mit Furcht und Schrecken erfüllende Massenbewegung wurde sabotiert, verleugnet und schließlich von dem

furchtsamen Kleinbürgertum verraten, das in dem Maße, wie es sich von den Massen entfernte, unter den politischen Einfluß der Bourgeoisie geriet. Nachdem das Kleinbürgertum seinen politischen Selbstmord vollzogen hatte, war für die Vertreter der Bourgeoisie der Weg zur Liquidierung aller revolutionären Tendenzen in der nationalistischen Bewegung geebnet. Die Swaradjistenpartei sammelte unter ihrer Fahne die führenden Elemente der Bourgeoisie, die in logischem Zusammenhang ihre Gegnerschaft gegen einen revolutionären Charakter der nationalistischen Bewegung auszudrücken vermochten. Diese Leute begannen mit der Kritik des Programms des passiven Widerstandes und betonten seine „Undurchführbarkeit“. Sie zeigten, daß die Bewegung des passiven Widerstandes infolge der praktischen Unanwendbarkeit ihres Programms zugrunde gegangen sei, und folgerten, daß nun ein neues Programm „praktischer Politik“ geschaffen werden müsse. Aber es war durchaus nicht die programmatische Schwäche, die die Bewegung zum Mißerfolg führen mußte. Im Gegenteil, die Niederlage entstand aus der Weigerung der Führer, dieses Programm durchzuführen, wenn auch eine ganze Anzahl dieser Führer selbst in der Folge tiefsinnige Betrachtungen über die Undurchführbarkeit des revolutionären Programms des passiven Widerstandes anstellte, um ihre Wandlung zum Reformismus auf diesem Wege zu rechtfertigen.

Das Programm des passiven Widerstandes war durchaus realistisch und hätte mit einer kolossalen Schädigung des britischen Imperialismus durchgeführt werden können, wenn eben nicht die Führer ihre Sabotage getrieben hätten. Es war um so realistischer, d. h. es entsprach um so mehr den objektiven Verhältnissen, in denen sich das Land zu dieser Zeit befand, als die Propaganda für dieses Programm trotz ihrer Halbheit und Unentschlossenheit die Massen zu revolutionärem Sieden gebracht hatte. Aber gleichzeitig begann S. R. Das (der Führer der Swaradjistenpartei)* eine Kampagne für Ablehnung des alten zugunsten des neuen Programms und warf den Führern des passiven Widerstandes vor, daß sie „die Bewegung geschädigt und zerschlagen hätten, als die mächtigste aller Regierungen bereits auf die Knie gezwungen worden war“. So lagen die Dinge 1921, als das Exekutivkomitee des Indischen Nationalkongresses, an dem fast alle heutigen Führer der Swaradjistenpartei teilnahmen, alle Formen des Massenwiderstandes ablehnte und den Befehl zum allgemeinen Rückzug erteilte (S. R. Das saß damals im Gefängnis). Es stimmt durchaus, daß die Führer der Gandhisten selbst in Schrecken gerieten vor den Kräften, die sie gerufen hatten, und das Signal zum Rückzug gaben, obwohl die ganzen Umstände eine energische, aggressive Wirksamkeit begünstigten. Aber es ist einfach eine Verwirrung, das Programm für die Niederlage verantwortlich zu machen, da die Führer dieses Programm bewußt sabotiert haben. Das absolute Fiasko des passiven Widerstandes hat die Voraussetzungen neuer Formen des Kampfes mit neuer Ideologie und unter neuer Führung geschaffen. Was jedoch damals einzig und allein erforderlich war, das war eine entschlossener aggressive Taktik, die es ermöglicht hätte, die Positionen zurückzuerobern, die durch die dauernden Fehler verloren wurden; durchaus nicht erforderlich war da-

* Nach Zeitungsmeldungen ist Das in der ersten Hälfte des Juni gestorben. (Der Übersetzer.)

gegen den Rückzug auf die Seite des Reformismus, der durch die Swarajistenpartei gepredigt worden ist.

Das Programm des passiven Widerstandes brachte für die Verwalter des Landes äußerst unzutragliche Verhältnisse infolge der Ablehnung jeglicher Unterstützung von seiten des Volkes mit sich. Keine ausländische Regierung kann in einem Lande existieren, wenn sie nicht mit der freiwilligen oder auch erzwungenen Unterstützung von seiten eines bedeutenden Teils der einheimischen Bevölkerung zu rechnen vermag. Wenn dem so ist, dann ist es ganz natürlich, daß die Ablehnung jeder Unterstützung die Existenz der ausländischen Verwaltung unmöglich macht. Die grundlegenden Punkte des Programms des passiven Widerstandes waren: 1. Boykott des neuen parlamentarischen Budgets, das gemäß dem Reformgesetz von 1919 aufgestellt war; 2. Boykott des Gerichtswesens; 3. Boykott der staatlichen Schulen und 4. Boykott der aus England eingeführten Waren. Diese ganzen Boykottmaßnahmen waren vorbereitende Schritte für den wichtigsten Programmpunkt — für die Einstellung der Steuerzahlungen und für die organisierte Weigerung der Massen, die bestehenden Gesetze zu erfüllen. Das Programm war durchaus realistisch. Zur gleichen Zeit war es auch ein sehr revolutionäres Programm. Sein Ziel war, der Unzufriedenheit der Massen einen politischen Ausdruck zu geben. Ein besseres Mittel für die Zerstörung der politischen und ökonomischen Struktur des Imperialismus konnte es nicht geben.

Von Anfang an waren die bürgerlichen Führer bemüht, alle Schritte zu vermeiden, die zu einer solchen Krisis führen konnten. Doch nahm die nationalistische Bewegung der Nachkriegsperiode Massencharakter an, und es war deshalb unmöglich, aus dem Programm ständig solche Punkte zu streichen, die wesentliche Forderungen der Massen verkörperten. Wenn auch nichts Bestimmtes darüber gesagt war, wann und wie die Kampagne der Steuerverweigerung beginnen müsse, so besaß doch die Losung der Nichtbezahlung der Steuern genügende Anziehungskraft für die durch die verschiedenen Steuern und Abgaben unmäßig belastete Bauernschaft. Die armen und ausgebeuteten Massen der Landbevölkerung fingen diese revolutionäre Losung auf, und die nationalistische Bewegung geriet so in die gefährliche Nähe einer ernststen revolutionären Explosion.

Deshalb rückte die kleinbürgerliche Intelligenz von dem alten Programm ab und beeilte sich, ein neues Programm aufzustellen, dessen grundlegender Punkt die parlamentarische Obstruktion war. Der Plan bestand darin, eine ganze Reihe von Forderungen vorzubringen, sobald erst die Nationalisten die Mehrheit in den parlamentarischen Institutionen besäßen. Wenn dann die Regierung sich weigern würde, diesen Forderungen zu genügen, dann sollte die volle parlamentarische Obstruktion beginnen, um die Exekutivgewalt im Lande in eine ausweglose Situation zu bringen. Von außen hatte dieses Programm ein sehr radikales Gesicht. Es schuf neue Illusionen für die kleinbürgerliche Intelligenz, die sich in der anhaltenden Periode der Untätigkeit, die durch das Fehlschlagen der Bewegung des passiven Widerstandes hervorgerufen wurde, gelangweilt fühlte. Für sie war die Wahlbeteiligung und der Einzug in die gesetzgebenden Institutionen nicht der Endzweck. Sie sah eine neue Periode aktiven Kampfes vor sich, wenn die Regierung die allnationalen Forderungen ablehnen würde. Die faktische

Entwicklung des Kampfes mußte zweifellos eben von dem Charakter dieser allnationalen Forderungen abhängig sein. Damit erhob sich die Frage, ob diese Forderungen einen solchen Charakter haben müßten, daß auf eine unvermeidliche Ablehnung durch die Regierung zu rechnen wäre, oder ob sie so formuliert sein müßten, daß es möglich bliebe, irgendeinen *modus vivendi* zu finden. Die Führer der Partei vermieden bewußt jede bestimmte Antwort auf diese Frage. Die allnationalen Forderungen behielten die Natur radikaler, aber verschwommener Phrasen.

Das parlamentarische Feuerwerk erreichte jedoch nicht die versprochene Herrlichkeit. Infolge der äußerst engen Grenzen des Wahlrechtes konnte der Enthusiasmus der kleinbürgerlichen Intelligenz in den Wahlergebnissen keinen genügenden Ausdruck finden. Der das Wahlrecht genießende Teil der Bevölkerung gehörte zur Klasse der Gutsbesitzer, der Kapitalisten sowie den reichen Schichten der Bauernschaft und der oberen Intelligenz, die ihrerseits unter dem Einfluß der Gutsbesitzer und Kapitalisten standen. Im vollen Verständnis dieser Lage gaben die Führer der Swaradjisten in ihrem Programm zu verstehen, daß die Partei hauptsächlich für die Interessen der Grundbesitzer und der Kapitalisten einträte. Aber die Notwendigkeit, die kleinbürgerliche Intelligenz auf ihre Seite zu ziehen, erschwerte ihnen eine genügend klare Formulierung dieses Punktes. Die Swaradjistenpartei errang bei den Wahlen nur einen teilweisen Sieg. In einer Provinz errangen sie die absolute Mehrheit, während sie sowohl in der zentralen gesetzgebenden Versammlung wie auch in einer ganzen Reihe großer Provinzen eine recht ansehnliche Minderheit auf sich vereinigen konnten. Aber im großen und ganzen zeigten sie sich nicht imstande, der Regierung ihre Bedingungen zu diktieren. Dieser Teilsieg wurde von den Führern der Swaradjisten mit einem Seufzer der Erleichterung aufgenommen. Ein größerer Sieg würde ihnen eine ganze Menge von Schwierigkeiten bereitet haben. Mag auch eine solche Feststellung paradox klingen, es war wirklich so. Bei den gegebenen Verhältnissen konnten sie erklären, daß es im Augenblick nicht zweckmäßig sei, die allnationalen Forderungen vorzubringen. Ohne den Besitz der absoluten Mehrheit könnten sie ihre Forderungen nicht in ihrer Vollständigkeit erheben, um aber eine nationale Mehrheit zu sichern, sei es notwendig, diese Forderungen für die rechten Parteien annehmbar zu machen. Ein stärkerer Sieg bei den Parlamentswahlen hätte die Swaradjistenpartei in Schwierigkeiten gebracht, denn in diesem Falle hätten sie keine Gründe zugunsten des Verzichts auf das vollständige Programm der allnationalen Forderungen besessen. Denn die Vorbringung dieser Forderungen würde zur Ablehnung durch die Regierung geführt haben, und dann hätte die ganze Bewegung aufs neue an dem alten Kreuzweg gestanden — vor der Alternative des Kampfes gegen den Imperialismus oder der Kapitulation vor ihm. Und da es den Swaradjisten nicht erwünscht war, sich direkt vor diese Alternative gestellt zu sehen, so zogen sie einen Teilerfolg dem vollen Siege vor.

Nach ihrem Einzug in das Parlament unterließ es die Swaradjistenpartei nicht, ihren Klassencharakter aufzudecken. Sie schloß sofort ein Bündnis mit dem linken Flügel der bürgerlichen Liberalen, die die ganze Zeit die Regierung unterstützt hatten. Dieses Bündnis wurde um den Preis des Verzichts auf die allnationalen Forderungen geschlossen, die im Lande mit so überaus radikalen Phrasen erhoben worden waren. Die Forderungen

wurden so beschnitten, daß sie für die Bourgeoisie annehmbar wurden. Die endgültige Form, in der sie mit Hilfe eines Teils der rechten Parteien vor die gesetzgebende Versammlung gebracht wurden, beschränkte sich auf die Aufzählung einiger Maßnahmen, die geeignet waren, den Konflikt zwischen den Nationalisten auf der einen Seite und der Regierung auf der andern Seite zu beseitigen. Aber selbst diese Form wurde durch die Regierung nicht akzeptiert, die auf ihrer Position mit äußerstem Starrsinn und Hochmut verharrte.

Demzufolge war die Swaradjistenpartei nunmehr gezwungen, ihr zweites Versprechen zu halten: nämlich das der Durchführung parlamentarischer Obstruktion für den Fall, daß die Regierung die Befriedigung der allnationalen Forderungen ablehnen würde. Es folgte ein ganzes Jahr parlamentarischer Skandale, die mit dem Bankrott der Obstruktionstaktik endeten. Im Bunde mit dem linken Flügel der Liberalen errang die Swaradjistenpartei eine ganze Reihe parlamentarischer Siege, womit sie sich ein großes politisches Kapital erwarb. Aber praktisch hatten diese Siege eine höchst geringe Bedeutung. Die parlamentarische Position hätte zweifellos eine gewisse politische Rolle spielen können, wenn sie in Verbindung mit dem organisierten Widerstande der Volksmassen im ganzen Lande gestanden hätte. Wenn die Swaradjisten wirklich den Kampf gegen die imperialistische Selbstherrschaft im Sinne gehabt hätten, hätten sie den Widerstand des ganzen Volkes zur Unterstützung ihres parlamentarischen Auftretens zu organisieren vermocht. Sie wären dazu imstande gewesen, da die Unzufriedenheit der Massen, die die Quelle der dynamischen Energie in der Bewegung des passiven Widerstandes gebildet hatte, weiterexistierte und auf die politische Situation hätte Einfluß gewinnen können, wenn für sie eine entsprechende Ausdrucksform gefunden worden wäre. Aber schon die Tatsache, daß die Swaradjistenpartei die politische Kristallisierung der Strömungen darstellte, die sich von Anfang an gegen alle revolutionären Strömungen feindlich verhielten, bestimmte im voraus die Ablehnung aller ernsthaften Kämpfe durch die Swaradjisten.

Das parlamentarische Feuerwerk führte schließlich in eine politische Sackgasse. Die gesetzgebenden Versammlungen zweier Provinzen waren von der Regierung auf Grund ihrer wiederholten Ablehnung des Budgets aufgelöst worden. Es blieben nur zwei Alternativen, nämlich: den Kampf in die Arena offenen Hervortretens der Massen überzuleiten oder sich infolge der unversöhnlichen Position der Regierung zu ergeben. Diese ausweglose Situation führte zur Entstehung einer Krise der Partei. Die bürgerlichen Elemente, die bewußt die Interessen der Kapitalisten- und Grundbesitzerklasse schützten, bestanden auf der Notwendigkeit, auf die Taktik der bedingungslosen Obstruktion zu verzichten, und auf einer Verständigung mit der Regierung, während die Intelligenz, die teilweise noch unter der Macht kleinbürgerlicher Illusionen stand, bei ihrem Wortradikalismus beharrte. Jedoch im ganzen neigte sich die Partei immer mehr nach rechts, da auf seiten der Intelligenz Mut und Wille fehlte, irgendwelche revolutionären Handlungen durchzusetzen.

Augenscheinlich nähert sich jetzt diese ausweglose Situation ihrem Ende, und es ist der Abschluß eines Kompromisses mit dem Imperialismus vorauszusehen. Nach sechsmonatigem Manövrieren, dessen Zweck das Finden einer passenden Formel war, mit der man die Kapitulation vor der Re-

gierung verdecken könnte, erklärte die Partei offen ihren Entschluß, auf den Widerstand zu verzichten. Anfang April wurde ein vom Führer der Partei, S. R. Das, unterzeichnetes Manifest erlassen, in dem die Bedingungen aus-einandergesetzt werden, unter denen die Partei auf die parlamentarische Obstruktion verzichten und in die Regierung eintreten will. Dies kommt faktisch der Liquidation des Protestes gegen den Reformakt von 1919 gleich. Der Positionswechsel auf seiten der Swaradjistenpartei wurde mit einer sehr versöhnlichen Rede des Staatssekretärs für Indien, des Lord Birkenhead, begrüßt. In einer Antwort auf die Frage über die Perspektiven einer Verbesserung der Beziehungen zu den indischen Nationalisten erklärte Lord Winterton, der Gehilfe des Staatssekretärs für Indien, im Unterhause, daß eine recht angenehme Atmosphäre geschaffen sei und daß die Möglichkeit einer Einladung der nationalistischen Führer nach England, unter Einschluß von Das und sogar von Gandhi, bestehe, wenn es auch zweckmäßig wäre, die Unterhandlungen der indischen Regierung selbst zu überlassen.

Woraus ergibt sich die angenehme Atmosphäre, die so sehr von der englischen konservativen Regierung begrüßt wurde? Sie besteht darin, daß die Swaradjistenpartei, die bis heute den aktivsten Teil des linken Flügels der nationalistischen Bewegung darstellte, jetzt kategorisch auf das gesamte Programm ihres Kampfes um die Unabhängigkeit verzichtet hat und vorbehaltlos für die Selbstverwaltung unter der Ägide des britischen Imperiums eingetreten ist. Jeder Widerstand von seiten der indischen Bourgeoisie ist eingestellt. Das einzige, was sie verlangt, ist, daß ihr ein Anteil an der Ausbeutung der werktätigen Massen Indiens überlassen bleibt. Auf der andern Seite scheint es in dieser historischen Periode den Imperialisten notwendig, die indische Bourgeoisie als Bundesgenossen zu besitzen und nicht in den Reihen der unzufriedenen Elemente zu lassen, auf die man immer achten und mit denen man zuweilen rauh und entschieden umgehen muß. Die Epoche des Zwistes zwischen Imperialismus und einheimischem Kapitalismus ist zu Ende. Die Swaradjistenpartei war — Schaum, entstanden aus dem Zusammenprallen zweier Kräfte — man kann auf sie die Charakteristik anwenden, die Lenin für die Kadetten in dem oben angeführten Zitat gegeben hat. In der bevorstehenden Periode der Verständigung zwischen britischem Imperialismus und indischer Bourgeoisie wird schwerlich eine Notwendigkeit für die Existenz einer solchen Partei bestehen. Von jetzt ab wird der bürgerliche Nationalismus seinen Lauf nehmen als verfassungsmäßige loyalste Opposition Ihrer Britischen Hoheit.

Die Swaradjistenpartei begann ihre geräuschvolle Karriere mit dem Versprechen, das gegenwärtige System der britischen Verwaltung Indiens zu verbessern oder zu zerstören. Sie kann sich schwerlich damit rühmen, daß sie zu weit in der Zerstörung der britischen Herrschaft in Indien gegangen ist. Sie hat sogar alle mehr oder weniger ernsthaften Versuche unterlassen, Verbesserungen und Korrekturen durchzuführen. Diese Verbesserungen und Korrekturen erfolgten nicht am Wesen der britischen Verwaltung, sondern am Wesen und Programm des bürgerlichen Nationalismus.

Damit erhebt sich die folgende Frage: Ist dieser Bankrott des bürgerlichen Nationalismus identisch mit der Beendigung des Befreiungskampfes der indischen Völker? Natürlich nicht. Er bedeutet nur, daß der Kampf gegen den Imperialismus nicht zum Siege führen kann, wenn er von der Bourgeoisie

geführt wird. Weiter beweist dies, daß, so sehr auch die nationalistisch eingestellte Intelligenz sich an heroischen Phrasen berauscht, sie doch weder Mut noch Fähigkeit besitzt, den revolutionären Befreiungskampf der werktätigen Massen Indiens zu organisieren und zu leiten. Und doch bleibt für das indische Volk die Notwendigkeit, sich von der politischen Herrschaft und der wirtschaftlichen Ausbeutung seitens des britischen Imperialismus zu befreien, unverändert in Kraft. Die Faktoren der nationalen Revolution sind nicht zerstört. Nur diejenigen, die bis heute an der Spitze dieser Bewegung standen, fanden es für sich vorteilhafter, mit dem Imperialismus Kompromisse abzuschließen, als den revolutionären Kampf zu führen. Der anti-imperialistische Kampf ist eine historische Notwendigkeit. Er muß fortgesetzt werden, nur mit dem Unterschied, daß die soziale Basis der nationalen Bewegung von einer Klasse auf die andere übergeht. Arbeiter und Bauern werden in der bevorstehenden Periode nicht nur die Stütze der nationalistischen Bewegung sein, sie werden auch die politische Führung der Bewegung selbst übernehmen.

Es gibt eine ganze Reihe wirtschaftlicher Ursachen für die politische Schwäche der indischen Bourgeoisie. Die Grundlage für den rein bürgerlichen Nationalismus ergibt sich aus dem Konflikt zwischen inländischem Kapitalismus und ausländischem Imperialismus. Im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung des Kapitalismus wird dieser Konflikt mit jedem Tage oberflächlicher. Der indische Kapitalismus ist mit dem britischen Imperialismus so verflochten und in solchem Grade von ihm abhängig, daß ein ernsthafter politischer Konflikt, der zur Entstehung einer revolutionären Situation führen könnte, tatsächlich unmöglich geworden ist. Der oberflächliche Charakter des rein bürgerlichen Nationalismus wurde schon von Lenin auf dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale dargetan. In seinem Bericht der Kommission für die Kolonialfrage führte er aus:

„Zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden und der kolonialen Länder ist eine gewisse Annäherung eingetreten derart, daß sehr häufig, leider sogar in der Mehrzahl der Fälle, die Bourgeoisie der unterdrückten Länder, mag sie auch die nationale Bewegung unterstützen, zu gleicher Zeit in Eintracht mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h. gemeinsam mit ihr, gegen alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen kämpft.“ (N. Lenin, Gesammelte Werke, Band XVII, S. 275.)

Dieser Prozeß der Annäherung, den Lenin 1920 darlegte, ist in Indien schon sehr weit gediehen. Die allgemeine Krise des Kapitalismus in der Nachkriegsepoche zwang die britische Bourgeoisie zu einer radikalen Änderung ihrer Kolonialpolitik. Es wurde bestimmt, daß die bis zum Weltkrieg geführte Politik der künstlichen Niederhaltung der industriellen Entwicklung in den Kolonien nicht weiter fortgesetzt werden dürfe. Darum auch wurde das Urteil abgegeben, daß ein industrialisiertes Indien für den britischen Imperialismus von bedeutend größerem Wert sein würde als das agrarische Indien der Vergangenheit. So vollzieht sich die Entwicklung des indischen Kapitalismus nicht im Gegensatz zum britischen Imperialismus, sondern mit seiner Sanktion und zu seinem Nutzen. Dieser Prozeß der Industrialisierung verwandelt die indische Bourgeoisie in eine vom britischen Imperialismus geschützte Klasse. Und der Schützling kann nicht gegen seinen Beschützer kämpfen, auch wenn ihm bisweilen seine untergeordnete Stellung nicht zu-

sagt. Die neue ökonomische Politik des britischen Imperialismus, die die indische Bourgeoisie ihrer recht schwachen revolutionären Färbung beraubt, beschleunigt die Kristallisierung zahlreicher und mächtigerer ökonomischer Faktoren. Sie beschleunigt die Klassendifferenzierung und befreit damit die Arbeiterklasse von dem ideologischen Einfluß der konterrevolutionären Bourgeoisie und der reaktionären Intelligenz. Die Arbeiterklasse ist damit imstande, sich zu einem selbständigen politischen Faktor umzuwandeln. Dieser Prozeß der Revolutionierung wird durchaus nicht so langwierig sein, wie man im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Rückständigkeit des indischen Proletariats annehmen könnte. Die Kapitulation der nationalistischen Bourgeoisie kann in keinem Falle die grundlegenden wirtschaftlichen Ursachen der anhaltenden Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten beseitigen. Die bürgerlichen Nationalisten unterließen es, dieser Unzufriedenheit politischen Ausdruck zu verleihen. Im Gegenteil, sie taten alles mögliche, um die nationalistische Bewegung von den Quellen revolutionärer Energie abzuschneiden. Darum wird sich als unmittelbare Folge des Kompromisses zwischen der indischen Bourgeoisie und dem britischen Imperialismus die Entwicklung neuer Formen des antiimperialistischen Kampfes zeigen, in dem sich die Unzufriedenheit der werktätigen Massen ausdrückt. Mit anderen Worten, die Frage der Hegemonie des Proletariats im Kampfe ist eine Frage der praktischen Politik in den nächsten Stadien der revolutionären Bewegung Indiens.

WALETZKI: DIE MEMOIREN EINES SOZIALPATRIOTEN *

Der Name Daschinskis entschwindet immer mehr aus dem Gesichtskreis der jüngeren Generation, und nicht nur dem der Kommunisten, sondern auch der Sozialisten, obgleich er vor nicht allzulangen Jahren, bis 1914, einer der typischsten und bedeutendsten Führer der II. Internationale vor dem Kriege gewesen war. Die ganze politische Karriere des jetzt knapp 60jährigen Mannes, seine große, zuweilen glänzende, stürmische und zu Beginn fast heroische Laufbahn war organisch verbunden mit der rückständigsten Provinz des dahingegangenen Österreichs, mit dem rückständigsten Teil des wiederauferstandenen Polens, mit dem berüchtigten Galizien. Und selbst auf dem Vorposten eines polnischen Vizepremiers, auf den ihn sein alter Freund Pilsudski im Sommer 1920, in jener für das Polen der Schlachta und Bourgeoisie so schweren Zeit, gestellt hatte, bewahrte er sich einen Hauch seiner eigenen Vergangenheit, war er ein lebender Leichnam.

Daschinski zählt sich bis zum heutigen Tage zu den Sozialisten und weist mit einem gewissen Stolz auf die vielen Dutzende Führer aller möglichen bürgerlichen polnischen Parteien hin, die sich in ihrer Jugend vom Sozialismus hatten hinreißen lassen, um ihn so bald als möglich wieder abzuschwören. Aber nichts beweist so anschaulich, klar und vehement, daß Daschinski, der Gründer und Führer der galizischen Sozialdemokratie, einer der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, eine Säule der II. Internationale, nicht nur nie Sozialist gewesen ist, sondern selbst heute noch nicht weiß, was Sozialismus überhaupt ist, als die jetzige Veröffentlichung seiner „Memoiren“.

Daschinski war zweifellos ein Kämpfer, war unbestechlich, aufopfernd und wagemutig. Als er sich in seinen ersten Jünglingsjahren, in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, am öffentlichen Leben zu beteiligen begann, zunächst in den eben entstehenden Arbeiter-, genauer gesagt Handwerker- und Studentenzirkeln, lag Galizien noch in tiefem Schlafe unter dem bleiernen Joch der Schlachtaherrschaft und des jesuitischen Klerikalismus. Eine Handvoll junger Leute erklärte damals dieser Welt den Krieg und schlug Alarm: gab Zeitungen für einen Groschen heraus, Flugblätter, Broschüren, berief Versammlungen ein, — wurde verhaftet, verurteilt, ausgepeitscht, — schlug sich mit Junkern und Pfaffen, mit Spitzeln und Staatsanwalt herum. Wofür? Für die Menschenwürde von Sklaven, für Aufklärung, für die Verbesserung des materiellen Loses, für politische Rechte — gegen das finstere Mittelalter. In dieser Sturm- und Drangperiode spielte Daschinski in Galizien, und damit zugleich auch in Österreich, eine große, ja historische Rolle. Die Rolle eines radikalen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Demokraten, die Rolle eines Erweckers und Empörers. Er schlug der Schlachta, den galizischen Grafen und Fürsten zu Hause, inmitten ihrer unbestrittenen Domänen ins Gesicht, aber auch im Wiener Parlament, wo sie als Minister und Hofleute des Kaisers von Österreich die Rolle „europäischer“ Staatsmänner spielten.

Die lebendige und bildhafte Beschreibung dieser Kämpfe macht den wertvollsten, eigentlich den einzig wertvollen Teil der „Erinnerungen“ Daschinskis aus. Besonders

* Ignatij Daschinski: „Erinnerungen“ (Ignacy Daszynsky: „Pamiętniki“), Band I, Krakau 1925.

interessant in dieser Beziehung sind die Erzählungen über seine Agitation auf dem galizischen Dorf, unter der verprügelten Bauernschaft. Daneben aber auch das Kapitel über den römisch-katholischen Geistlichen Stojalowski, einen radikalen, beinahe revolutionären Bauernagitator, der durch die Gefängnisse geschleppt, aus der katholischen Kirche ausgestoßen wurde, eine Partei zusammenbrachte, die auf der Höhe ihres Kampfes gegen Pane, Popen und Gendarmen zehn Abgeordnete ins Parlament schickte, und der sich zu guter Letzt eben diesen Panen für ein Linsengericht verkaufte,

Daschinski verkaufte sich nicht — und ist offenbar stolz darauf. Daschinski verkaufte sich weder für Geld noch für Ehrungen. In dem Maße aber, in dem das mittelalterliche Schlachtschitzen-Galizien zu einem bourgeoisen Lande wurde, gewöhnte er sich an es, assimilierte sich und verschmolz mit ihm. Die deutlichste Offenbarung dieses Prozesses war sein Eintritt — zusammen mit der ganzen Gruppe der polnischen sozialistischen Abgeordneten — in den polnischen „Kolo“ (hier: Fraktion. Die Red.) des österreichischen Parlaments, in jenen Kolo, dessen Bekämpfung jahrzehntelang der Hauptinhalt seiner politischen Tätigkeit gewesen war. Daschinski war Demokrat, ein streitbarer Demokrat auf dem Gebiet der reinen und kulturellen Politik sowie der Aufklärung. Sein Ideal, sein einziges Ideal war, das mittelalterliche Galizien in das „europäische“, „zivilisierte“, „kulturelle“ usw. bürgerliche Leben einzugliedern. Er brauchte nur mit den Erscheinungen des modernen Klassenkampfes auf der Grundlage der sich entwickelnden bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse zusammenstoßen, und sein ganzes kleinbürgerliches, stumpfsinniges, antiproletarisches Wesen enthüllte sich überraschend grell.

Höchst charakteristisch ist beispielsweise Daschinskis Beteiligung an dem grandiosen Streik der Bergarbeiter im Ostrowsko-Narwinski-Becken 1900. „Das Jahr begann“ — erzählt Daschinski — „mit der Konferenz in Morawskaja Ostrawa, wo es uns am 1. Januar mit unendlicher Mühe gelang, die Bergarbeiter vom Streik abzubringen. Zufrieden mit diesem Resultat der Konferenz fuhr ich nach Krakau, wo mich am Morgen das Telegramm erreichte, daß sich das ganze Ostrowsko-Narwinski-Becken im Streik befinde. Der Streik umfaßte 70 000 Bergarbeiter. Die Hauptforderung der Streikenden war der Achtstundentag. Bisher hatte der Bergarbeiter elf Stunden gearbeitet. In Namen der Regierung fuhr der alte Justizminister und ehemalige mährische Statthalter, Baron Spens-Boden, hin. Wir wohnten im gleichen Gasthofe, trafen uns häufig morgens und berieten, was weiter geschehen solle? Nach der zwölften Streikwoche, nachdem die Regierung feierlich erklärt hatte, sie sei mit dem Neunstundentag einverstanden, handelte es sich darum, dem Streik ein Ende zu machen. Aber das Parlament hatte das Gesetz noch nicht angenommen, und wir hatten nichts, womit wir vor die Arbeiter hintreten konnten. In Wien nahm man an, die tschechischen Arbeiter seien kulturell fortgeschrittener als die polnischen, und so beschloß man, die Gen. Dr. Karpenes und Merta nach M.-Ostrawa zu schicken, und mich nach dem polnischen Orlowa, um die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Die Resultate waren freilich umgekehrt. In M.-Ostrawa wurden die Friedensböden von den Arbeitern höchst unart verprügelt, während in Orlowa in einer Versammlung, an der gegen 15 000 Arbeiter teilnahmen, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde.“

Der charakteristischste Zug für Daschinskis Weltanschauung und gesamte Tätigkeit ist, in Übereinstimmung mit seinem kleinbürgerlichen Wesen, sein vollendeter, konsequenter und durchdrungener Nationalismus. Sein Nationalismus kommt nicht nur in seinem Streben zur Wiederaufrichtung eines vereinigten polnischen Staates zum Ausdruck, nicht nur in solchen Tatsachen, wie seiner Vermittlerrolle zwischen dem österreichisch-ungarischen Generalstab und Pilsudskis Schützenbänden zur Vorbereitung eines „Befreiungs-

krieges“ gegen das zaristische Rußland im Bunde mit dem kaiserlichen Deutschland, — sondern vor allem auch in seinem Verhältnis zu anderen Nationalitäten. Zwar waren auch Daschinski weder die liberalen Phrasen von der Brüderlichkeit des Menschen noch die sozialistischen von der internationalen Solidarität fremd; zwar vergießt er häufig Tränen über das Schicksal der unterdrückten Ukrainer, die er hartnäckig „Russinen“ nennt, wie die polnischen Nationalisten die zu Polen „gehörigen“ Ukrainer Ostgaliziens — wo übrigens Daschinski selbst herkommt — getauft haben. Zwar kann er auch nicht ohne ein warmes Gefühl von den Juden sprechen, namentlich da sie zufällig das Hauptkontingent seiner Krakauer Wähler bilden und der Zaddik, der Wunderrabbi, selbst seine Kandidatur unterstützt. „Aber die Nachbarschaft mit den Tschechen machte uns das Leben oft nicht sehr angenehm. Wir konnten mit ihrem Moskowitertum, das Ähnlichkeit mit dem Verhältnis eines armen zu einem reichen Verwandten hatte, nicht sympathisieren. Die Tschechen zeichneten sich dadurch aus, daß sie in höchstem Maße national vergiftet waren. Aber die prinzipiell feindselige Einstellung einiger Parteigenossen zum Kriege war das Echo der sozialistischen Moskophilen namentlich unter den jüdischen Genossen. Es war ein sehr interessantes psychologisches Rätsel, wie Juden nach den schrecklichen, von Plehwe 1903 organisierten Progromen, nach all den Schändlichkeiten der „Ansiedlungsrayons“ usw. trotzdem noch fast russische Patrioten sein konnten.“

Haß gegen die Russen, chauvinistischer, ja noch mehr, direkt konterrevolutionärer Haß gegen die russische Revolution bilden die ständige, sich immer steigende Leidenschaft Daschinskis. Wütende Anfälle gegen Sowjetrußland — in einem Buche, das die Periode bis 1907 umfaßt — zeigen den ungebändigten Haß, der in dem Alten lebt. 1905, unmittelbar nach den Januar-Ereignissen, ging ein Umschwung in der PPS Russisch-Polens vor sich: es bildete sich eine „Linke“, die die Sozialchauvinisten mit Pilsudski an der Spitze aus ihrer Machtposition trieb. Daschinski schreibt: „An der Spitze der PPS standen Leute, die willens waren, die russische Bewegung blind nachzumachen.“ Nach dem im Zusammenhang mit dem Moskauer Aufstand stehenden Dezembereufstand der Partei entlud sich Daschinskis Haß in einem „Offenen Brief“ an das Zentralkomitee, worin er die „sinnlose Solidarität mit Moskau“ scharf angreift. „Mein Brief“ — schreibt er in seinen „Erinnerungen“ —, war gegen die damals gerade moderne Konzeption einer „russischen Republik von Lodz bis Kamtschatka“ gerichtet. Die PPS verzichtete damals ohne jede Not auf ihren Hauptprogrammpunkt zugunsten der chimärischen Konzeption einer „Allrussischen Republik“, bestehend aus den 150, durch das Joch des Zarismus zusammengehaltenen Millionen Menschen. In den Köpfen von Leuten, wie Waletzki, einem Mitglied des ZK, und Rosa Luxemburg, faßten freilich Erwägungen über die ungeheuren ökonomischen Vorzüge eines derartig einheitlichen Territoriums von Lodz bis Wladiwostok Fuß. Sie waren von dem trügerischen Glanz der revolutionären Bewegung in Rußland verblendet, was zur Unterordnung der Taktik der PPS unter die in keiner Weise zu koordinierende Taktik der russischen Revolution führte.

Von seinen schlimmsten Feinden in der Vergangenheit, den Schlachschützen, Bischöfen, Staatsanwälten, Gefängnisbeamten, spricht Daschinski in seinen „Memoiren“ mit unerhörter „Objektivität“, mit wahrhaft christlichem Verzeihen, ja mit Sanftmut. Aber es braucht nur der Name Rosa Luxemburgs in seinem senilen Gedächtnis aufzutauchen und sein Gesicht verzerrt sich, seine Augen füllen sich mit Blut, sein Mund schäumt und sprudelt von den wildesten Beschimpfungen über. „Adler (gemeint ist Viktor Adler) war es, der auf den internationalen Kongressen in Zürich (1893), in London (1896) und in Paris (1900) nachdrücklich all die gehässigen, giftig boshaften und durchaus unweiblichen Attacken Rosa Luxemburgs bekämpfte, die die Unabhängigkeit Polens ablehnte und bald im Namen des deutschen Zentralismus auftrat, bald sich den Russen

als unsere erbitterte Feindin aufdrängte und uns mit Spitznamen wie ‚Sozialpatrioten‘, ja fast als Sozialverräter — wie die liebliche Terminologie der heutigen Kommunisten lautet — begeiferte . . . Adler war vor allem ein Mensch von unerschöpflicher Güte und tiefer Intuition, während Rosa Luxemburg eine intellektuelle Hasserin war und den Sozialismus als Doktrin auffaßte, deren Ausmaße jedoch ihre Kräfte überstiegen, so daß sie das fehlende Wissen durch Geschimpfe und häufig abscheuliche Unanständigkeiten ersetzen mußte.“

Ein ganzes Kapitel widmet Daschinski seinen Verbindungen in der II. Internationale. Aber selbst die II. Vorkriegs-Internationale, von der Daschinski ein unzertrennlicher, wengleich karikaturistischer Bestandteil ist, und ihre hervorragendsten Führer nehmen durch die polnisch-galizische Brille betrachtet, komische und unglaublich flache Züge an. Viktor Adler zeichnet sich hauptsächlich dadurch aus, daß er Rosa Luxemburg „andonnerte“; Pernerstorfer — ein „unglaublich sympathischer Idealist und deutscher Patriot, dabei aber ein grimmiger Feind des Nationalismus“; „Otto Bauer und Karl Renner gaben der Parteibewegung Schwung und Glanz“; „Wilhelm Liebknecht, — der Revolutionär von 1848, ein unverbesserlicher Idealist und Polenfreund“; „August Bebel — eine herrliche Gestalt, mit weißem Bart und voll Idealismus, machte einen sympathischen Eindruck“. „Paul Singer sah mit seiner goldenen Brille und dem dicken Bauch eher wie ein Bankier als wie ein Sozialist aus“; „Ledebour — verteidigte die ganzen Jahre hindurch auf den Kongressen und in der Presse die Unabhängigkeit Polens und haßte Rosa Luxemburg aufrichtig“; „von Vollmar kämpfte bis zum Ende seines Lebens gegen Rosa Luxemburg und stand stets auf unserer Seite . . . ein außerordentlich schöner Menschentyp . . .“

Daschinski sagt im Vorwort zum I. Band seiner Memoiren nicht, wann der nächste erscheinen wird. Das ist aber auch nicht sonderlich interessant. Was wirklich interessant in seinem Leben war, die Periode des Kampfes gegen den Feudalismus in einem Winkel Mitteleuropas, das ist im I. Band geschildert. Nicht uninteressant wäre freilich auch ein offener Bericht über seinen Anteil und den seiner polnischen und österreichischen sozialverräterischen Freunde an der Vorbereitung zum Weltkriege und am Kriege selbst. Aber Offenheit und Aufrichtigkeit auf diesem Gebiete ist von einem alten galizischen Politikanten nicht zu erwarten.

J. K. SORGE :

OTTO NEURATH, WIRTSCHAFTSPLAN UND NATURALRECHNUNG

(Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1925, 113 Seiten.)

Otto Neurath, ehemaliger Privatdozent und Direktor des deutschen Wirtschaftsmuseums in Leipzig, trat während der Revolution als begeisterter Sozialisierungsanhänger auf. Er bekam Anfang 1919 vom Vollzugskomitee des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates der Republik Sachsen zusammen mit dem sozialdemokratischen „Gottsucher“ Kranold den Auftrag, einen Sozialisierungsplan für Sachsen zu entwerfen. Gleichzeitig hielt er zahlreiche Vorträge in Sachsen über die Sozialisierung, trat für Arbeitsgemeinschaft aller Klassen ein, erkannte den Arbeiterräten nur die Aufgaben zu, die ihnen später im Betriebsrätegesetz zuerkannt worden waren, und liebte die Bolschewiki sehr wenig. Sie waren ihm zu „unpraktisch“ in Sozialisierungsdingen. Sie gingen ihm zu wenig „einheitlich“ vor. Außerdem haßte er Handgranaten und Karl Radek. Er wollte die

Sozialisierungsfrage „ganz ruhig und ganz friedlich“ durch Übereinkunft mit den Sachsen lösen. (Siehe die Sozialisierung Sachsens, Otto Neurath, 1920.)

Auf Grund der Ruhe und der Friedlichkeit wurde nichts aus seinem schönen Plan. Während der Münchener Revolution verfaßte er ebenfalls Sozialisierungspläne für München und Bayern — mit dem gleichen Erfolg wie in Sachsen.

Heute nun tritt er mit einer Schrift über Wirtschaftsplan und Naturalrechnung hervor.

Die vorliegende Schrift handelt vom „Sozialismus als Wirklichkeit“ — nur von dieser ist hier die Rede — (Einleitung, Seite 7).

Der Zweck der Schrift ist: Werbung neuer Anhänger für den Sozialismus und Lieferung von „Bausteinen“ für das „Gebäude des proletarischen Sozialismus“. (Siehe Einführung.)

Man könnte annehmen, daß Neurath, da er vom „Sozialismus als Wirklichkeit“ schreiben will, die bisher schon vorhandene sozialistische Wirklichkeit, also so weit sie sich jetzt schon in Sowjetrußland zeigt, behandeln würde. Doch in der ganzen Schrift erledigt er Sowjetrußland mit 10 Zeilen, da ihm Sowjetrußland heute noch ebensowenig gefällt wie 1919.

Selbstverständlich beginnt Neurath mit Marx und Engels. Ausgehend von der Behauptung, daß Marx und Engels sich vor allem mit der Frage nach der Lebenshaltung des Proletariats beschäftigt haben, stellt er die Äußerungen dieser über das Problem der Lebenslage kurz zusammen. Hierbei glaubt Neurath zu bemerken, daß weder Marx noch Engels sich damit auseinandergesetzt haben, „wieweit der Lebenslagenbegriff . . . angewendet werden könne“. Dieses erlaubt sich Neurath nun ganz bescheiden nachzuholen, allerdings in einer Form, die ernste Sorge um das Befinden des Herrn Neurath hervorrufen kann.

Unter dem Wust von neueingeführten Begriffen, wie „Lebensstimmung, Lebensordnung, Lebensboden, Lebenslage, Lebenslagengesamtheit, Lebensstimmungsrelief und Lebenslagenkataster“ entdeckt man, daß er unter Lebenslage die Gesamtheit „von Leiden und Freuden“ von Menschengruppen oder einzelnen Individuen verstanden haben will (Seite 26).

Da aber der Sozialismus im Gegensatz zum Kapitalismus die Lebenslage der Gesamtheit im Auge hat, muß er auf die Frage nach der Wirkung seiner wirtschaftlichen Maßnahmen auf die Lebenslage und „Lebensstimmung“ der verschiedenen Gruppen großes Gewicht legen. Zum Unglück stellt sich dabei heraus, daß verschiedene Wirkungen durch verschiedene Maßnahmen tatsächlich auf die einzelnen Gruppen ausgeübt werden können. Weiter ist sehr peinlich, daß die verschiedenen „Lebenslagengesamtheiten“ nicht rechnermäßig miteinander verglichen werden können. Und so bleibt zu unserem Glück für den „Lebenshaltungskataster“ kein Platz im Neurathschen System. Da man also nichts ausrechnen kann, bleibt nichts anderes übrig, als daß der Wirtschaftsplan, der ja die verschiedenen „Lebensgesamtheitslagen“ und „Lebenshaltungsstimmungen“ berücksichtigen und ausgleichen soll, zentralisiert durchgesetzt werden soll und muß.

Der weitere Teil seines Buches beschäftigt sich mit der Feststellung (wozu er eine Reihe Marx- und Engels-Zitate verwendet), daß in einer wirklichen sozialistischen Wirtschaft keine Rechnungseinheit, keine Ware und kein Geld vorhanden ist. Da er sich nur mit dem reinen Sozialismus beschäftigt, interessiert ihn die Grundlage, der Kampf um die Macht und der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus als Prozeß gar nicht. Er spricht kein Wort davon. Dafür aber verlangt er, daß die Arbeiterschaft sich schon heute mit der Ausarbeitung von Plänen für zukünftige Wirtschaftspläne beschäftigt und mit der Ausarbeitung von „Lebenslagenstatistiken“. „Um Genauigkeit kann es sich dabei nicht handeln.“

Da er neben den „Beiträgen“ zur sozialistischen Wirtschaftsordnung auch noch solche Anhänger des Sozialismus werben will, die deshalb noch vom Sozialismus abseitsstehen, weil er ihnen in seiner zufälligen Gestalt nach außen hin zu wenig allgemein Menschliches zeigt“, deshalb läßt nun Neurath auf Grund seines Wirtschaftsplanes und seiner neu eingeführten Lebensbegriffe den kommenden Menschen entstehen. Von jetzt ab wird die Schrift verständlicher und Neurath uns ebenfalls immer klarer.

„In der sozialistischen Periode kann der liebevolle Mensch sich einigermaßen wohlfühlen.“ „Und vorahnend können wir vielleicht das Bild einer sozialistischen Lebensbedingung entwerfen . . .“ denken wir uns ein „Dorf der liebevollen Gemeinschaft“ . . . „es gibt einen schwachsinnigen Jungen im Dorf (in diesem Dorf der liebevollen Gesellschaft — I. K. S.), was kann man tun, um auch ihm sein Teil Menschenwürde zu geben? Er mag Gänsehüter werden.“

Nach diesen Erbauungsbildern, von denen es eine große Anzahl gibt, faßt er das Bild des Sozialismus mehr „theoretisch“ zusammen: „so finden wir im Sozialismus gewisse Züge des katholischen Mittelalters und des der Erde zugewandten Bürgertums wieder . . . in seiner Geistesrichtung und Organisation kehrt er zum Teil zur Urzeit zurück, die vielfach eine Art Kommunismus kleiner Gruppen kannte und eine einheitliche Welt, die alles Lebendige und Leblose umfaßt, ohne einem überirdischen Gott gegenüberzustehen.“ (Seite 111.)

Neurath nennt sich ebenso wie die anderen Sozialdemokraten Marxist. Wie dieser Marxismus aussieht, gibt er selbst an: „Wenn auch die Mitarbeiter an der Geisteswelt des Marxismus grundsätzlich nicht an irgendwelche Anschauungen gebunden sind, wie sie sich bei Marx finden, so ist doch ihr Vertrauen zu seinem Gesamtwerk so groß, daß sie einen aus der Betrachtung der Welt sich ergebenden Gedanken zuversichtlicher weiter verfolgen, wenn sie ihn schon bei Marx antreffen. In diesem Sinne wurde in dieser Schrift auf die Anknüpfung an Marx und Engels besonderes Gewicht gelegt.“ Kommentar überflüssig.

Sonstige noch massenweise Schiefheiten können wir uns bei einem solchen „Marxismus“, wie ihn Neurath verzapft, schenken. Der Neurathsche Marxismus schließt sich würdig dem Kranoldschen, Hilferdingschen und Kautskyschen an. Sie sind Erscheinungsformen ein und desselben materiellen Kerns. Es ist gleich, ob man mit Hilferding die Entwicklung des Kapitalismus zu einem „organisierten Kapitalismus“, der keine soziale Reaktion kennt — sieht, oder mit Kautsky, der nur den „moralischen“, aber nicht ökonomischen Bankrott des Kapitalismus gelten lassen will (siehe „Gesellschaft“, Bd. I, H. 1), oder ob man, wie Neurath, über all diese kitzlichen Fragen sich ausschweigt, sich herumdrückt und mit Hilfe des „Lebenshaltungsreliefs“ und „Lebenshaltungskatasters“ beim „mystischen Gottsucher“ des Mittelalter landet. Die Wendung vom Marxismus zum „Marxismus, wie sie ihn verstehen“, schließt die Unfähigkeit ein, wirkliche Analyse zu geben, die Unfähigkeit, dem Proletariat wirkliche Wege zu zeigen, und schließt weiter die Feindschaft zur russischen Revolution ein und die Verneinung des Leninismus; sie bedeutet den Weg in das bürgerliche Lager und zur Konterrevolution.

An unsere Bezieher!

Wir liefern für die Hefte 1—6 unserer Zeitschrift eine Einbanddecke mit Titelblatt und ausführlichem Register und Inhaltsverzeichnis zum Preise von 1 Mark exkl. Porto und Verpackung. Bestellungen sind direkt an den Verlag zu richten.

NEUERSCHEINUNGEN ZUM PARTEITAG

Bereits erschienen:

Thesen und Resolutionen
(Erweiterte Exekutive März/April 1925)

Brosch. 1,50 Mark

Geb. 2,40 Mark

1 9 1 7

Um den Oktober

Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Bela Kun, Stalin, Bucharin, Kuusinen

Brosch. 2,— Mark

Geb. 3,— Mark

In Vorbereitung:

**Der organisatorische Aufbau
der russischen Bolschewistischen Partei**
Von Kaganowitsch

Preis brosch. ca. 0,80 Mark.

Der organisatorische Aufbau der Partei

Von Ossip Piatnitzki

Preis brosch. ca. 0,90 Mark

Über die gegenwärtigen Aufgaben unserer Politik

Von G. Sinowjew

Preis brosch. ca. 0,50 Mark

Über die Bolschewisierung der Parteien

Von G. Sinowjew

Preis brosch. ca. 0,80 Mark

Über die Bauernfrage

Von N. Bucharin

Preis brosch. ca. 0,80 Mark

Protokoll des 5. Weltkongresses

2 Bände

Brosch. 12,— Mark

Geb. 15,— Mark

Protokoll der Erweiterten Exekutive

März/April 1925

Preis ca. 5,— Mark

VERLAG CARL HOYM NACHF.

Demnächst erscheint Heft 2

UNTER DEM BANNER DES MARXISMUS

INHALT:

Deborin: Lenin als revolutionärer Dialektiker —
Bucharin: Der Imperialismus und die Akkumulation
des Kapitals (Fortsetzung und Schluß) — Julius
Schaxel: Die vitalistischen Irrungen der gegenwärtigen
Biologie — Ossinski: Die Bodenverhältnisse in den
Vereinigten Staaten — Thalheimer: Über einige Grund-
begriffe der physikalischen Theorie der Relativität vom
Gesichtspunkt des dialektischen Materialismus — Karl
Marx über Indien und China — Lenin über Dialektik,
mit Einleitung von Deborin — Bibliographie

PREIS

Einzelheft	Reichsmark	3.—
Abonnement auf drei Hefte	„	9.—
Abonnement auf sechs Hefte	„	18.—

VERLAG FÜR LITERATUR UND POLITIK / WIEN

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Erstes Halbjahr / Heft 1 bis 6 mit aus-
führlichem Register und Inhaltsverzeichnis

Preis gebunden 10.— Mk.

Einbanddecke und Register gesondert 1.— Mk.

VERLAG CARL HOYM NACHF.